

Preussische Allgemeine

Nr. 3 · 20. Januar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Wie weiter mit Russland?

Eine private Initiative will Russen und Deutsche zusammenbringen, die auch in der Eiszeit unserer Tage das Gespräch miteinander suchen Seite 3



Theodor von Schön
„Kants größter praktischer Schüler“ Seite 10



Klimapolitik Wie ein falsches Schlagwort in die Irre führt Seite 12

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Des Kanzlers Probleme sind größer als ein Ministerwechsel

Die Affäre Lambrecht offenbart nicht nur Scholz' persönliche Schwächen, sondern auch das Problem, geeignete Kandidaten für Spitzenämter zu finden

Dieser Ministerwechsel ist keine normale Kabinettsumbildung. Am Dienstag berief Bundeskanzler Olaf Scholz – nach dem am Tag zuvor erfolgten Rücktritt von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht – den bisherigen niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius zum neuen Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt über die deutschen Streitkräfte.

Die Tage und Wochen zuvor offenbarten einmal mehr die seit seinem Amtsantritt im Dezember 2021 vielfach gezeigte Führungsschwäche des Kanzlers. In der Frage nach der Zukunft der europäisch-russischen Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 mochte sich Scholz lange Zeit weder zu einem Weiterbetrieb der Pipelines noch zu einem Abbruch der gewachsenen Energiepartnerschaft mit Russland bekennen – bis ihm US-Präsident Biden die Bürde abnahm und das Nord Stream-Aus beim Antrittsbesuch des Kanzlers in Washington verkündete. Ähnlich die Debatten um die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine. Auch hier wirkt der Kanzler regelmäßig zögerlich, vermeidet er klare Ansagen. Sagt er den Verbündeten Unterstützung für Kiew zu, wird diese umgehend mit allerlei bürokratischen Spielchen hintertrieben. Und auf das mit großen Worten verkündete Versprechen einer sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ folgt in der Praxis – praktisch nichts.

Zögern, hinhalten, abwarten

Und dann die Affäre Lambrecht. Seit ihrer Berufung zur Verteidigungsministerin vor etwas mehr als einem Jahr machte die vorherige Justiz- und Familienministerin keine gute Figur in ihrem Amt. Bei Auftritten vor Bundeswehrangehörigen wirkte sie lustlos und deplatziert, die Reform der Bundeswehr ließ sie schleifen. Die Mitnahme ihres Sohnes in einem Diensthubschrauber der Bundeswehr

samt anschließender Weiterreise nach Sylt warf Fragen auf. Schließlich Lambrechts privat veröffentlichte Neujahrsansprache, in der sie – vom donnernden Berliner Silvesterfeuerwerk umgeben – die „vielen, vielen Begegnungen mit interessanten und tollen Menschen“, die sie durch den Krieg in Europa in den letzten Monaten hatte, pries. Trotz allem hielt Scholz viel zu lange an ihr fest.

Mag man im außenpolitischen Rahmen vielleicht noch Verständnis für manches Abwarten und Hinhalten des Kanzlers haben, schließlich ist dort niemand alleiniger Herr des Verfahrens, so ist sein Zögern in der Causa Lambrecht nicht nachzuvollziehen. Obwohl nach verschiedenen Medienberichten auch der nun ehemaligen Ministerin längst klar war, dass sie nicht mehr zu halten war, beließ Scholz sie zwei weitere Wochen auf ihrem Posten – ohne sich freilich mit der Autorität seines Amtes vor sie zu stellen. Selbst als am Freitagabend vergangener Woche die Medien den bevorstehenden Rücktritt Lambrechts vermeldeten, war nur ein laues „Wir kommentieren keine Medienberichte“ durch den SPD-Parteivorsitzenden Lars Klingbeil zu vernehmen.

Die Affäre Lambrecht offenbart jedoch nicht nur die Führungsschwäche des Bundeskanzlers, sondern auch ein zunehmend größer werdendes Rekrutierungsproblem der Parteien. Offenkundig fand Scholz lange niemanden, der sowohl be-

reit als auch fachlich in der Lage gewesen wäre, das Amt des Verteidigungsministers auszufüllen. Arbeitsminister Hubertus Heil jedenfalls, der der Favorit des Kanzlers gewesen sein soll, gab ihm einen Korb. Prompt ätzte die Opposition, dass Pistorius nur „dritte Wahl“ sei.

Keine Lust auf Parteien

Auf kommunaler und Landesebene ist das Problem hinlänglich bekannt. Schon vor gut zwei Jahrzehnten klagten Gemeinden darüber, dass sie Mühe hätten, geeigneten Nachwuchs für politische Mandate und Ämter zu finden. Nun also hat der Personalmangel auch die höchsten Ebenen des Staates erreicht.

Gründe für diese Entwicklung gibt es viele: von der zunehmenden Dominanz der Apparatschiks – die das Rampenlicht meiden und lieber in Hinterzimmern die Strippen ziehen – in allen (!) Parteien über die Unlust in bürgerlichen Kreisen, das eigene berufliche Leben auf Zufällen wie den Ausgang einer Wahl aufzubauen, bis hin zur Selbstbescheidung der Parteien durch allerlei Quoten, die die persönliche Eignung eines Politikers zum nachrangigen Kriterium gegenüber Merkmalen wie dem Geschlecht, der Religion oder der ethnischen Herkunft degradieren.

Als scheinbare Lösung wurde in den letzten Jahren die Schaffung von sogenannten Bürgerräten ins Spiel gebracht. Diese sollen der Idee nach Bürger moti-

vieren, sich zu einzelnen Sachfragen einzubringen und dort frei von verkrusteten Parteistrukturen für Lösungen zu streiten. Doch was zunächst plausibel klingen mag – schließlich sind viele Bürger durchaus bereit, sich in allerlei Vereinen zu engagieren –, hat einen großen Haken. Denn auch die „Bürgerräte“ müssten irgendwie strukturell gestützt werden. Weshalb denn auch Kritiker befürchten, dass die Räte – allein der Begriff sollte angesichts der historischen Erfahrungen mit diesem Wort stutzig machen – sich schnell als Vehikel für einen weiteren Machtzuwachs der „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) erweisen könnten, die ohne jede demokratische Legitimation auf ihrem jeweiligen Aktionsfeld die Entscheidungskompetenz beanspruchen.

Die privilegierte Stellung der demokratischen Parteien durch die Verfassung hat also durchaus ihre Berechtigung. Deshalb ist es auch in erster Linie an ihnen, die Verkrustungen der politischen Landschaft aufzubrechen. Dazu gehört auch, neu gegründeten Wettbewerbern – egal, was auch immer man von ihren Auftritten halten mag – die ihnen zustehenden Rechte nicht zu verweigern.

Sollten die Parteien allesamt auf ihrem bisherigen Wege weitergehen, braucht sich jedenfalls niemand zu wundern, wenn ein Bundeskanzler Mühe hat, geeignete Kandidaten für ein Spitzenamt in diesem Staat zu finden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wenn es um Flüssiggas geht, spielt für die „Ampel“ Umweltschutz keine Rolle Seite 7

Kultur

Das neue Romantik-Museum in Frankfurt ehrt Goethe und E. T. A. Hoffmann Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Das Jüdische Museum in der Königsberger Synagoge hat seine Arbeit aufgenommen Seite 13

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt ein Angebot der Reiseservice Deutschland GmbH bei.



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 03
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Russlands Verflechtungen haben seit Putins Einmarsch in die Ukraine eine deutliche Veränderung erfahren – Dennoch steht das größte Land der Welt nicht so isoliert da, wie der Westen es gerne sähe

Der russische Bär hat noch Gewicht

Politisch angeschlagen, doch wirtschaftlich nach wie vor gefragt – Verlagerung nach Osten und Süden

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Es ist eine Zeit der Spekulationen und der Propaganda. Westliche Quellen behaupten, Wladimir Putins Macht bröckele angesichts der Kriegsverluste und eines drohenden Zusammenbruchs der russischen Wirtschaft. Russland sei isoliert und verliere seinen Einfluss auf ehemalige Verbündete und die Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Tatsächlich hat der Ukrainekrieg Putins Ruf als starker Führer sowie Russlands Gewicht als Ordnungsmacht und Stabilitätsgarant auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien und im Südkaukasus deutlich beschädigt. Als einziger politischer Verbündeter ist Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko Putin treu geblieben, doch auch der will sich vom russischen Bären nicht in den Ukrainekrieg hineinziehen lassen. Außenpolitisch kann Russland noch mit der Unterstützung des Iran und eingeschränkt Chinas rechnen. Weitere internationale Partner sind Syrien und Nordkorea. Überraschend rückt auch Israel wieder näher an Russland heran. Benjamin Netanjahu kündigte zwei Monate nach seiner Wiederwahl einen Kurswechsel an und nannte Putin seinen Freund.

Etwas anders sieht es bei Russlands östlichem Partner aus. Chinas Staatschef Xi Jinping und Putin beschwören zwar ständig ihre strategische Zusammenarbeit vor dem Hintergrund einer schwierigen Lage weltweit, aber Xi mahnt immer wieder die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Russland und der Ukraine an.

Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass Russlands bisherige Partner in Zentralasien Moskau politisch nicht mehr folgen wollen. Beim Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Eriwan im Oktober, einem dominierten Militärbündnis mit Russland als Führungsmacht, unterzeichnete Armeniens Präsident Nikol Paschinjan die Abschlusserklärung nicht. Damit verlieh er seinem Ärger über den mangelnden Beistand Moskaus gegenüber Aserbaidschan im Konflikt um Bergkarabach Ausdruck. Der tadschikische Präsident Emomali Rachmon kritisierte, dass Moskau kleinere Länder wie zu Sowjetzeiten übergehe. Sein kasachischer Kollege Kassym Toka-

jew, dessen Macht Putin im Januar 2022 durch einen Einsatz des OVKS stabilisiert hatte, hat den Kremlherrn seitdem mehrfach öffentlich brüskiert. Innerhalb weniger Monate fanden zwei informelle GUS-Treffen in Russland statt. Beim letzten im Dezember appellierte Putin an die Führer der ehemaligen Sowjetrepubliken, sich nicht weiter von Russland zu lösen.

Partner üben offen Kritik

Auch wenn die politischen Verflechtungen vor allem in Zentralasien von Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Ukrainekriegs überschattet sind, so bestehen die wirtschaftlichen dennoch fort. Russland spielt eine wichtige Rolle für China und Zentralasien. Seit Russlands Angriff auf die Ukraine üben die Handelspartner Zentralasiens zwar vorsichtige Zurückhaltung, die seit Jahrzehnten bestehenden engen Verknüpfungen können sie jedoch nicht kappen, da meist noch eine Abhängigkeit von Russland und den alten Vernetzungen bei Herstellungsprozessen besteht. In den Ländern Zentral-

asiens herrscht ein Klima der Unsicherheit, denn auch die EU und die USA zeigen Interesse an einer engeren Zusammenarbeit. Die GUS-Staaten fürchten, durch Sekundärsanktionen des Westens unter Druck zu geraten.

Die Energie-Supermacht Russland ist der Hauptlieferant von Öl für China. Putin sucht eine engere wirtschaftliche, politische und militärische Kooperation mit Peking, um die Verluste im Energiesektor zu kompensieren und Zugang zu Technologien zu erhalten. China leistet Moskau jedoch keine direkte materielle Unterstützung, weil es seine Handelsbeziehungen mit dem Westen nicht aufs Spiel setzen möchte. Die Wirtschaftszahlen zeugen indes von weiter bestehendem Interesse.

Im vergangenen Jahr wuchs der Handel mit China um 35 Prozent. Die täglichen Lieferungen über die Pipeline „Kraft Sibiriens“ überstiegen das vereinbarte Volumen, und auch in diesem Jahr sollen die Exporte steigen. In der derzeit angespannten Situation ist es für Russland

überlebenswichtig, neue Lieferwege Richtung Osten und Süden zu erschließen, zum Beispiel für russische Kohle. Die Exporte des Konzerns Gazprom in den Westen sind 2022 um 45 Prozent eingebrochen, nur in den GUS-Ländern konnte er seinen Absatz steigern. Auch die Erdölexporte haben zugelegt, wobei die Erlöse wegen des niedrigen Preises gefallen sind.

Laut Professor Alexander Knjasew, dem Leitenden wissenschaftlichen Mitarbeiter des Moskauer Instituts für internationale Studien, halten Bündnisse wie die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) auch zukünftig gute Perspektiven für Russland bereit.

Experten sind sich einig darüber, dass die russische Wirtschaft die Sanktionsfolgen bislang besser verkraftet hat als erwartet. Kaum ein Ökonom rechnet mit einem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems in diesem Jahr, allerdings damit, dass sich die Rezession verstärken wird.



SOZ-Gipfel in Samarkand: Putin (Mitte sitzend) inmitten seiner Partner. Neben Erdogan (links sitzend) sind die Präsidenten Aserbaidschans Ilham Aliyew (5. v. r.) und Tadschikistans Emomali Rahmon (4. v. r.) im Bild zu sehen

Foto: imago/UPI Photo

ZUKUNFTSPROJEKTE

Orientierung auf neue Einfluss-Sphären

Pipeline und Eisenbahnlinie – Handelswege über Afghanistan und Pakistan bis an den Indischen Ozean

Die Kritik an Putins Politik wird lauter. Dennoch haben die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Armenien und Kirgisistan in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres Waren im Wert von gut acht Milliarden US-Dollar nach Russland exportiert, das sind 30 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Armenien hat seine Ausfuhren nach Russland sogar verdoppelt. In Usbekistan gibt es mehr als 2000 gemeinsame Unternehmen mit russischer Beteiligung, Russland ist zugleich größter Handelspartner als auch Investor Usbekistans. Auch hat die Türkei ihr Exportvolumen nach Russland um 43 Prozent gesteigert, beispielsweise durch sogenannte Parallelimporte von Elektronik-Chips.

Russland ist auf der Suche nach neuen Absatzmärkten und Handelswegen. Die Lieferungen nach Europa bei Kohle konnten noch nicht komplett in Richtung Osten umgeleitet werden, da die Kapazitäten im Schienennetzwerk fehlen. Zudem decken China und Indien den Kohlebedarf zunehmend aus eigener Produktion aus Furcht vor Sanktionen des Westens.

Die westlichen Maßregelungen haben Russland besonderes Interesse sowohl an Zentralasien als auch an Afghanistan geweckt. Es existieren 30 Jahre alte Pläne zum Bau einer Gaspipeline Turkmenistan – Afghanistan – Pakistan – Indien, die wegen fehlender Sicherheit und Finanzierungsquellen bislang nicht realisiert wur-

den. Nach Ansicht des russischen Experten Alexander Knjasew wäre es denkbar, dass russische Firmen sich am Bau beteiligen oder das Projekt anführen könnten, um russisches Gas auf die Märkte Südasiens sowie des gesamten Einzugsgebiets des Indischen Ozeans zu liefern.

Märkte Südasiens im Visier

Russland hat bereits damit begonnen, eine Reihe von lebensnotwendigen Waren nach Afghanistan zu liefern. Das betrifft vor allem Getreide, Pflanzenöl, Ölprodukte und Flüssiggas. Welche Rolle Afghanistan in der Zukunft spielen wird, ist ungewiss. Sicher scheint aber, dass eine Alternative zu der Herrschaft der Taliban nicht in Sicht

ist. Die prowestliche Opposition ist nach russischer Darstellung in den Augen vieler Afghanen diskreditiert. Die Taliban, die in Russland als verbotene Terrororganisation eingestuft werden, hätten dafür gesorgt, dass die soziale und wirtschaftliche Lage nicht kollabiert ist.

Ob das Taliban-Regime als Regierung anerkannt wird, hänge von den diplomatischen Kontakten mit anderen Staaten ab. Solche haben die Taliban bereits in Moskau, Peking, Aschchabad und Islamabad. In Teheran vertritt der ehemalige Botschafter vorübergehend die amtierende afghanische Regierung. In Kabul sind die Botschaften Russlands, Chinas, Usbekistans, Turkmenistans, des Iran, Kasachstans und Pa-

kistan in Betrieb. Wirtschaftsbeziehungen mit Afghanistan hätten auch für das von Usbekistan geförderte Projekt zum Bau eines Schienennetzes über Afghanistan und Pakistan zu den Häfen des Indischen Ozeans Vorteile. Eine Eisenbahnlinie wäre beispielsweise wichtig für den Warentransport von und nach Russland. Da diese Gebiete auch für Chinas Projekt der Neuen Seidenstraße von Bedeutung sind, wäre auch eine russisch-usbekisch-chinesische Kooperation in Afghanistan denkbar.

Wenn Russland auch kein bedeutendes Militärbündnis wie einst den Warschauer Pakt anführt, so spielt es doch immer noch als „Energie-Supermacht“ eine nicht unbedeutende Rolle.

MRK

MILLIARDENERLÖSE

Handel mit Westen trotz Sanktionen

Mit dem kürzlich verhängten Öl-Embargo der EU soll Russlands Wirtschaft endgültig der Todesstoß verpasst werden. Zwar hat die russische Alfa-Bank einen Wirtschaftseinbruch um 6,5 Prozent für dieses Jahr prognostiziert, Russland nimmt aber immer noch Gewinne in Milliardenhöhe ein, für die auch der Westen verantwortlich ist.

Der Verzicht auf Pipeline-Gas etwa hat dazu geführt, dass die EU mehr russisches Flüssiggas (LNG) kauft. Die Einfuhren beliefen sich in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres auf 18 Milliarden Kubikmeter Gas. Analytiker schätzen, dass Russland damit 27 Milliarden Euro eingenommen hat.

Laut der Außenhandelskammer Russlands importieren auch die USA wieder mehr Güter aus Russland. Den Löwenanteil machen Kernbrennstoffe, Mineraldünger und Platinmetalle aus. Allein im September importierten die USA laut US-Statistikbehörde USCB Güter aus Russland im Wert von 332 Millionen Dollar. Russland war im Oktober zudem der größte Uran-Lieferant der USA. Der russische Atomenergiekonzern Rosatom konnte 2022 seine Exporte um 15 Prozent erhöhen.

Russland erhält laut Reuters immer noch Chips aus westlichen Ländern, die für ballistische Raketen benötigt werden. Von April bis November soll Russland aus den USA und einigen europäischen Staaten, darunter Deutschland und Estland, Chips im Wert von 777 Millionen US-Dollar bezogen haben, allerdings nicht direkt, sondern auf dem Weg des Parallelimports über die Türkei und Hongkong.

Auch Litauen unterhält immer noch Handelsbeziehungen mit dem Nachbarland trotz großer politischer Differenzen. Zwar haben mehr als die Hälfte der litauischen Unternehmen ihre Handelsbeziehungen mit Russland abgebrochen, doch mehr als 260 litauische Unternehmen exportieren weiter, vor allem Optik, medizinische und Messinstrumente, Fahrzeuge, elektrische Geräte, Video- und Tonanlagen sowie Heizkessel und mechanische Geräte.

MRK

„Wir können Russland nicht links liegen lassen“

Warum ein preußischer Privatmann mit prominentem Namen gerade in Kriegszeiten den Dialog mit russischen Gesprächspartnern sucht – und was die heutige deutsche Politik vom Außenpolitiker Otto v. Bismarck lernen kann

IM GESPRÄCH MIT
ALEXANDER V. BISMARCK

Seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine herrscht Eiszeit zwischen Russland und dem Westen. Es wurden wechselseitig Sanktionen verhängt und zahlreiche Beziehungen auf nahezu allen Gebieten des öffentlichen Lebens unterbrochen oder auf ein Minimum herabgesenkt. In diese Situation hinein startete Alexander v. Bismarck, Spross einer berühmten Adelsfamilie aus der Altmark und Pommern, den „Bismarck-Dialog“, um wenigstens einen kleinen Beitrag dafür zu leisten, dass die Verständigungsarbeit zwischen Ost und West in den vergangenen dreißig Jahren nicht vergebens war.

Herr v. Bismarck, wen will Ihr Dialog zusammenbringen?

Es ist immer ein Problem, wenn sich einzelne Menschen, ganze Familien oder gar Nationen im Falle eines Konflikts dauerhaft entzweien. Ich bin der Meinung, dass es in solchen Situationen, und zwar gerade dann, wenn es um fundamentale Interessengegensätze oder gar einen Krieg geht, unerlässlich ist, weiter im Gespräch zu bleiben. Wenn man nicht ewig gegeneinander kämpfen will, muss man miteinander reden, Gesprächskanäle offenhalten und den Austausch mit denjenigen suchen, die das ebenfalls möchten.

Ich habe sehr viele Bekannte und Freunde in Russland und in den vergangenen Monaten die Erfahrung gemacht, dass man mit denen auch in Zeiten eines fürchterlichen Krieges ganz offen reden kann, selbst wenn man nicht in allen Fragen einer Meinung ist. Und ich finde es wichtig, diesen Austausch aufrechtzuerhalten und auf breitere Füße zu stellen. Deshalb habe ich den Bismarck-Dialog gegründet.

An wen richtet sich der Dialog konkret? Die meisten Gesprächskanäle nach Russland wie der Petersburger Dialog und das Deutsch-Russische Forum – oder auch kommunalpolitische Partnerschaften wie die der Landmannschaft Ostpreußen zu russischen Gebietskörperschaften – sind weitgehend stillgelegt.

Die mehr oder weniger offiziellen Foren wie der Petersburger Dialog haben in Zeiten wie diesen das Problem, dass sie zu eng mit der Politik verzahnt sind. Was in Friedenszeiten ein Vorteil sein mag, weil es den Veranstaltungen ein höheres Gewicht gibt, wird im Falle von Krieg und Sanktionen zum Problem, weil man sich von den politischen Konstellationen nicht freimachen kann.

Ich will ein privates Sammelbecken schaffen für Russen und Deutsche, die ebenfalls das Gespräch suchen, und diese zusammenbringen. Wir reden hier immerhin von zwei Völkern, die in den meisten Phasen ihrer Geschichte friedlich miteinander ausgekommen sind, im 20. Jahrhundert jedoch einander fürchterliche Verbrechen angetan und nach 1991 gerade erst wieder mühsam zueinandergefunden haben. Ich versuche, aus beiden Ländern Menschen zusammenzuführen, denen das Verhältnis zwischen unseren Nationen etwas bedeutet.

Das findet derzeit noch im Rahmen kleinerer Gesprächsrunden statt, die erste bei mir zu Hause auf meinem Gut Döbbelin, die zweite in Moskau mit russischen Vertretern des Petersburger Dialogs, aber durchaus auf einem hohen Niveau. Teilnehmer waren Politologen und Historiker, Geschäftsleute und Vertreter von Verbänden, Journalisten und Politikberater sowie Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Wie waren die Reaktionen?

Überaus positiv. Ich war zum Beispiel überrascht, wie viele Universitätsprofessoren



Streitet dafür, auch in der politischen Eiszeit unserer Tage nicht alle Brücken nach Russland einstürzen zu lassen: Alexander v. Bismarck, hier vor seinem Herrenhaus Döbbelin in der Altmark

Foto: pa

oder auch Bundeswehroffiziere Interesse an einem solchen Austausch haben, und sich nicht nur über die Medien informieren, sondern persönlich zusammenkommen wollen. Ich bin erstaunt, wie viele hochkarätige Leute allein auf deutscher Seite weiterhin gute Kontakte zu Russland pflegen wollen.

Und wie waren die Erfahrungen drüben in Russland?

Ich war Ende des letzten Jahres zweimal in Moskau und habe dort mit sehr vielen Menschen der verschiedensten Richtungen gesprochen: mit Studenten, mit Ärzten eines Krebskinderkrankenhauses, mit Menschen aus dem Kunstleben und auch mit Geschäftsleuten. Überall gibt es ein unglaubliches Interesse, weiterhin mit Deutschland den Kontakt aufrechtzuerhalten. Dies wird leider von offizieller deutscher Seite unterbunden und hiesigen Partnern einrichtungen meist sogar verboten. Bei dem Krebskinderkrankenhaus ist es das Forschungsministerium, bei den Museen die Kulturstaatsministerin. Diese Kontakte haben nichts mit der militärischen Auseinandersetzung um die Ukraine zu tun, es sind zivilgesellschaftliche und humanitäre Partnerschaften, die den Ukrainekrieg in keiner Weise unterstützen, weshalb sie meiner Meinung nach eher gefördert als unterbunden werden sollten.

Beim offiziellen Petersburger Dialog in Moskau, den die Russen ja weiterhin veranstalten und den sie nicht kaputtgehen lassen wollen, war ich der einzige Deutsche, der dort persönlich anwesend war. Ich habe dort ganz klar gefragt: „Kann ich hier offen reden?“ und wurde dazu ausdrücklich ermutigt. Und ich habe gemerkt, dass es sowohl in der offiziellen Konferenz als auch anschließend in den persönlichen Gesprächen durchaus möglich ist, auf gemeinsame Nenner zu kommen.

Haben Sie auch Vertreter der politischen Ebene getroffen?

Selbstverständlich habe ich auch Kontakte zu politischen Akteuren gehabt, etwa zur russischen Menschenrechtsbeauftragten Tatjana Moskalkowa. Wir sprachen unter anderem über den Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland.

Als Privatmann hatte ich natürlich kein Mandat, um über Fragen von Krieg und Frieden zu reden. Aber ich konnte Anregungen für die zwischenmenschlichen Beziehungen

geben. So habe ich unter anderem vorgeschlagen, dass die Russen einseitig die Visumpflicht für Einreisen von Deutschen nach Russland streichen könnten, damit sich die Menschen begegnen können. So wie bei der Fußballweltmeisterschaft 2018, als auch jeder Fan mit einem Ticket ohne Visum nach Russland reisen konnte.

Wie reflektieren die Russen die jetzige Situation, vor allem den Ukrainekrieg?

Ich glaube, man kann über militärische Auseinandersetzungen zwischen zwei Ländern auf privater Ebene nur schwer diskutieren. Was ist, wenn beide Seiten unterschiedliche Meinungen dazu haben? Soll ich mit den Russen erst sprechen, wenn diese sich von ihrer eigenen Führung lossagen? So funktioniert ein Dialog nicht, erst recht nicht in Kriegszeiten.

Aber man kann natürlich darüber reden, welchen Beitrag jeder Einzelne dazu leisten kann, um die verfahrenere Situation so schnell wie möglich zu beenden. Man kann darüber sprechen, wie wieder Vertrauen zwischen den Nationen entstehen kann. In diesem Sinne finde ich es übrigens gut, dass Olaf Scholz trotz aller Zerwürfnisse mit Wladimir Putin noch immer mit diesem telefoniert. Jedes noch so kleine Wort des Austauschs kann ein Beitrag zur Deeskalation sein.

Ist der Bismarck-Dialog ausschließlich auf das Verhältnis von Russen und Deutschen ausgelegt – oder sollen auch Vertreter anderer Nationen einbezogen werden? Der klassische Vorwurf von Polen, Balten und anderen lautet ja, dass Russen und Deutsche auf deren Sichtweisen und Interessen keine Rücksicht nehmen würden.

Richtig. Allerdings haben sich – gerade auf der politischen Ebene – in dieser Hinsicht die Verhältnisse weitestgehend umgekehrt, so dass die russische Perspektive bei uns kaum noch Beachtung findet, die der anderen Länder jedoch dominiert. Deshalb setzt unser Dialog den Schwerpunkt auf das russisch-deutsche Verhältnis.

Otto v. Bismarck hat einmal gesagt: „Wenn Russland und Deutschland Freunde sind, geht es Europa gut.“ Ich glaube, dass dies noch immer gilt, und dass von guten deutsch-russischen Beziehungen auch alle anderen europäischen Länder profitieren. Ob es uns passt oder nicht: Wir können Russland nicht einfach links liegen lassen. Es ist das größte

Land der Welt – und wird dies auch nach dem Ukrainekrieg sein, egal, wie dieser ausgeht.

Sie haben gerade den früheren Kanzler erwähnt, der nicht nur das Deutsche Reich begründet hat, sondern zuvor auch das Auswärtige Amt. Trotz dessen Bedeutung ließ die heutige Außenministerin Annalena Baerbock unlängst den Namen Otto v. Bismarck in ihrem Haus tilgen, indem ein ihm gewidmeter Raum umbenannt und sein dortiges Porträt abgehängt wurde. Was bewegt jemanden wie Sie, der selbst als Privatmensch gerade außenpolitisch aktiv ist und den gleichen Namen trägt, wenn er davon hört?

Ich halte die Entscheidung von Frau Baerbock historisch wie politisch für unklug. Und sie fußt meiner Ansicht nach eher auf moralischen Beweggründen als auf analytischen Erkenntnissen. Man muss jede Persönlichkeit aus ihrer Zeit heraus bewerten. Ein Politiker in einem Kaiserreich agiert anders als in einer Demokratie. In der Ära Bismarck sind außerdem nicht nur die staatlichen Grundlagen des heutigen Deutschland geschaffen, sondern auch viele gesellschaftliche Fundamente gelegt worden, wie zum Beispiel das Sozialsystem mit den Krankenkassen und der Rente.

Auch sonst könnte sich die heutige Außenministerin von ihrem Vorgänger einiges abschauen. Zum Beispiel die Orientierung der Außenpolitik an nüchternen Interessen, wozu auch die Interessenlagen anderer Mächte gehören. Deshalb ist für unsere Familie und auch für mich unverständlich, dass ausgerechnet in einer von Otto v. Bismarck gegründeten Institution wie dem Auswärtigen Amt sein Name getilgt wurde.

Was sagt die Umbenennung über die deutsche Außenpolitik von heute aus?

Ich kann die Arbeit von Frau Baerbock nicht bewerten, weil ich sie nur aus den Medien kenne und bei ihren Auftritten als Ministerin nicht dabei bin. Ich empfinde jedoch manchen ihrer Schritte nicht als geschickt für eine Diplomatin. Otto v. Bismarck hätte vermutlich niemals die Repräsentanten eines anderen Staates persönlich attackiert, wie dies Frau Baerbock wiederholt in Richtung Russland getan hat. Auch die Belehrungen in Richtung China hätte er vermutlich unterlassen. Beide Länder gehören zu unseren wichtigsten Handelspartnern, die können wir nicht ständig von oben herab behandeln.

Wir leben in einer globalen Welt, und da ist meines Erachtens sogar mehr Verständnis für die Vielfalt dieser Welt gefragt als zu Bismarcks Zeiten.

Otto v. Bismarck war nicht nur Abgeordneter und preußischer Ministerpräsident, nicht nur Außenminister und Reichskanzler, sondern zuvor auch Gesandter in St. Petersburg und in Paris. Fehlt dies der heutigen Außenpolitik, die persönliche Nähe und Kenntnis anderer Länder, die Einfluss auf die eigene Politik haben?

Durchaus. Natürlich kann ein Außenpolitiker nicht alle Länder der Welt besucht haben, bevor er Minister wird. Doch gerade wenn man über ein Land schwerwiegende Urteile fällt, sollte man dieses Land persönlich kennen. Das gilt übrigens auch für Journalisten. Ich sehe viel zu viele negative Kommentare, bei denen schnell sichtbar wird, dass der Kommentierende noch nie in dem Land gewesen ist. Wenn man ein Land und dessen Menschen aus eigener Anschauung kennt, urteilt man immer anders. In Bezug auf Russland dabei zu helfen ist Ziel des Bismarck-Dialogs.

Das Gespräch führte René Nehring.

● Alexander v. Bismarck ist Geschäftsführer der von Bismarck Handels GmbH.
www.bismarck-doebbelin.de

„Soll ich mit den Russen erst sprechen, wenn diese sich von ihrer eigenen Führung lossagen? So funktioniert ein Dialog nicht, erst recht nicht in Kriegszeiten“

● MELDUNGEN

Verpestet durch Desinfektion

Gießen/Wiesbaden – Durch den exzessiven Gebrauch von Desinfektionsmitteln während der Corona-Pandemie sind größere Mengen der darin enthaltenen Quartären Alkylammoniumverbindungen (QAAV) in den Boden gelangt. Wie Wissenschaftler der Universität Gießen und des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) mitgeteilt haben, fanden sie in 97 Prozent aller Bodenproben aus hessischen Äckern, Wäldern, Wiesen und Weinbergen überhöhte Konzentrationen von QAAV. Das ist nicht zuletzt deshalb beunruhigend, weil viele krankmachende Bakterien inzwischen eine Resistenz gegen Quartäre Alkylammoniumverbindungen entwickelt haben und diese Widerstandsfähigkeit zu multiplen Antibiotikaresistenzen führt. Schon jetzt infizieren sich jährlich zirka 50.000 Bundesbürger mit antibiotikaresistenten Keimen, und jeder 20. Betroffene stirbt daran. W.K.

Schwarz und weiblich

Erfurt – Die Diplom-Verwaltungswirtin Doreen Denstädt soll im Februar an die Spitze des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) rücken und damit erste schwarze Ministerin in den neuen Bundesländern werden. Sie arbeitete bislang als Sachbearbeiterin in der Polizeivertrauensstelle im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales. Denstädt verdankt ihre Nominierung den Quotenregelungen der Grünen, denen sie seit 2021 angehört. Weil der Schauspieler und Thüringer Grünen-Chef Bernhard Stengele das Amt des Ministers für Umwelt, Energie und Naturschutz von Anja Siegesmund übernehmen möchte und die Grünen verhindern wollen, dass beide ihnen zustehenden Kabinettsposten mit Männern besetzt sind, hatten sie Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) gedrängt, ihren Parteifreund Dirk Adams als Migrations- und Justizminister zu entlassen. W.K.

Französisch weniger beliebt

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden teilte kürzlich mit, dass Französisch als Fremdsprache bei deutschen Schülern immer weniger beliebt ist. Im Schuljahr 2021/2022 lernten nur 1,29 Millionen von insgesamt 8,44 Millionen Schülern an allgemeinbildenden Schulen die Sprache des Nachbarlandes. Der Anteil ist mit 15,3 Prozent so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Dagegen gewinnt Spanisch zunehmend an Beliebtheit. Der Anteil der Spanisch-Schüler stieg im vergangenen Schuljahr auf 496.000 oder 5,9 Prozent. Spanisch liegt damit knapp hinter Latein, das noch von 6,4 Prozent der Kinder und Jugendlichen erlernt wird. Beim Wahl des Fachs Französisch gibt es jedoch regionale Unterschiede. Im Saarland lernt gut die Hälfte der Schüler Französisch und in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg war es immerhin noch ein Viertel. Alle drei Bundesländer grenzen an Frankreich. In den östlichen Bundesländern ist die Zahl der Französisch-Schüler die niedrigste. MRK



In Deutschland eine Goldgrube: Auswertung eines PCR-Tests im Labor

Foto: Dean Calma / IAEA

CORONA

Der Reibach mit den Tests

Lobbyarbeit trieb den Preis für die PCR-Untersuchungen massiv in die Höhe

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Corona-Pandemie kennt viele Verlierer, aber auch so manche Gewinner. Zu den Letzteren zählen die Impfstoffhersteller, die durch ihre beherrschende Lobbyarbeit Milliarden Dosen der Corona-Vakzine zu hohen Preisen absetzen konnten. Dies ist mittlerweile allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte sein, dass Recherchen des Westdeutschen Rundfunks (WDR), des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und der „Süddeutschen Zeitung“ zutage gefördert haben, dass auch die Medizinlabore in Deutschland einen großen Treffer gelandet haben, der einigen Wenigen reichlich Geld beschert, aber der Masse der Steuerzahler und Krankenversicherten unnötige Kosten aufgebürdet hat.

Als im Januar 2020 erste Meldungen über ein „neuartiges Coronavirus“ die Runde machten, verlangte die Kassenärztliche Bundesvereinigung, den Preis pro PCR-Test zur finalen Absicherung der

„Was hätten wir nur ohne Sie in den letzten Pandemie Jahren gemacht?“

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach

Mitte Oktober 2022 anlässlich des Deutschen Kongresses für Laboratoriumsmedizin

Covid-19-Diagnose auf 59 Euro festzulegen. Daraufhin setzte das damals von Jens Spahn (CDU) geleitete Bundesgesundheitsministerium die sich heftig sträubenden Kassen unter Druck, dieser Forderung nachzukommen. Und das ohne jegliche Kostenkalkulation, Konsultation von Sachverständigen oder Überprüfung der tatsächlichen Marktpreise. Ansonsten

hätte sich nämlich sehr schnell herausgestellt, dass es Anbieter wie TIB Molbiol, Genekam und Biozol gab, die zertifizierte Testkits bereits für unter zehn Euro anboten. Vor dem Hintergrund hätten die Labore komplette PCR-Tests für 15 Euro durchführen können.

Unterstützung durch Minister Spahn

Dahingegen behaupteten die Laborärzte im Mai 2020, als die Krankenkassen eine Absenkung der Vergütung anmahnten, allein schon die Materialien pro Test kosteten 22 Euro. Ärzte- und Kassenvertreter einigten sich auf einen neuen Preis von 39,40 Euro, während das Gesundheitsministerium 50,50 Euro für die Testung der Kontaktpersonen von Infizierten, Reiserückkehrern oder Bundesbürgern mit Alarmmeldung in der Corona-Warnapp bezahlte. Die letztgenannte Kostenregelung war das Ergebnis einer Intervention von Michael Müller, dem Vorsitzenden des Berufsverbandes Akkreditierte Labore in der Medizin (ALM). Dieser Verband vertritt nicht nur die Interessen kleinerer

Einrichtungen, sondern auch von Branchenriesen wie Sonic Healthcare Germany, Limbach, Synlab und Amedes, hinter denen finanzstarke Investoren stehen. Amedes beispielsweise gehört dem US-Konzern Goldman Sachs, der die Labor-kette gemeinsam mit zwei anderen Anlegern für 1,5 Milliarden Euro erworben hat.

Auch in der Folgezeit sorgte dieser Berufsverband dafür, dass die Preise für die PCR-Tests höher als nötig ausfielen. Ab Januar 2022 lagen diese immer noch bei fast 35 Euro für die Kassen und 43,56 Euro für den Bund. Und selbst heute, da die Ausgangsmaterialien bereits ab drei Euro zu haben sind, müssen die Krankenkassen jeden Test mit 27,30 Euro vergüten, während das Gesundheitsministerium 32,39 Euro zahlt.

Sicherung des Oligopols

Darüber hinaus betrieb der ALM auch anderweitig Lobbyarbeit. So sorgte Müller neben anhaltend attraktiven Vergütungen auch für den Ausschluss potentieller Konkurrenten. Als das Gesundheitsministerium im April 2020 plante, Tierärzte in die PCR-Testauswertung einzubeziehen, hinderte der ALM-Vorsitzende dies durch ein scharfes Schreiben an Spahn. Ähnliches geschah im November 2020, nur dass nunmehr die Zahnmediziner ausgebaut wurden. Und ein Jahr später traf es Hausärzte und Apotheker. Die seien fachlich außerstande, korrekte PCR-Tests durchzuführen, behauptete Müller – und aufs Neue knickte Spahn ein.

Angesichts dessen kann nicht verwundern, dass die Gewinne der Labore, die den Kassen und dem Staat überbeuerte Tests in Rechnung stellten, geradezu explodierten. Als Beispiel hierfür sei der Konzern Sonic Healthcare genannt. Dessen Reinerlös stieg von 82 auf 274 Millionen Euro.

Insgesamt flossen von Anfang 2020 bis Ende 2022 sechs Milliarden Euro für die PCR-Tests. Angesprochen auf den Prozess der Preisbildung und Auftragsvergabe sowie deren Beeinflussung durch den Verband ALM antwortet der seinerzeit maßgeblich verantwortliche ehemalige Bundesgesundheitsminister Spahn ausweichend. Er habe „keinen Zugang mehr zu Akten, Vorlagen oder Rücksprachen, um die ... aufgeführten Punkte in der nötigen Detailtiefe nachzuvollziehen oder zu bewerten“. Ebenso tief blicken lassen die überschwänglichen Dankesworte von Spahns Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) an die Adresse der deutschen Labormediziner Mitte Oktober vergangenen Jahres anlässlich ihres jährlichen Kongresses: „Was hätten wir nur ohne Sie in den letzten Pandemie Jahren gemacht?“

BERLINS POLIZEI

Politische Korrektheit statt Verbrechensbekämpfung

Leitfaden für einen „diskriminierungssensiblen“ Sprachgebrauch – Unbequemer Clan-Experte strafversetzt

Berlins Landeskriminalamt (LKA) hat einen 29 Seiten umfassenden Leitfaden vorgelegt, der den Polizisten bei einem „diskriminierungssensiblen“ Sprachgebrauch helfen soll. Viele Kollegen seien froh und dankbar für „ein wenig Orientierung in unserer heutigen Begriffswelt“, so Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik bei der Präsentation des Leitfadens. Für öffentliche Aufmerksamkeit hat insbesondere die Empfehlung des Berliner LKA gesorgt, bei Täterbeschreibungen statt „südländisch“ künftig den Begriff „westasiatisch“ zu verwenden. In dem Leitfaden heißt es dazu: „Der Begriff Südländer ist insbesondere auch durch die Nutzung in verfassungsfeindlichen Medien negativ belegt.“

Bei Personenbeschreibungen wird den Berliner Polizisten zudem empfohlen, auf keinen Fall die Wörter „dunkel-

häutig“ oder „farbig“ zu verwenden, sondern den Begriff „Schwarze Person“. Dabei soll das „S“ in „Schwarz“ großgeschrieben werden. Zur Begründung führt die Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt an, es gehe nicht um biologische Eigenschaften, sondern um gesellschaftspolitische Zugehörigkeiten. Auch Begriffe wie „Farbige“ oder „dunkelhäutig“ sind laut dem Leitfaden wegen ihrer „kolonialistischen und diskriminierenden Bedeutungen“ verpönt. Zudem empfiehlt das LKA den Beamten eine inkludierende Schreibweise mit Genderdoppelpunkt, wie beispielsweise „Bürger:innen“.

Die Polizeipräsidentin versicherte, es bestehe für die Beamten keine Verpflichtung, sich an die Empfehlungen zu halten. Zweifel an dieser Versicherung hat Jörn Badendick vom Polizeiberufsver-

band „Unabhängige“ vorgebracht. Laut Badendick entfalten die Empfehlungen nämlich indirekt eine verpflichtende Wirkung, weil die sogenannte Diversitätskompetenz bereits Bestandteil von Personalbeurteilungen ist. Zudem vermittelt laut Badendick der Sprachleitfaden den Eindruck, das Nichtverwenden einer gendergerechten Sprache stelle eine Form von strafbewehrter Hasskriminalität dar.

Berlins Landeskriminalamt zieht derzeit nicht nur mit seinem Sprachleitfaden die Aufmerksamkeit auf sich. Vor Kurzem wurde auch bekannt, dass ein LKA-Kommissariatsleiter seinen Posten räumen muss. Hintergrund soll laut einem Bericht der Berliner Boulevardzeitung „B.Z.“ sein, dass der Beamte in einer polizeiinternen Auseinandersetzung einen ebenfalls abberufenen Mitarbeiter in

Schutz genommen hat. Die Ablösung des Kommissariatsleiters hat Befürchtungen ausgelöst, der Kampf gegen Kriminelle aus arabischen Großfamilien könnte künftig noch schwieriger werden. Seinen Hut als Leiter eines Kommissariats muss nämlich ein bundesweit anerkannter Experte im Kampf gegen kriminelle Großclans nehmen.

Der abberufene Beamte soll einer der wenigen Berliner Polizisten gewesen sein, die von der sächsischen Polizei vorab über geplante Razzien im Zusammenhang mit dem Juwelenraub aus dem Grünen Gewölbe informiert worden waren. Beteiligt war der Beamte auch an der Aufklärung des Diebstahls der Goldmünze aus dem Bode-Museum im Jahr 2017. Nach der Abberufung des Kommissariatsleiters sollen bereits weitere Beamte ihren Weggang angekündigt haben. Hermann Müller

RUNDFUNK

Der Widerstand wächst

Brandenburg und Berlin stellen sich offen gegen Pläne für die nächste Gebührenerhöhung

VON HERMANN MÜLLER

Geht es nach ARD und ZDF, dann soll die Gebühr für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur noch bis Ende 2024 auf dem derzeitigen Stand von 18,36 Euro pro Monat und Haushalt bleiben. Für die Zeit danach wollen die ARD-Anstalten und das ZDF offenbar erneut einen „Mehrbedarf“ geltend machen. Für die Bürger hieße dies, ab 2025 noch tiefer in die Tasche greifen zu müssen – egal, ob sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nutzen oder nicht.

Gegen eine Gebührenerhöhung haben sich nun allerdings Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und auch Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) ausgesprochen. Brandenburgs Regierungschef sagte, er sehe bei den Bürgern „allein angesichts der bekannt gewordenen Verfehlungen“ keine Akzeptanz für eine Gebührenerhöhung.

Giffey formulierte etwas vorsichtiger. Sie sprach lediglich vom Ziel, die Rundfunkbeiträge zu stabilisieren und nach 2025 auf dem „jetzigen Niveau“ zu halten. Deutschland leistet sich das am besten finanzierte staatliche Rundfunksystem der Welt. Für 21 TV- und 73 Radiokanäle von ARD, ZDF und Deutschlandfunk werden die Gebührenzahler mittlerweile pro Jahr insgesamt mit 8,5 Milliarden Euro zur Kasse gebeten.

rbb-Skandale zeigen Wirkung

Gerade den Berlinern und den Brandenburgern dürfte derzeit schwer zu vermitteln sein, dass das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem noch mehr Geld benötige. Den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) erschüttern seit Monaten Vorwürfe wegen Vetternwirtschaft, Korruption und Verschwendung von Gebührengeldern. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mehrere ehemalige Führungspersonen des Senders.

Im Brandenburger Landtag hat sich im Dezember ein Untersuchungsausschuss zum rbb konstituiert. Der auf Antrag der AfD-Landtagsfraktion zustande gekommene Ausschuss soll unter anderem klären, ob die Landesregierung ihre Rechtsaufsicht über die Rundfunkanstalt ausreichend ausgeübt hat. Untersuchen



Rundfunkgebühren: Wegen der „bekannt gewordenen Verfehlungen“ ist eine Erhöhung kaum vermittelbar

Foto: action press

wollen die Abgeordneten auch die Verwendung finanzieller Mittel beim rbb. Bei diesem Unterfangen könnte der Untersuchungsausschuss in den kommenden Monaten noch manche Überraschung zutage fördern.

Wie wichtig eine gründliche Untersuchung des Senders ist, machen zwei Berichte deutlich, die der Landesrechnungshof Berlin kürzlich vorgelegt hat. Die Rechnungsprüfer hatten zwei Unternehmen unter die Lupe genommen, an denen die rbb Media GmbH im Prüfzeitraum beteiligt war. Wie die Prüfer feststellen mussten, fehlten in dem einen Unternehmen „wesentliche Regelungen zu Verfahrens- oder Geschäftsabläufen der Gesellschaft, insbesondere zu Compliance, Antikorruption, Vollmachten und Zeichnungsbefugnissen sowie zur Durchführung von Beschaffungsmaßnahmen“.

Bei der Untersuchung brachte der Landesrechnungshof auch ein Detail ans Licht, das sich salopp ausgedrückt als Trickserei im Arbeitsrecht bezeichnen

lässt. Das geprüfte Unternehmen hatte nämlich drei Arbeitskräfte an die rbb Media GmbH ausgeliehen. Alle drei waren „ehemalige Beschäftigte der rbb Media GmbH, deren Arbeitsverträge zunächst befristet waren und nicht verlängert wurden“. Aus Sicht der Rechnungsprüfer vermied die rbb Media GmbH durch diese Arbeitnehmerüberlassung „eine Weiterbeschäftigung auf Grundlage eigener Arbeitsverträge und unterbrach eine Kette aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge. Bei der rbb Media GmbH wurden die Arbeitskräfte faktisch weiterbeschäftigt.“ Zweck der eigentümlichen Konstruktion war es vermutlich, eine Festanstellung der Mitarbeiter bei der rbb Media GmbH zu den dortigen Konditionen zu vermeiden.

Heimliche „Sparbüchse“?

Auch im Fall des zweiten Unternehmens hat sich die Untersuchung durch den Berliner Rechnungshof gelohnt. Den Rechnungsprüfern fiel nämlich auf, dass die rbb Media GmbH bei dem Tochterunter-

nehmen nur einen geringen Anteil des erwirtschafteten Gewinns entnommen hatte, trotz hoher Kapitalausstattung des Unternehmens.

Begründet wurde das Belassen der Gewinne mit geplanten Investitionen bei dem Tochterunternehmen. Allerdings stellten die Prüfer fest, dass konkrete Planungen, „die eine Thesaurierung (Re-Investition, d. Red.) im getroffenen Umfang gerechtfertigt hätten“, gar nicht vorlagen. Ergebnis war in jedem Fall, dass sich durch die Nichtentnahme von Gewinnen die Erträge für die rbb Media GmbH und damit letztlich auch für den Sender selbst reduzierten. Nicht ganz abwegig ist die Vermutung, dass die Tochterfirma für den rbb faktisch wie eine geheimgehaltene Sparbüchse fungiert hat.

Aus Sicht der Gebührenzahler wäre es stattdessen wünschenswert gewesen, wenn möglichst viel vom Gewinn des Tochterunternehmens an den rbb überwiesen worden wäre, um so den Bedarf des Senders an Gebührengeldern zumindest etwas zu reduzieren.

WAHLKAMPF

CDU-Linke fallen Wegner in den Rücken

Berlins Unionschef will Vornamen der Silvester-Krawallmacher wissen – Eigene Leute rebellieren

Die Silvesternacht in Berlin hat die Frage nach der Herkunft der Gewalttäter aufgeworfen. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hatte nach den Vornamen der Verhafteten gefragt, denn die Polizei hatte angegeben, dass sich darunter immerhin 45 deutsche Staatsbürger befänden. Dabei blieb die Frage nach einem möglichen Immigrationshintergrund jedoch offen.

Das linke politische Lager erregte sich sofort heftig über das Ansinnen der Christdemokraten. Die sehr weit links stehende Grünen-Bundestagsabgeordnete Canan Bayram ätzte: „Wahrscheinlich müssen demnächst alle Kriminalstatistiken zusätzlich zum Ariernachweis noch Angaben zum fehlenden CDU-Parteibuch beinhalten.“ Der Linkspartei-Innenexperte Niklas Schrader warf der CDU-Fraktion „völkisches Denken“ vor: „Die CDU treibt das Geschäft der AfD.“ Und die Re-

gierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) assistierte: „Ich weiß nicht, wann man eigentlich aufhört, Migrationshintergrund zu haben.“

Die drei Linksparteien wollen eine Debatte über die Herkunft der Täter verhindern. Die von der CDU-Fraktion aufgeworfenen Fragen sprechen auch das im Jahre 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung geänderte Staatsbürgerschaftsrecht an, nachdem praktisch jeder seither in Deutschland geborene Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen konnte. Dieser Umstand vernebelt mit fortschreitender Zeit den kulturellen Hintergrund von Straffälligen mit ausländischen Wurzeln.

Das Thema könnte ein Wahlkampfthema für die Berliner CDU werden. Gerade deswegen ist es interessant, dass es in der Partei Funktionäre gibt, welche die

eigene Fraktionsführung angreifen. Der Landesgeschäftsführer der Jungen Union, Salahdin Koban, moniert, der Vorstoß der Fraktion sei „wenig hilfreich“. Der Abgeordnete Danny Freymark greift offen an: „Ich werde vorschlagen, diese Frage zurückzuziehen, da ich sie weder teile noch hilfreich finde. Es macht einfach überhaupt keinen Sinn, so etwas zu erfragen.“

Die Personalie Freymark ist deswegen interessant, weil er 2005 wegen mutmaßlich antisemitischer Ausfälle in die Kritik geriet. Der heutige CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner hielt damals seine schützende Hand über Freymark, der nach einer schöpferischen Pause nunmehr dem Berliner Landesparlament angehört, wo er sich im inhaltlichen Schulterschluss mit den linken Parteien übt. Zwar versucht der Parteichef unbeirrt, die Fragestellung aufrechtzuerhalten, aber Freymark und Ko-

ban fallen ihm dabei in den Rücken. Was der bürgerlichen Konkurrenz von der AfD nützt.

Die Silvesterkrawalle 2022 haben ein ähnliches Potential wie die Übergriffe von Immigranten 2015 vor dem Kölner Hauptbahnhof gegen Frauen. Wegner warnt: „Probleme löst man nicht, indem man sie verschweigt. Ich lasse mir von der Koalition keine Fragen verbieten.“ Der CDU-Chef weiter: „Wir werden nicht zulassen, dass die Koalition von dieser notwendigen Debatte ablenkt.“ Derweil verhinderte die rot-grün-rote Regierungskoalition einen Antrag von CDU- und FDP-Fraktion auf eine Besprechung der Silvesterkrawalle im Innenausschuss. Für SPD und Grüne sind die Parlamentsfragen der CDU Anlass, eine Koalition mit der CDU nach den Wahlen am 12. Februar auszuschießen. Frank Bücker

KOLUMNE

Linke Immobilienhaie

VON VERA LENGSELD

Bezahlbares Wohnen ist in Berlin ein Dauerthema, besonders bei den Linken. Jetzt steht die Wahlwiederholung unmittelbar bevor, und die Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“ wird aktiv. Sie startete ihre Wahlkampagne im Wahlkreis von Bausenator Andreas Geisel (SPD), dessen Wiederwahl verhindert werden soll. Die Initiative wirft ihm vor, den erfolgreichen Volksentscheid für die Enteignung des Konzerns „Deutsche Wohnen“ zu boykottieren. Unterstützt wird die Kampagne von der Hauptstadt- und Wohnungspresse. Wohnungen sollten Volkseigentum sein, sie gehörten nicht in Privathand.

Nun stellt sich heraus, dass einige der linken Journalisten, die eifrig gegen Wohneigentum Front machen, selbst Eigentümer eines Mietshauses sind. Das kam heraus, als die Eigentümergemeinschaft beschlossen hat, ihre Immobilie, deren Wert auf zwölf Millionen Euro geschätzt wird, zu verkaufen. Da hatten sie die Rechnung ohne ihre Mieter gemacht. Die brachten einen Skandal ans Licht, der ein grelles Licht auf die Doppelmoral der Linken wirft.

Die Gruppe linker Journalisten, die für die „taz“, „Süddeutsche Zeitung“, „Berliner Zeitung“ und auch den „Spiegel“ geschrieben haben oder noch schreiben, kaufte 1991 eine Immobilie für umgerechnet rund 600.000 Euro. Damals verteilte Berlin großzügig Hilfen an Immobilienbesitzer, wenn sie dem Gemeinwohl verpflichtet sind, das heißt zu moderaten Mieten bedürftigen Menschen ein Obdach geben. Dafür müssten die Eigentümer eine „Selbsthilfegruppe“ sein und auch selbst im Haus wohnen. Die Journalisten kassierten umgerechnet 1,7 Millionen Euro Steuergelder für die Sanierung des Hauses und noch andere Hilfen, hielten sich aber nicht an die Bedingungen. Sie wohnten zum Teil nicht im Haus und missachteten auch andere Auflagen. Nun muss es eine Untersuchung geben. Auf das Ergebnis und die Konsequenzen darf man gespannt sein.

MELDUNG

Bund und Senat streiten

Berlin – Im Streit zwischen Berlins rot-grün-rottem Senat und dem Bund um den Weiterbau der Stadtautobahn A 100 droht eine Eskalation. Laut „Tagesspiegel“ hat die Autobahn GmbH des Bundes ein Berliner Ingenieurbüro mit der Planung des weiteren Bauabschnitts beauftragt. Dabei soll es sich um den Abschnitt vom Treptower Park bis zur Storkower Straße handeln. Wie es in dem Bericht heißt, ist der Bund auch für einen Ausbau der Storkower Straße. Dies soll helfen, den Verkehr von der Autobahn abfließen zu lassen. In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und Linkspartei dagegen vereinbart, Planung und Bau dieses weiteren Abschnitts der Stadtautobahn nicht weiter zu forcieren. Bereits der im Bau befindliche Abschnitt von Neukölln zum Treptower Park ist innerhalb der Koalition umstritten. Die Linke-Abgeordnete Katalin Gennburg fordert einen Baustopp und sogar einen Rückbau des im Bau befindlichen Abschnitts. H.M.

● MELDUNGEN

Bedenkliche Zunahme

Wien – Nach Angaben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat der internationale Menschenhandel seit Beginn des Ukrainekrieges deutlich zugenommen. Organisierte Kriminelle haben es vor allem auf Frauen und Kinder abgesehen, die in der Regel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung oder illegalen Adoption gehandelt werden. 2022 erzielten die Täter mit dem Menschenhandel laut der OSZE Gewinne in Höhe von rund 150 Milliarden US-Dollar. Das ist eine Verfünffachung seit 2005. Zur Veranschaulichung der Größenordnung: Ein Staat mit einer Wirtschaftsleistung dieser Höhe würde im internationalen Ranking auf Platz 55 liegen. Die OSZE geht von jährlich weltweit 25 Millionen Opfern aus. Dem stehen nur um die 10.000 Fälle, die bei den Strafverfolgungsbehörden landen, gegenüber. Nicht mit in der Rechnung der OSZE enthalten sind die Einnahmen der Schlepper-Mafia und sonstiger krimineller Nutznießer der Migrationsindustrie. W.K.

Tiefstwert in Rumänien

Bukarest – Die Zahl der ethnischen Deutschen in Rumänien ist auf einen Tiefstwert gesunken. Das zeigt die Volkszählung des vergangenen Jahres, deren Ergebnisse nun veröffentlicht worden sind. Lebten 2011 noch 36.000 Angehörige der deutschen Volksgruppe in Rumänien, waren es im vergangenen Jahr nur noch 23.000. Die nach den verheerenden Türken-beziehungsweise Osmanenkriegen von deutschen Siedlern rekultivierten Gebiete Sathmar, Banat und Siebenbürgen gingen im Juni 1920 durch das alliierte Friedensdiktat von Trianon von Ungarn auf Rumänien über. Zu diesem Zeitpunkt gab es dort 800.000 Deutsche. Eine positivere Entwicklung als in Rumänien nahm das Deutschtum in Ungarn. Dort bezeichnen sich aktuell noch 185.000 Menschen als Deutsche. Die ungarischen Donauschwaben bilden nach den Elsässern in der Französischen Republik und den Südtirolern in der Italienischen Republik die drittgrößte deutsche Minderheit im europäischen Ausland. W.K.

Mehr Weizen als gedacht

Washington – Das US-Landwirtschaftsministerium USDA meldet, dass Russland zehn Millionen Tonnen mehr Weizen erntet als prognostiziert. Der größte Weizenexporteur der Welt erntete nach vorläufigen Angaben für 2022 eine Rekordgetreideernte von 151 Millionen Tonnen, davon sind knapp 103 Millionen Tonnen Weizen. Das könne die Weizenpreise erheblich unter Druck setzen, da weitaus mehr Weizen am globalen Markt ist als bisher angenommen. Um die Preise stabil zu halten, hat das russische Landwirtschaftsministerium angekündigt, in diesem Jahr nur noch 80 bis 85 Millionen Tonnen Weizen zu produzieren. Die Anbaufläche für Hülsenfrüchte und Sojabohnen soll dagegen wachsen. Auch die Flächen für Sonnenblumenkulturen und Öllein sollen größer werden. MRK

SÜDAMERIKA

Was man uns über Brasilien verschweigt

Präsident Lula ist derart korrupt, dass sogar Gerüchte kursieren, sein Vize werde ihn ablösen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bilder und Nachrichten vom Aufstand der Anhänger des abgewählten und zumeist als Rechtspopulist oder Schlimmeres gescholtenen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro gingen um die Welt. Was die allermeisten Medien dabei unterschlagen haben, ist Dreierlei. Zum Ersten sind solche Krawalle typisch für Brasilien – nur wurden diese bislang zumeist von der politischen Linken veranstaltet. Zum Zweiten beteiligten sich an den aktuellen Ausschreitungen auch Mitglieder der Partei der Arbeit (PT) des neuen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, die offenkundig als Agents Provocateurs agierten. Und zum Dritten vertrauen viele Brasilianer Lula inzwischen nicht mehr.

Letzteres hat gleich mehrere Ursachen. So steht der Vorwurf im Raum, dass

der hauchdünne Wahlsieg des 77-Jährigen auf Betrug beruhe. Beispielsweise soll Bolsonaro in Hunderten von Wahllokalen keine einzige Stimme erhalten haben. Das ist sehr unwahrscheinlich. Darüber hinaus gibt es Hinweise auf mafiöse Gruppierungen, welche die Menschen unter Gewaltandrohung zwangen, für Lula zu votieren.

Alles andere als ein Einzelfall

Des Weiteren machte Lula sogleich einige sinnvolle Reformen seines Amtsvorgängers rückgängig. Dadurch dürfte es nun wieder zu mehr Kriminalität und Korruption im Lande kommen. Dafür plant Lula die Verabschiedung eines Gesetzes gegen „Fake News“, das verschärfte Zensurmaßnahmen ermöglichen würde.

Das allergrößte Ärgernis sind jedoch die Korruptionsskandale und Bereicherungsvorwürfe, die den früheren Schuh-

putzer, Metallfahrbauer und Gewerkschaftsführer seit seiner ersten Amtszeit als Präsident von 2003 bis 2011 verfolgen. Eine von ihnen ist die Mensalão-Affäre, die 2005 publik wurde. Lulas PT hatte eine ganze Reihe von Parlamentsabgeordneten anderer Parteien bestochen, um deren Stimmen zu kaufen, und dafür Gelder aus staatlichen Unternehmen abgezweigt. Daraufhin mussten mehrere Berater Lulas zurücktreten. Der Präsident indes stritt jegliche Beteiligung ab. So ließ der Generalstaatsanwalt Álvaro Augusto Ribeiro Costa die Anklage gegen ihn schließlich fallen.

Agents Provocateurs von links

Ebenso ungeschoren ging Lula 2006 und 2009 aus dem Dossier-Skandal und der Operation Zelotes hervor. Im ersteren Falle konnte man ihm nicht nachweisen, dass er von den kriminellen Machen-

schaften einiger PT-Mitglieder zulasten der politischen Konkurrenz wusste. Und im zweiten verlief die Untersuchung gegen Lula wegen der mutmaßlichen Annahme von Bestechungsgeldern aus der Hand der Automobilunternehmen CAO und MMC im Sande.

Voll in die Mühlen der Justiz geriet der Ex-Präsident hingegen im April 2015 nach dem Auffliegen der Operation Lava Jato. Hierbei handelte es sich um eine gigantische Korruptionsaffäre, in deren Verlauf der halbstaatliche Ölkonzern Petrobras und andere öffentliche Unternehmen um Milliardensummen geschädigt wurden. Einige Dutzend zumeist linke Politiker verwendeten das ergaunerte Geld, um die Macht ihrer Parteien zu stärken und die eigenen Taschen zu füllen. Lula galt den Ermittlern als oberster Drahtzieher des Ganzen, der sich auch persönlich bereichert habe. Daraus resultierten zwischen 2017 und 2019 insgesamt vier Anklagen und Verurteilungen Lulas wegen Bestechlichkeit im Amt, Geldwäsche und Behinderung der Justiz. Die verhängte Gesamthaftstrafe betrug am Ende 17 Jahre. Davon saß Lula allerdings nur 580 Tage ab. Dann führten Interventionen seiner Verteidiger beim Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, dem Vatikan und der US-Regierung dazu, dass alle Urteile gegen ihn im Juni 2021 vom Obersten Bundesgerichtshof Brasiliens wegen angeblicher Verfahrensfehler mit sieben zu vier Stimmen aufgehoben wurden. Sieben dieser elf Richter waren von Lula und dessen Protegé und Nachfolgerin, Dilma Rousseff, während deren Präsidentschaft ernannt worden.

Lula hat Vertrauen verloren

Ansichts dessen betrachten viele Brasilianer die Rehabilitierung Lulas als üble Farce. Fakt ist, dass Lulas Vermögen vom Beginn seiner Präsidentschaft 2003 bis 2017 von umgerechnet 150.000 auf 3,8 Millionen Euro gewachsen ist, und das bei einem Präsidentengehalt von anfangs 4000 und zuletzt 5500 Euro pro Monat.

Deshalb kursieren nun Gerüchte über eine mögliche Amtsenthebung und Ersetzung Lulas durch seinen Vizepräsidenten Geraldo Alckmin Filho von der wirtschaftsliberalen Partei der brasilianischen Sozialdemokratie (PSDB). Der verfügt zwar über wenig Charisma, ist dafür aber in keinen nennenswerten Skandal verwickelt.



Wird er demnächst die Geschicke Brasiliens lenken? Geraldo Alckmin (l.) mit Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (r.)

Foto: pa

EUROPA

„Wie Sie wissen, haben wir Krieg“

Um eine Stromversorgung zu günstigen Preisen sicherzustellen, setzt Belgien bis 2035 auf Kernenergie

Aufgrund der explodierenden Energiepreise infolge des Ukrainekrieges will Belgiens Regierung bis ins Jahr 2035 auf Kernenergie zurückgreifen. Das Kernkraftwerk Doel und der Kernreaktor Tihange 3 sollen zehn weitere Jahre laufen. Darauf haben sich die belgische Regierung und der im französischen Courbevoie sitzende Energiekonzern Engie geeinigt.

„Mit diesen Entscheidungen können morgen die Arbeiten für die Verlängerung der beiden jüngsten Atomkraftwerke beginnen“, so der belgische Premierminister Alexander De Croo von der flämischen liberalen Partei Open VLD. Die Einigung sei wichtig, „weil sie dazu beiträgt, unsere Versorgungssicherheit in den nächsten Jahren zu garantieren“. Man übe künftig

die Kontrolle über den in Belgien produzierten Strom aus, „und die Atomenergie ist im Allgemeinen günstiger als Gas“. Fast trotzig fügte der Premierminister hinzu: „Wie Sie wissen, haben wir Krieg.“

In Deutschland sorgen die in den 70er Jahren gebauten belgischen Atommeiler immer wieder für Diskussionen. Mehrfach wurden bei den Reaktoren im Nachbarland Mängel festgestellt. Und in der nächsten Umgebung keines anderen europäischen Atomkraftwerks leben so viele Menschen wie beim AKW Doel. Bereits im Jahre 2012 fanden Experten in den Blöcken Tihange 2 und Doel 3 Tausende Haarrisse in den Reaktordruckbehältern. Dennoch beschloss Belgien 2015 eine Laufzeitverlängerung bis 2025.

Letztere erfolgte trotz massiver Proteste der Nachbarländer und ohne Prüfung der Umweltverträglichkeit. Der Europäische Gerichtshof, das Rechtsprechungsorgan der Europäischen Union, beurteilte dieses Vorgehen später als widerrechtlich. Noch im vergangenen Jahr hatte der Betreiber erklärt, ein Weiterbetrieb sei rechtlich schwierig, technisch kaum zu bewerkstelligen und nicht zu bezahlen. Nun sollen die betreffenden Meiler im Jahr 2025 für zwölf Monate vom Netz und ab 2026 wieder angegeschlossen werden.

Im politisch chronisch unruhigen Belgien birgt diese Entscheidung Zündstoff, wurde sie doch von den Grünen mitgetragen, die der amtierenden Regie-

rung angehören. Die grüne Energieministerin Tinne Van der Straete hat die Einigung zusammen mit dem Premierminister verkündet. Belgische Kommentatoren spekulieren bereits, dass die Partei an einer „ideologischen Neuausrichtung“ nicht vorbeikommen werde.

Mittlerweile wird nicht mehr ausgeschlossen, dass in Belgien irgendwann eine komplette Rolle rückwärts vollzogen wird, denn auch die benachbarten Niederlande setzten wieder verstärkt auf Nuklearenergie. Der Bau zweier Meiler soll das Land von fossilen Brennstoffen unabhängiger machen, sagte Ministerpräsident Mark Rutte im Dezember. Die Standorte wurden bereits gefunden.

Peter Entinger

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Am 16. Dezember wurde in Wilhelmshaven das erste deutsche LNG-Terminal in Anwesenheit des Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) sowie der Minister Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP) eröffnet. Mit insgesamt elf Standorten für die Anlandung und Verdampfung von importiertem, stark gekühltem Flüssigerdgas (LNG) will die Bundesregierung im Eiltempo Ersatz für den Ausfall der russischen Gasimporte schaffen. Vergangenes Jahr wurden mehrere LNG-Speicher- und Wiederverdampfungs-Schiffe für die vorgesehenen Terminals gechartert, sogenannte Floating Storage and Regasification Units (FSRU). Eines davon ist die 294 Meter lange „Höegh Esperanza“ am neuen Anleger in Wilhelmshaven. Anfang Januar erreichte auch der mit 170.000 Kubikmeter verfügbarem Frackinggas aus den USA beladene Tanker „Maria Energy“ das Terminal.

Nach der Wiederverdampfung wird das Gas über Zwischenspeicher in das Gasfernleitungsnetz eingespeist. Laut Angabe des Betreibers Uniper können damit 50.000 Haushalte ein Jahr lang mit Energie versorgt werden. Während des laufenden probeweisen Betriebs soll die „Höegh Esperanza“ täglich zwischen 15 und 155 Gigawattstunden Erdgas in das Netz abgeben. Das Terminal hat eine Regasifizierungskapazität von jährlich bis zu 7,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas, etwa acht Prozent des deutschen Gasbedarfs.

Ursprünglich war die „Höegh Esperanza“ für ein neues LNG-Terminal nahe Melbourne im australischen Bundesstaat Victoria bestimmt. Die dortigen Behörden hatten dem Schiff jedoch die Betriebsgenehmigung verweigert, da bei dem Reinigungsverfahren für die Rohrleitungen chlorhaltige Abwässer ins Meer geleitet werden. Für Wilhelmshaven wurde hingegen die vorgesehene Einleitung der Abwässer von der „Höegh Esperanza“ in die Nordsee und das Wattenmeer ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genehmigt.

LNG Terminal in Wilhelmshaven

Ermöglicht hat dies die Bundesregierung mit dem am 20. und 21. Mai vergangenen Jahres von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten LNG-Beschleunigungsgesetz. Danach dürfen Zulassungsbehörden das Gesetz über die UVP nicht anwenden, wenn die beschleunigte Zulassung des Vorhabens geeignet ist, „einen relevanten Beitrag zu leisten, um eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden“.



Vor der „Höegh Esperanza“ bei der Eröffnung des ersten deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner (v.l.)

Foto: pa

UMWELTPOLITIK

Bei Flüssiggas ist der Ampel die Natur unwichtig

Wenn es um den Ausbau des von der Regierung favorisierten Energieträgers geht, lässt sich Berlin durch Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht stoppen

Umweltverbände, Fischer und Anwohner kritisieren das Gesetz und die Intransparenz des Genehmigungsverfahrens scharf. Sie befürchten schwerwiegende Langzeitauswirkungen für die Nordsee und die Ökosysteme Wattenmeer und Jademündung durch die biozidhaltigen Einleitungen in einem Umfang, der die Grenzwerte um das Zehnfache überschreitet.

Noch vor der offiziellen Inbetriebnahme am 14. Januar ist auch der Probebetrieb am LNG-Terminal im vorpommerschen Lubmin ohne Umweltverträglichkeitsprüfung angelaufen. Bereits im Dezember war der Flüssiggastanker „Seapeak Hispania“ mit 140.000 Kubikmeter Flüssiggas aus Ägypten an seinem Liegeplatz östlich der Insel Rügen angekommen. Das Schiff fungiert als Zwischenlager (LNG-Depot) auf der Ostsee. Kleinere Tanker befördern das LNG im laufenden Pendelverkehr durch den Greifswalder

Bodden zum FSRU-Schiff „Neptune“ im Industriehafen von Lubmin.

LNG-Terminals in und vor Lubmin

Bei dem Betrieb der „Neptune“ werden zwar keine Biozide eingesetzt, jedoch halten Umweltverbände und eine Bürgerinitiative den Standort des Terminals insgesamt für ungeeignet. Während des Genehmigungsverfahrens waren bis zum Fristende am 28. November exakt 1099 Einwendungen beim zuständigen Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern eingegangen. Zeit für eine Prüfung der Einwendungen war offenbar von vornherein nicht vorgesehen. So fehlt laut dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Gesamtbetrachtung der Auswirkungen entlang der Lieferkette vom Speicherschiff durch den flachen Greifswalder Bodden bis zum Terminalschiff im Hafen. Schäden für den Vogelschutz und

das Heringslaichgebiet seien zu befürchten.

Geplant ist außerdem ein zweites von der Bundesregierung gechartertes schwimmendes Flüssiggas-Terminal. Es soll 30 bis 40 Kilometer vor Lubmin in der Ostsee stationiert und durch eine Pipeline an die Gasleitungen in Lubmin angebunden werden. Mit dem Bau der Pipeline wurde bereits begonnen. Der Leiter des Thünen-Instituts für Ostseefischerei, Christopher Zimmermann, warnt vor einem Risiko für den gesamten Heringsbestand während des Baus der Pipeline durch das Heringslaichgebiet im Bodden.

Unterdessen beklagen sich Anwohner über ein ständiges dröhnendes Wummern, das vom Regasifizierungsschiff „Neptune“ ausgeht. Einwände können sie jedoch nicht mehr erheben. Die derzeitige erneute Auslegung der Genehmigungsunterlagen dient allein der gesetzlich vorgeschriebenen Transparenz.

COMPUTERTECHNOLOGIE

Leuchttürme der Chip- und Halbleitertechnik?

Intel, TSMC und Bosch sollen an Investitionen in Dresden und Magdeburg interessiert sein

Im Frühjahr vergangenen Jahres hatte der Chiphersteller Intel bekannt gegeben, in Magdeburg zwei große Halbleiterfabriken errichten zu wollen. Mit einem Investitionsvolumen von fast 17 Milliarden Euro handelt es sich derzeit um das größte Ansiedlungsprojekt in der deutschen Wirtschaft.

Ein konkretes Datum für den Baubeginn hat Intel bislang nicht verkündet, nur so viel: In diesem Halbjahr soll es losgehen. Obwohl das Halbjahr gerade begonnen hat, hat das bisherige Ausbleiben des symbolischen ersten Spatenstichs zu Spekulationen geführt, der Zeitplan wackele oder das Megaprojekt stehe womöglich gar auf der Kippe. Die Stadt Magdeburg und das Land Sachsen-Anhalt sehen bei den Vorbereitungen des Bauprojekts hingegen keine Verzögerung. Der Zeitplan sieht laut der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt für diesen Monat archäologische Grabun-

gen auf dem projektierten Werksgelände vor. Anschließend soll die Wasser- und Stromversorgung des Areals entstehen.

Ein Sprecher von Intel erklärte, der Konzern wolle erst mit dem Bau beginnen, wenn die Fördergelder freigegeben sind. Im laufenden Jahr will der Bund für das Projekt 6,8 Milliarden Euro beisteuern. Bevor das Geld fließt, muss allerdings die EU noch grünes Licht geben. Gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sagte Intel-Sprecher Benjamin Barteder: „Wenn die Förderung kommt, dann wird das Unternehmen mit Landesregierung und Stadt über die weiteren Schritte zum Baustart beraten.“

Ergänzend wies Barteder darauf hin, dass es zu Verzögerungen kommen könne, da auch Intel nicht von wirtschaftspolitischen Entwicklungen ausgenommen sei. Zu Letzteren zählt der Intel-Sprecher Preissteigerungen bei den Bau-

kosten und der Energie sowie die Verfügbarkeit von Baufirmen.

Inzwischen verdichten sich im benachbarten Freistaat Sachsen die Zeichen, dass der weltgrößte Chiphersteller, das taiwanische Unternehmen TSMC, Dresden als Standort für ein neues Halbleiterwerk auserkoren hat. Die Taiwanesen wollen in der Elbmetropole offenbar eine Fabrik aufbauen, in der Chips für die Autohersteller gefertigt werden. TSMC investiert bereits in Werke in den USA und in Japan. Allein in die Chipfertigung in den USA will TSMC 40 Milliarden US-Dollar stecken.

Wie die „Financial Times“ und „Nikkei Asia“ noch kurz vor Weihnachten berichteten, will TSMC Anfang dieses Jahres eine Gruppe hochrangiger Mitarbeiter nach Deutschland schicken. Diese sollen neben den Kapazitäten lokaler Lieferketten auch die mögliche Höhe von Staatshilfen ermitteln.

Branchenexperten gehen davon aus, dass sich TSMC an seinem ersten Fertigungsstandort in Europa auf 22- und 28-Nanometer-Prozesse konzentrieren wird. Dies würde nicht unbedingt die aktuelle Spitzentechnik darstellen, wäre aber optimal für den Bedarf der hiesigen Autobauer, die robuste und bewährte Elektronik brauchen. Als möglichen Baubeginn hat „Nikkei Asia“ das Jahr 2024 genannt.

Der Münchner Halbleiterhersteller Infineon will noch im laufenden Jahr in Dresden seine größte Fabrik bauen. Bosch kündigte an, bis 2026 nochmals drei Milliarden Euro in seine Halbleitersparte investieren zu wollen. Als Teil dieses Investitionspakets soll an den Bosch-Standorten Reutlingen und Dresden jeweils ein neues Entwicklungszentrum entstehen. Allein in diesem Jahr steckt Bosch 250 Millionen Euro in den Ausbau der Fertigung in der Hauptstadt Sachsens. Hermann Müller

● MELDUNGEN

IWF ist pessimistisch

Washington – Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht davon aus, dass 2023 zu einem deutlich härteren Jahr für die Weltwirtschaft werden wird als 2022. Nach Aussage der IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa könnte das globale Wachstum 2023 nur noch bei höchstens 2,7 Prozent liegen, nachdem es 2022 noch 3,2 und 2021 sogar sechs Prozent waren. Der IWF befürchtet, dass jeder dritte Staat in eine Rezession rutscht, darunter auch die Bundesrepublik. Als besonders besorgniserregend bezeichnete Georgiewa die Entwicklung in China, wo sich die Konjunktur aufgrund der Null-Covid-Politik „drastisch verlangsamt“ habe. Ein weiterer Risikofaktor ist laut dem IWF die hohe Inflation, weil sie die Kaufkraft der Verbraucher schwäche. Dazu komme die deutlich wachsende Schuldenlast der Schwellenländer aufgrund der Aufwertung des US-Dollars sowie das derzeitige politische Umfeld, das „ungewöhnlich unsicher“ sei. W.K.

„Hinter die Fichte geführt“

Berlin – Der Ostbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag, Sepp Müller, hat dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Michael Kellner (Grüne) Täuschung vorgeworfen. Mit Bezug auf Aussagen Kellners zur Versorgung der PCK Raffinerie Schwedt mit Rohöl sagte der Oppositionspolitiker: „Staatssekretär Kellner hat im Dezember die Öffentlichkeit und den Deutschen Bundestag hinter die Fichte geführt.“ Laut dem Christdemokraten liegt weder ein Vertrag aus Polen noch aus Kasachstan zur Ölversorgung der Raffinerie vor. „Die Rohölversorgung ist nicht wie angekündigt für Schwedt gesichert“, so Müller. Kellner hatte Mitte vergangenen Monats im Bundestag gesagt, dank einer Zusage Polens bleibe eine Auslastung der PCK Raffinerie von über 70 Prozent über den Jahreswechsel hinaus gewährleistet. In Wirklichkeit ist die Auslastung der Anlage seit Jahresbeginn auf die Hälfte gesunken. H.M.

Kasachstan will einspringen

Astana – Nachdem Deutschland kein russisches Erdöl mehr über die in Schwedt endende Druschba-Pipeline bezieht, will Kasachstan in die Bresche springen. Das kasachische Unternehmen Kaztransoil plant, in diesem Jahr 1,2 Millionen Tonnen Öl aus dem Fördergebiet von Karatschaganak nach Deutschland zu liefern. Deswegen hat die Regierung in Astana beim staatlichen russischen Energiekonzern Rosneft beantragt, für die Öllieferungen auch die Druschba-Pipeline nutzen zu dürfen. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben, wie der Kreml Anfang dieses Monats bestätigte: „Wenn ein Teil des kasachischen Öls ... in die Druschba umgeleitet wird, dann ist das normal.“ Ohne die russische Erlaubnis müsste der Rohstoff per Tanker nach Aserbaidschan transportiert, anschließend durch Pipelines in die Türkei oder nach Georgien gepumpt werden, um dort erneut von Tankschiffen aufgenommen zu werden. W.K.

KOMMENTARE

Proporz contra Realität

HANS HECKEL

Warum wurde Christine Lambrecht überhaupt Verteidigungsministerin? Weil sie eine Frau ist. Warum musste Thüringens Justizminister Dirk Adams (siehe Seite 4) über Nacht und ohne, dass ihm irgendwelche Fehler oder Versäumnisse auch nur vorgehalten wurden, seinen Posten räumen? Weil er ein Mann ist.

Adams musste gehen – ausdrücklich gegen seinen Willen –, weil in einem anderen, ebenfalls von den Grünen gehaltenen Ressort ein Mann den Chefposten von einer Frau übernahm. Somit war im starren grünen Geschlechterproporz plötzlich ein männlicher Minister zu viel. Auf den Abgesägten folgt die gebürtige Saalfelderin Doreen Denstädt.

Sie verfügt als Polizeihauptkommissarin, die ihren Diplomverwaltungswirt an der Polizeihochschule machte, durchaus über brauchbare Vorkenntnisse für ihr Ressort, aber über so gut wie keine politische Erfahrung. Ihr Vater ist aus Tansania, wodurch Denstädt einst als erste schwarze Polizistin Thüringens für Furore sorgte.

Kann sie ihr Amt? Das kann niemand sagen, aber leidtun kann sie einem jetzt schon. Denn die Grünen-Politikerin muss von Anfang an mit dem Stigma leben, nur wegen ihres Geschlechts und gegebenenfalls noch wegen ihrer dunklen Hautfarbe ins Ministeramt gekommen zu sein.

Die Parallelität der beiden Personalentscheidungen illustriert, wie dumpfes Proporzdenken gegen das Wohl des Landes wirkt. Denn ob Lambrecht gut ist für Deutschland oder Adams die (unter den Grünen-Kandidaten) beste Wahl für Thüringen darstellt, spielte überhaupt keine Rolle. In dieser Tatsache spiegelt sich die ideologische Verbohrtheit und Arroganz, welche das politische Personal prägt, das solche Entscheidungen erzwingt.

Diese Verantwortungslosigkeit konnte nur gedeihen in einer komfortablen Wohlstandsblase, die manchen glauben ließ, dass es keine drängenden Probleme gebe außer denen, die man sich selbst einbildet. Womöglich kann nur die harte Realität mit derlei Irrglauben aufräumen – siehe den Fall Lambrecht.

Lützerather Theater

RENÉ NEHRING

Erlebt die Regierungspartei Bündnis 90/ Die Grünen gerade ihren „Hartz-IV-Moment“? Diese, an die „Agenda 2010“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder erinnernde Frage wurde am vergangenen Wochenende von verschiedenen deutschen Medien aufgeworfen. Hintergrund ist die Räumung des rheinischen Dorfes Lützerath. Die Reste des Weilers waren von selbsternannten „Aktivisten“ besetzt worden, um den Abriss der letzten Häuser des Ortes zu verhindern, die dem Ausbau des Braunkohletagebaus Garzweiler im Weg standen.

Problematisch für die Grünen ist Lützerath, weil die Partei sowohl aufseiten der politischen Entscheider (in Person von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und NRW-Landesministerin Mona Neubaur) als auch aufseiten der Demonstranten (etwa in Person von „Fridays for Future“-Aktivistin und Grünen-Mitglied Luisa Neubauer) promi-

nent vertreten ist. Aus reinem Machtkalkül, so der Vorwurf der „Aktivisten“, hätten die Grünen in der Regierung einen „Hinterzimmer-Deal“ mit dem Tagebaueigentümer RWE geschlossen. Die Attackierten verteidigten den gefundenen Kompromiss damit, dass durch ihn der Ausstieg aus der Kohle früher stattfinden könne als geplant.

Allein die Befassung zahlreicher Medien mit der eingangs erwähnten Frage können sich die Grünen als PR-Erfolg auf ihre Fahnen schreiben, ist es ihnen doch wieder einmal gelungen, einer breiten Öffentlichkeit ihre eigenen Obsessionen aufzudrücken. Als ob es bei Energiefragen vor allem darum ginge, was gut oder schlecht für die grüne Partei ist.

Für unser Land weitaus wichtiger wäre eine Debatte darüber, dass es für die Kohle, aber auch für Kernkraft, Gas und Öl noch immer keinen grundlastfähigen Ersatz gibt. Doch darüber spricht niemand – nicht zuletzt dank Theaterinszenierungen wie der von Lützerath.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:

Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE3333 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

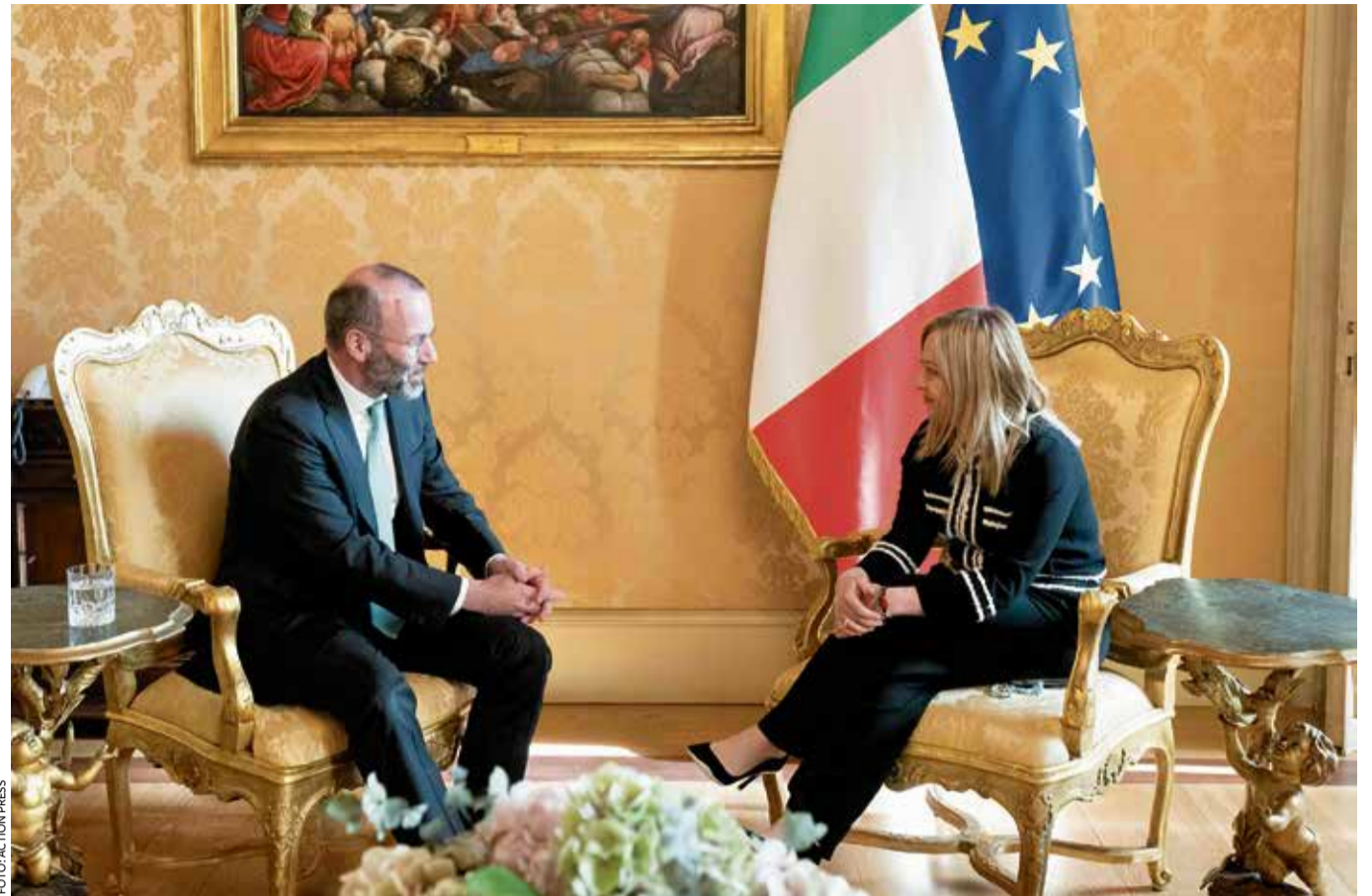
Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



EVP-Chef Weber zu Gast bei Giorgia Meloni: Die Nähe zu Italiens neuer Regierungschefin entsetzt die europäische Linke

ANALYSE

Bündnis in Sicht?

ROBERT MÜHLBAUER

Auf den Bildern lachen und scherzen sie wie beste Freunde: Offenbar haben sich Manfred Weber und Giorgia Meloni sehr gut verstanden bei ihrem Treffen in Rom im Palazzo Chigi. Doch die politische Linke in Europa ist alles andere als erfreut. Denn das Treffen des deutschen CSU-Politikers mit Italiens Regierungschefin könnte den Beginn einer vertieften Kooperation von europäischen Christdemokraten mit rechtskonservativen Parteien im EU-Parlament einleiten.

Weber ist Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP). Zu dieser gehören in Deutschland CDU/CSU, in Österreich die ÖVP, in Italien die Forza Italia. Meloni, die Chef der rechten „Fratelli d'Italia“ (Brüder Italiens), amtiert nebenbei auch als Vorsitzende des Parteienbündnisses Europäische Konservative und Reformen (EKR), die eine Reihe rechter Parteien umfasst, in Polen die PiS, in Spanien die Vox.

Der Niederbayer Weber war nach Rom gereist, um am Begräbnis des bayerischen Papstes Benedikt teilzunehmen. Er nutzte die Gelegenheit für ein Gespräch mit Meloni in deren Amtssitz Palazzo Chigi – schon das zweite innerhalb von zwei Monaten. Anschließend sagte der EVP-Vorsitzende, dass es bei den Gesprächen auch um die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteienfamilien gegangen sei. Die rechte Tageszeitung „Il Foglio“ titelte, es gebe eine neue „Diplomatie rechts von Benedikt XVI.“

Das große linke Entsetzen

Ein Bündnis von EVP und EKR? Durchaus eine brisante Möglichkeit, vor allem mit Blick auf die kommende Europawahl im Frühjahr 2024. Für Linke gingen die Alarmlichter an. Die Annäherung zwischen Weber und Meloni sei „ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die EVP-Fraktion bereit ist, die politische Mitte zu verlassen und sich populistischen Bewegungen zu öffnen“, sagte Gabriele Bischoff (SPD), Fraktionsvize der Sozialisten und Demokraten (S&D) in Brüssel, gegenüber der „Rheinischen Post“. Der FDP-Europaabgeordnete Moritz Körner wettete: „Webers Kuschkurs gegenüber Meloni mutiert mittlerweile zum dreisten Anmachversuch“. Ihm werde „um europäische Werte Angst und Bange“. Vor allem die polnische PiS hat er im Visier.

Die Linke im Europaparlament hätte viel zu verlieren, wenn die EVP – mit 176

von 705 Abgeordneten in Brüssel die stärkste Fraktion – mit den Konservativen der EKR (63 Sitze) enger zusammenarbeiten würde. Die Sozialdemokraten sind wegen des Korruptionsskandals „Katar-Gate“ geschwächt. Als die Affäre um Bestechungsgelder aus Katar aufflog, musste die griechische sozialistische Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili (S&D), zurücktreten. Derzeit laufen Ermittlungen gegen weitere sozialdemokratische Abgeordnete aus Italien.

Es ist nun Melonis erklärtes Ziel, die ewige Allianz von Christdemokraten und

schmack sein. Vox liegt bei 15 Prozent und wird als Mehrheitsbeschaffer benötigt. Während in Deutschland jegliche noch so punktuelle Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD zu hysterischen Reaktionen führt, sind solche Bündnisse in anderen Ländern zunehmend normal.

Der italienische Autor Francesco Giubilei, Sonderberater des Kulturministeriums, nannte die Europaparlamentwahl 2024 eine entscheidende politische Weichenstellung. „Eine neue Mehrheit könnte aus der Volkspartei (EVP), den Konservativen und Reformern (EKR) und aus der Fraktion Identität und Demokratie (ID) gebildet werden“, sagte Giubilei der Zeitschrift „The European Conservative“. Für ihn zählt sogar die rechte ID dazu, zu der die italienische Lega und die deutsche AfD gehören. Eine „gemeinsame Strategie“ sollten die Parteien finden, sagte er.

Viele gemeinsame Schnittmengen

Aber es gibt auch große Widerstände gegen eine Zusammenarbeit. Die Positionen der EVP mit rechteren Parteien in Italien seien „weitgehend inkompatibel“, sagte etwa der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Jürgen Hardt, gegenüber dem Brüsseler Magazin „Euractiv“. Es gebe „keinen Grund für eine weitere Kooperation mit den anderen italienischen Regierungsparteien im EU-Parlament, solange sie mit offen anti-europäischen Kräften wie der AfD kooperieren“, so Hardt.

Zwischen der EKR und der ID besteht keine offizielle Kooperation auf Fraktionsebene. Es gibt aber inhaltlich-politische Schnittmengen, sagte der bayerische AfD-Europaabgeordnete Markus Buchheit gegenüber der PAZ: „Wir haben insbesondere in den Bereichen von Migration, Familienschutz und Schutz unserer kulturellen Identität Schnittmengen.“

Zwischen einzelnen Parteien der beiden Fraktionen gibt es immer wieder Zusammenarbeit. Beispielsweise hielt der FPÖ-Politiker Harald Vilimsky vor Kurzem gemeinsam mit Vox eine Pressekonferenz ab zum Thema, wie illegale Migration bekämpft werden könne. Würden sich die Parteien von EKR und ID zusammenschließen, hätten sie nach derzeitigem Stand gemeinsam 127 Sitze im EU-Parlament – nur etwas weniger als die Sozialdemokraten und Sozialisten mit 144 Sitzen und mehr als die Liberalen mit 102 Sitzen. Bislang scheiterte eine Einigung auf eine große rechte Fraktion aber immer an internen Widerständen und gegenseitigen Unverträglichkeiten.

Die politische Landkarte in Europa wandelt sich

Sozialdemokraten in Brüssel zu lockern. Sie wolle „die traditionelle Achse zwischen EVP und Sozialisten durchbrechen“, schreibt „Il Foglio“. Punktuell haben EVP und EKR schon kooperiert, etwa im Januar 2022 bei der Wahl der neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments, der EVP-Politikerin Roberta Metsola aus Malta. Im Gegenzug bekam der EKR-Politiker Roberts Zile aus Lettland einen der 14 Vizepräsidentenposten. Auch bei einzelnen Abstimmungen holten sich die Christdemokraten Unterstützung von den Konservativen.

Weber hatte sich zudem vor den italienischen Wahlen im vergangenen Herbst klar auf die Seite von Melonis Bündnis mit der Lega von Ex-Innenminister Matteo Salvini und der Forza Italia von Silvio Berlusconi gestellt. Das hat ihm in Deutschland auch Kritik einhandelt, sogar mit dem CSU-Chef Markus Söder knirschte es. Doch der Niederbayer verfolgt offenbar strategische Ziele.

Die politische Landkarte in Europa wandelt sich. In einigen Staaten sind zuletzt klare Mitte-Rechts-Koalitionen an die Macht gekommen, nicht nur in Italien. In Schweden regiert eine EVP-Mitgliedsparterie mit Unterstützung der rechten Schwedendemokraten. Auch in Spanien könnte es nach den Wahlen Ende dieses Jahres auf eine Koalition zwischen der Partido Popular, die zur EVP gehört, und der rechten Vox hinauslaufen. Die Regionalwahlen im Mai werden ein Vorge-

VON VEIT-MARIO THIEDE

Seine erste große Sonderausstellung widmet das im September 2021 eröffnete Deutsche Romantik-Museum in Frankfurt am Main E. T. A. Hoffmann. Die Schau präsentiert den Königsberger Erzähler als Juristen und Richter – vor allem aber als Universal-künstler. Mit unheimlichen und phantastischen Romanen und Erzählungen wie „Die Elixiere des Teufels“ und „Der Sandmann“ schwang er sich zu einem Hauptvertreter der Schwarzen Romantik auf. Er verfasste mit „Das Fräulein von Scuderi“ den ersten deutschsprachigen Krimi und komponierte die erste romantische Oper: „Undine“. Obendrein betätigte er sich als Zeichner und Karikaturist.

Auch in der Dauerausstellung sind Hoffmann zwei Stationen gewidmet. Die eine handelt von seinem Märchen „Meister Floh“. Die Geschichte um den entflohenen Floh spielt in der Mainmetropole. Hoffmann beweist bemerkenswerte Ortskenntnisse, obwohl er nie in Frankfurt war. In der anderen Station betätigt sich Hoffmann als Musikkritiker, der Beethoven mit Bezug auf die 5. Sinfonie zum Romantiker erklärte: „Beethovens Musik bewegt die Hebel des Schauers, der Furcht, des Entsetzens, des Schmerzes, und erweckt jene unendliche Sehnsucht, die das Wesen der Romantik ist.“

Die Dauerschau belegt das zweite und dritte Stockwerk des Romantik-Museums. Im ersten Stock residiert die Goethe-Galerie. Sie zeigt Gemälde aus der Goethezeit. Auf Porträts tritt Goethe selbst in Erscheinung. Im „Tempel der Freundschaft“ sind Bildnisse zu sehen, die Wieland, Schiller, Herder und viele weitere Persönlichkeiten aus Goethes Umkreis zeigen. Der Landschaftsmaler Johann Philipp Hackert ist mit Ansichten von Italien vertreten.

Andere Gemälde zeigen Goethes literarische Figuren, zum Beispiel „Tasso“ und den „Erlkönig“. Prunkstück der Sammlung ist die zweite Fassung von Johann Heinrich Füsslis gespenstischem Gemälde „Der Nachtmahr“ (1790/91): Auf der Brust einer in verrenkter Stellung schlafenden Frau hockt ein Kobold, während ein mit weiß leuchtenden Augen aus-



Im Ausland gilt der Stürmer und Dränger als Romantiker: Goethe-Galerie im Deutschen Romantik-Museum

Und immer wieder Goethe

Das neue Romantik-Museum in Frankfurt ehrt den Klassiker – und mit einer Sonderschau den ostpreußischen Romantiker E. T. A. Hoffmann

gestatteter Schimmel den Kopf durch die Vorhänge schiebt.

Besitzer der Gemäldesammlung und Träger des Romantik-Museums sowie des benachbarten Goethe-Hauses am Großen Hirschgraben ist das 1859 von 56 Bürgern gegründete Freie Deutsche Hochstift für Wissenschaft, Künste und allgemeine Bildung. Die Gründerväter wollten das Streben nach der deutschen Einheit durch die Besinnung auf die gemeinsame kulturelle Identität bestärken. Das „Hochstift“ sah sich als geistigen Mittel- und Sammelpunkt für die ganze Nation. Es erwarb 1863 Goethes Geburtshaus. Das wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und in den 50er Jahren originalgetreu rekonstruiert.

Bläuliche Himmelstreppe

Unmittelbar links davon steht nun das Romantik-Museum. Von der Straßenseite aus betrachtet erweckt der von Christoph Mäckler entworfene Neubau den Eindruck, es handele sich nicht etwa um ein einziges Gebäude, sondern um drei

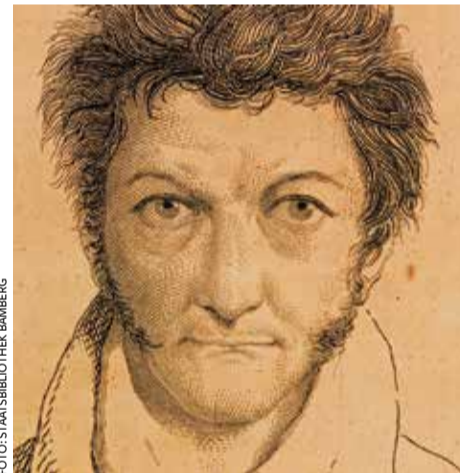
schmale Häuser. Dafür sorgen unterschiedliche Höhen und Putzfarben.

Für die Verwirklichung des Projekts wendeten der Bund und das Land Hessen jeweils vier Millionen Euro auf. Die Stadt Frankfurt stellte das Grundstück zur Verfügung und gab 1,8 Millionen Euro. Über 1500 Einzelpersonen und Institutionen brachten fast neun Millionen Euro auf. Das neue Gebäude kostete zwölf Millionen, der Ausbau und die Dauerschau rund 6,5 Millionen Euro. Der Fußboden des zweigeschossigen Foyers ist mosaikartig aus wiederverwendeten rötlichen Weltkriegstrümmer-Ziegeln zusammengesetzt. Diejenigen der zu den Ausstellungsetagen führenden Himmelstreppe schimmern bläulich.

Sowohl die auf Goethe als auch die auf die Romantik bezogenen Exponate gehören zu den Sammlungen des Freien Deutschen Hochstifts. Dessen Direktorin Anne Bohnenkamp-Renken erklärt deren engen Zusammenhang: „Goethe gilt in Deutschland vor allem als Vertreter des Sturm und

Drang und der Klassik, im europäischen Ausland dagegen als wichtigster deutschsprachiger Dichter der Romantik.“

Die 35 Stationen zur deutschsprachigen Romantik erweisen, dass diese sich einer klaren Festlegung entzieht. Sie zeigen vielmehr, was Romantik alles sein



E. T. A. Hoffmann: Kupferstich nach einem verschollenen Selbstporträt

kann. Dabei ist jede unter Beteiligung von Künstlern anders gestaltet. Statt auf einen festgelegten Rundgang begibt man sich auf eine labyrinthische Entdeckungsreise.

Auf jeder Station steht ein Werk im Mittelpunkt. Dessen lichtempfindliches Original, sei es ein Manuskript, ein Brief oder der Erstdruck einer Schrift, ist in einem individuell gestalteten Ausstellungs-möbel untergebracht, das der Besucher öffnen muss, um den Inhalt zu sehen. Drumherum gibt es erläuternde Texttafeln, regelrechte Klangduschen oder per Kopfhörer vernehmbare Märchen, Briefe und Gedichte.

Eine „poetische Mobilmachung“

Die präsentierte Vielgestaltigkeit der Romantik ist erstaunlich. Novalis romantisiert den preußischen König Friedrich Wilhelm III. und seine Ehefrau Luise zum idealen Herrscherpaar. Achim von Arnim und Clemens Brentano veröffentlichten die von Goethe hoch gelobte Volksliedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“, der sie auch eigene Liedtexte untergeschoben haben. Die Brüder Grimm präsentieren die Sammlung der Kinder- und Hausmärchen, die in der Ausstellung zum „wirksamsten Werk der deutschen Romantik“ erklärt wird. Das von Heinrich von Kleist geschriebene, zu Beginn der Freiheitskriege veröffentlichte Lied „Germania an ihre Kinder“ wird uns als „poetische Mobilmachung“ vorgestellt.

Die von Wilhelm Wackenroder und Ludwig Tieck verfassten „Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders“ erklären mit bis heute anhaltender Wirkung Dürer, Michelangelo und Raffael zu Kultfiguren. Der von Goethe mit einem Kunstpreis bedachte Caspar David Friedrich ist mit dem Gemälde „Der Abendstern“ vertreten. Die Vollendung des Kölner Doms wird als von Goethe unterstütztes romantisches Bauprojekt gefeiert. Robert Schumanns Kompositionsentwürfe zu seinen „Szenen aus Goethes Faust“ beschließen den Rundgang.

● Deutsches Romantik-Museum, Großer Hirschgraben 21, Frankfurt am Main. E.T.A. Hoffmann-Schau bis 12. Februar, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt: 10 Euro. www.freies-deutsches-hochstift.de

TV-KRITIK

Wenn in Europa das Licht ausgeht

In „Blackout“ entwirft Sat.1 das Katastrophenszenario nach einem Anschlag auf die Stromnetze

Es ist ein Albtraum, und das Schlimmste an diesem Albtraum ist dessen Wahrscheinlichkeit: totaler Stromausfall in Europa. 500 Millionen Menschen sitzen im Dunkeln. Auslöser ist nicht etwa technisches Versagen, sondern ein Anschlag. Im Mittelpunkt von „Blackout“ (ausgestrahlt ab dem 26. Januar jeweils um 20.15 Uhr an drei aufeinanderfolgenden Donnerstagen bei Sat.1) steht der Hacker und ehemalige Umweltaktivist Pierre Menzano (Moritz Bleibtreu), der mit Entsetzen feststellt, dass die Stromnetze mithilfe eines von ihm entwickelten Codes ausgeschaltet wurden.

Über sechs Folgen hinweg versucht er nun den wahren Attentäter, vermutlich ein Mitglied seiner früheren Clique, zu finden und gleichzeitig der Polizei zu entkommen. Denn niemand glaubt ihm seine Version, den Code zu kennen und gleichzeitig unschuldig zu sein.

Wie Regisseur Lancelot von Naso den Bestseller „Blackout – morgen ist es zu spät“ umgesetzt hat, folgt den Regeln gängiger Katastrophenfilme. Da ist der Held,

der dem schneidigen Hauptkommissar (Heiner Lauterbach) mit vielen Haken und zeitweilig mithilfe einer alten Freundin (Jessica Schwarz) zu entkommen versucht. Da sind ignorante Behördenvertreter rund um Innenminister Severin (Herbert Knaup), welche die Dramatik der Lage viel zu lange nicht wahrhaben wol-

len. Severin: „Stromschwankungen? Und deshalb holt man mich aus der Oper?“

Und da ist eine mit dem Rücken zur Wand stehende Einsatzleiterin (Marie Leuenberger), die zusätzlich noch um ihre beiden kleinen Töchter bangen muss. Die saßen unbegleitet in einem nach Berlin fahrenden ICE und folgten bei dessen

Räumung einem zwielichtigen Mann. Seitdem sind sie verschwunden.

Auch Russland kommt ins Spiel. Von dort bietet man „dem Brudervolk“ Hilfe und eine Luftbrücke an. Ein ehrliches Angebot oder eine Finte?

Dass der vor dem Ukrainekrieg gedrehte Sechsteiler in einer Situation ausgestrahlt wird, in der das Sicherheitsgefühl vieler Menschen längst unterminiert ist, in der mal Toilettenpapier, mal Hefe oder Waschpulver gehortet wird, ist fast unheimlich. Nichts, was in dieser Dystopie ausgemalt wird, wäre unmöglich: die in der Achterbahn kopfüber feststeckenden Fahrgäste, stillstehende Züge, tote Ampeln mit folgenden Autounfällen, ausfallende Kühlketten und Atomreaktoren sowie der Zusammenbruch der Zivilisation mit Plünderungen und Lynchjustiz.

Dies alles ist so beklemmend wie spannend umgesetzt. Wer nach der Ausstrahlung nicht sofort Taschenlampen kauft und Notvorräte anlegt, hat vermutlich zur Konkurrenz umgeschaltet oder ist unverbesserlicher Optimist. *Anne Martin*



Es werde Licht: Pierre (Moritz Bleibtreu) fahndet nach der Ursache des Blackouts

● MELDUNG

Salzburger Mozartwoche

Salzburg – Rolando Villazón ist für fünf weitere Jahre zum Künstlerischen Leiter der Internationalen Stiftung Mozarteum Salzburg bestellt. Seit 2019 verantwortet der Operntenor als Intendant die Mozartwoche rund um Mozarts Geburtstag, im Sommer 2021 übernahm er die gesamte Künstlerische Leitung der Stiftung Mozarteum, deren Konzertsaison er nun bis 2028 gestalten wird. Bei der jetzigen Mozartwoche vom 26. Januar bis 5. Februar werden Werke des ganz jungen Wunderkindes jenen letzten Meisterwerken des Komponisten gegenübergestellt, gespielt unter anderem von den Wiener Philharmonikern. Die Oper „Don Giovanni“ wird in der Felsenreitschule zur Aufführung gebracht. Das Rahmenprogramm „Trazom!“ inkludiert das Geburtstagsständchen „Serenata Mexicana“ mit Villazón am Mozartplatz und ein neues Stück in Kooperation mit dem Salzburger Marionettentheater. Infos und Karten: www.mozarteum.at *H. Sch.*

„Kants größter praktischer Schüler“

In Preußens bewegter Zeit waren die Prinzipien des Königsberger Philosophen der Aufklärung die Grundlage des Wirkens Theodor von Schöns. Vor 250 Jahren starb der preußische Staatsmann auf seinem Gut Preußisch-Arnau bei Königsberg

VON WALTER T. RIX

Es gibt Zeiten, in denen sich die Träger der Verantwortung für das politische Gemeinwesen infolge ihrer eigenen Befangenheit den Blick derart verstellen haben, dass sie nicht zu erkennen vermögen, was gut für den Staat ist. Das gilt insbesondere heute für unser offizielles Verhältnis zu Preußen. Jene, die selbst den Begriff Preußen am liebsten tilgen möchten, verkennen dabei den Beitrag preußischen Denkens zur Entwicklung eines modernen Rechtsstaates.

Unter den großen Geistern, die Preußen hervorgebracht hat, nimmt Theodor Heinrich von Schön gleich aus mehreren Gründen eine besondere Stellung ein. Als Persönlichkeit und politisch wirkender Zeitgenosse fügt er sich nicht so ohne Weiteres in die vorherrschenden Denkmuster ein und hat dementsprechend bisher noch nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die der herausragenden Rolle dieses Mannes entspricht. Die Forschung hat noch umfangreiche Archivalien aufzuarbeiten, ehe sie in der Lage sein wird, ein zutreffendes Bild zu zeichnen.

Am 20. Januar 1773 wurde Theodor von Schön als Sohn eines Domänenpächters und Staatsrates in Schreitlauken geboren, einem Gutsweiler am Ostufer der Memel, direkt gegenüber von Ragnit. Er studierte zunächst in Königsberg Rechts- und Staatswissenschaft und trat 1793 in den preußischen Staatsdienst ein. Entscheidend für seine geistige Entwicklung wurde ein einjähriger Studienaufenthalt in England, der ihn mit den Gedanken des liberalen Parlamentarismus vertraut machte.

Engster Mitarbeiter Steins

Ab 1802 Rat im preußischen Generaldirektorium, wurde er der engste Mitarbeiter des Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und zugleich dessen politischer Weggefährte. Als rechte Hand und teilweise als Vordenker Steins hatte er maßgeblichen Anteil an den Reformgesetzen zur Bauernbefreiung und zur Städteordnung. Bis in den Wortlaut hinein lässt sich nachweisen, dass das wegweisende politische Testament Steins seine Handschrift trägt.

Nach dem von Napoleon betriebenen Sturz Steins wurde Schön Staatsrat im Innenministerium und 1809 Regierungspräsident von Gumbinnen. Als Generalgouverneur der Länder östlich der Weichsel und als Organisator der Landwehr war er es, der die Erhebung der Landstände gegen Napoleon einleitete und damit die Weichen für den Wiederaufstieg Preußens stellte. 1816 wurde er Oberpräsident von Westpreußen und nach dessen Zusammenlegung mit Ostpreußen 1824 der neugeschaffenen Provinz Preußen, ab 1840 in der Funktion eines Staatsministers.

Nach dem Regierungsantritt von Friedrich Wilhelm IV. verfasste er anonym die für die damalige Zeit revolutionäre Schrift „Woher und wohin?“, in der er entschieden für die Repräsentatividee eintrat und die Einberufung sogenannter Generalstände forderte. Das Bekanntwerden seiner Verfasserschaft führte 1842 schließlich zu seiner Entlassung, ohne dass ein Bruch mit dem König erfolgte. Da Schön für den Wiederaufbau der Marienburg gesorgt hatte, ernannte der König ihn nunmehr zum Burggrafen von Marienburg.

Der Studienaufenthalt in England nach dem Studium vermittelte ihm entscheidende Anstöße für sein späteres staatsmännisches Denken und Wirken. „Erst England machte mich zum Politiker“, bekannte er später. Dort nahm er die Ideen Adam Smiths auf, die ihm bereits



Theodor von Schön: Kolorierter Stich von Eduard Eichens

Foto: akg images

durch den Professor Christian Jacob Kraus, Begründer der Staatswissenschaft an der Universität Königsberg, nahegebracht worden waren. Vor allem aber erblickte er in England eine von staatlicher Bevormundung freie „Gesellschaft“ – er gebrauchte diesen Begriff tatsächlich –, die ihm in ihrer Verbindung aus aristokratischer Tradition und bürgerlichem Fortschritt die beste Gewähr für eine verständnisvolle Mitarbeit an den Aufgaben des Staates zu bieten schien. Staat war für ihn eine „Idee“, die nichts mit seelenlosem Mechanismus zu tun hatte.

„Woher und wohin?“

Diese Vorstellung verbindet er mit der Ethik Immanuel Kants, die ihm als Grundlage jeglicher Staatskunst galt. In der Anverwandlung des angelsächsischen Liberalismus, in der Übertragung dieses politischen Prinzips auf die spezifischen Verhältnisse des deutschen Bereichs und vor allem in der Vervollkommnung dieser Lehre durch die Verbindung mit den Grundsätzen Kants liegt die gewaltige denkerische, aber auch im Sinne der politischen Realität praktische Leistung Schöns. Leopold von Ranke bezeichnet ihn daher als den „größten praktischen Schüler Kants“.

Fast könnte man sagen: Schön hatte Kant im Blut. Schon sein Vater hatte nicht nur Kant an der Albertina gehört, sondern auch eine freundschaftliche Beziehung zu

dem Philosophen entwickelt. Er legte seinem Sohn daher Kant ans Herz und sorgte dafür, dass dieser während des Studiums ein Auge auf seinen Sohn warf. Wenn Schön nach dem Studium nicht nur Aktenstaub aufwirbeln, sondern die Welt sehen wollte, so ist dies, wie er rückblickend vermerkt, eine Folge „der Bildung welche ich durch Kant und Kraus erhalten hatte“. Während der anschließenden gesamten Laufbahn blieb Kant, im übertra-

„Erst England machte mich zum Politiker“

Theodor von Schön

genen Sinne, sein ständiger Begleiter. Von den Anfängen des Studiums bis zu seinem Tode standen daher die Prinzipien Kants im Katechismus Schöns als sittliche Verpflichtung ganz oben.

Generell ging es Schön um die Überwindung der geburtsständischen Gliederung im politischen und auch wirtschaftlichen Bereich. Ein aufgeklärtes Ostpreußen, das er wiederholt als „Vaterland Kants“ bezeichnete, musste daher in einem grundsätzlichen Widerspruch zur

Adelsherrschaft und zum Feudalismus stehen. In seinen „Persönlichen Schriften“ merkt er dazu an: „Das Vaterland Kants sah zu klar, um an einer solchen Mißgeburt Theil nehmen zu können.“ Den Adel in dieser Weise zu definieren und die bestehende soziale Ordnung als „Mißgeburt“ zu bezeichnen, birgt ein gefährliches revolutionäres Potential.

Gegner der „Ultra-Aristokraten“

Mit dieser Haltung konnte sich Ostpreußens Oberpräsident beim Adel, den er an die Leine zu legen trachtete, nicht besonderer Beliebtheit erfreuen; hier galt er als „Jakobiner“, insbesondere da er auch die Gutsbesitzer zur ständigen Verbesserung der Verhältnisse anhielt. Die Herrschaft der „Ultra-Aristokraten“, wie Schön sie zu nennen pflegte, vor 1807 war für ihn ein „verrottetes Zeitalter“ und eine „finstere Zeit“. Fundament dieser überlebten Ordnung war die Leibeigenschaft. Im Zentrum seiner Bemühungen stand daher, um seine Worte zu benutzen, die „Aufhebung der Sklaverei“. Auch hier weist Kant seinem Zögling den Weg. Wie Schön berichtet: „Kant sagte mir etwa im Jahre 1795, die Eingeweide drehten sich ihm im Leibe um, wenn er an die Erbuntertänigkeit bey uns dächte.“ Hatte Kant bereits in seinen Prolegomena gefordert: „In der Tat ist's eine große Gabe des Himmels, einen geraden [...] Menschenverstand zu besitzen. Aber man muß ihn durch Taten bewei-

sen“, so erblickte Schön hierin einen verpflichtenden Handlungsauftrag.

Die konsequente Verfolgung dieses Ziels ließ erhebliche Spannungen nicht nur gegenüber dem Adel und dem Beamtenapparat, sondern sogar in Bezug auf die anderen Reformer entstehen. Selbst Stein und Karl August von Hardenberg blieben davon nicht verschont. Zwar war Hardenberg, der aus dem Hannoverschen kam und in Ansbach als Beamter groß geworden war, nicht mit den Verhältnissen im Osten vertraut und bedurfte daher der leitenden Hilfestellung Schöns. Die Kritik Schöns setzt jedoch an einem anderen Punkt an. Es ist das Fehlen von Ideen im Sinne Kants, das er persönlich als enttäuschend empfindet: „Die Entdeckung bey Hardenberg, daß er im Staatswesen kein Mann von Idee, sondern ein gewöhnlich gesellschaftlich gebildeter Mensch sey, machte mich unglücklich.“

Als Staatskanzler bestand das Hauptziel Hardenbergs in der Schaffung von Reichsständen, wobei auch er sich bei diesem Vorhaben durch alle Widerstände des Adels durchlavieren musste. Nur zu gerne leistete ihm Schön dabei Schützenhilfe. Jedoch lag es nicht im Sinne Schöns, diese Reichsstände zu schaffen. Das Ergebnis war, dass die Anordnungen und Erlasse Hardenbergs vielfach die Handschrift Schöns trugen und damit unverkennbar dessen fast revolutionäre Akzente aufwiesen.

Spannungen mit anderen Reformern

Die Vorstellung vom Staat als „Verkörperung der Vernunft“ musste ihn in Gegensatz zur katholischen Kirche in Westpreußen bringen. Auch in diesem Punkt folgt Schön der Philosophie Kants, der in seiner Anthropologie in pragmatischer Hinsicht ausführte: „Der Mensch war nicht bestimmt wie das Hausvieh zu einer Herde, sondern wie die Biene zu einem Stock zu gehören.“ So ist es für Schön äußerst verwerflich, wenn die Kirche in politischer Absicht ihre Mittel benutzt, „um die Herde zusammen halten zu können“. Und bedient sich der Staat der Kirche zu seiner Machtausübung, so ist er nichts anderes als ein „Hüter u. Treiber einer Herde“. Jedoch war er in religiösen Fragen alles andere als doktrinär. So achtete er darauf, dass die litauischen Gemeinden im Memelgebiet ihre Gottesdienste in ihrer Sprache abhalten konnten.

So entschieden Schön auf der politischen Bühne für seine Überzeugungen eintrat, so warmherzig scharte er einen Freundeskreis kritischer Geister um sich. Auch rief er mehrere sogenannte Leserkreise ins Leben, in denen die drängenden Fragen der Zeit lebhaft erörtert wurden. Zu seinen lebenslangen Freunden zählte der Dichter Joseph von Eichendorff, von ihm als „Herzensbruder“ bezeichnet. 1820 hatte Stein den schlesischen Dichter als Schulrat nach Danzig versetzt. Von hier holte ihn Schön nach Königsberg. Da Eichendorff die Wohnung im Königsberger Schloss nicht behagte, bot ihm Schön seine Gastfreundschaft auf seinem Gut Preußisch-Arnau an. Hier entspannen sich zwischen dem katholischen Romantiker und dem kantianischen Aufklärer faszinierende Gespräche.

Am 23. Juli 1856 verstarb Schön auf Preußisch-Arnau. Wer heute Arnau besucht, sechs Kilometer östlich vom Stadtkern Königsbergs an der alten Reichsstraße 1 gelegen, findet dort unmittelbar neben der St. Katharinenkirche seine Grabstätte. Unweit davon liegt sein einstiger Wohnsitz, das in seiner äußeren Form erhaltene klassizistische Herrenhaus, in seinem Inneren zu einem modernen Büro umgewandelt.

VON EBERHARD STRAUB

Ein schallendes Nichts

Mit dem Élysée-Vertrag wurde vor 60 Jahren ein letzter vergeblicher Versuch unternommen, Europa einen Sinn und Substanz zu verleihen

Fürst Clemens Metternich, österreichischer Diplomat und Staatskanzler, empfahl bei Verhandlungen, nur wenige Worte zu verlieren, sich auf das zu beschränken, was notwendig ist, aber all das zu tun, was klug und möglich ist. Beim Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit, im Pariser Élysée-Palast vor 80 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichnet, folgte man nicht diesem weisen Rat.

Im Jahr zuvor wurden im Juli während des Staatsbesuchs des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Frankreich und anschließend im September 1962 bei der Reise des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle durch die Bundesrepublik viele feierliche Reden gehalten, die mehr Herz und Gemüt als den praktischen Sachverstand beschäftigten sollten. Franzosen wie Deutsche ließen es sich gefallen und feierten sich, indem sie den beiden Staatsmännern stürmisch huldigten. Nüchternheit hätte die festlichen Stimmungen gestört. Immerhin verzichteten Adenauer und de Gaulle, die sich herzlich nach der Vertragsunterzeichnung umarmten, darauf, ihr Abkommen eine *entente cordiale* zu nennen, ein Dokument herzlich-innigen Einvernehmens.

Nüchternheit statt Pathos

Franzosen wie Deutsche verbanden mit den verschiedenen *ententes cordiales* zwischen Frankreich und England wenig angenehme Erinnerungen. Für Franzosen waren sie mit vielen Enttäuschungen über die unzuverlässigen Briten verknüpft, Deutsche vergaßen nicht, dass diese gefühlsbeladenen Vereinigungen einer „westlichen Wertegemeinschaft“ sich meist gegen sie gerichtet hatten, vor allem im Großen Krieg ab 1914, dessen Folgen im Gedächtnis vieler noch sehr lebendig waren. Beschwörungen des Westens und gar einer Wertegemeinschaft konnten einer besonderen französisch-deutschen Verständigung damals nur im Wege stehen, die eine Versöhnung zwischen den Nachbarn bewirken sollte, die trotz immer regen Verkehrs miteinander nie zu einem unbeschwernten Umgang gefunden hatten. Wie beim Fuchs und dem Storch in der Fabel von Jean de La Fontaine konnte sie ihre gemeinsame Mahlzeit nie zu einer Gemeinsamkeit führen, höchstens zum Staunen über die Andersartigkeit der Genüsse und ihrer notwendig unvereinbaren Lebensweisen, worauf Ma-

dame de Staël, Johann Wolfgang von Goethe und noch Hugo von Hofmannsthal resigniert hingewiesen haben.

Aber auch solche Überlegungen großer Kenner der deutschen und französischen Kultur wurden nicht weiter beachtet, erfüllt von dem Verlangen, tausend Jahre recht bewegter deutsch-französischer Beziehungen nun in einer unkündbaren Freundschaft zu beruhigen, die alle übrigen Europäer dazu auffordern sollte, diesem Beispiel nachzueifern und in der deutsch-französischen Eintracht ein Modell europäischer Einigkeit überhaupt anzuerkennen und sich nach ihm zu richten.

Es ist kein Wunder, dass bei derartig idealen Erwartungen sich rasch Spannungen bemerkbar machen mussten, weil sich im Alltag einmal mehr bestätigte, dass Deutsche und Franzosen, trotz edelster Beteuerungen, wie Fuchs und Storch am gemeinsamen Tisch sitzend dennoch nicht zueinanderfinden und kein überzeugendes Vorbild einer künftigen europäischen Union versöhnter Besonderheiten sein konnten. General de Gaulle verglich alsbald Verträge mit Rosen und jungen Mädchen: Sie haben ihre Zeit und verblühen. Ihn verdross, dass die deutschen Parteien im Bundestag vor der Ratifizierung des Abkommens eigenmächtig dem Vertrag eine Präambel voranstellten, die den französischen Absichten eklatant widersprach. Das war kein verheißungsvoller Beginn enger Zusammenarbeit.

De Gaulles Ideal der dritten Kraft

Charles de Gaulle und mit ihm die meisten Franzosen hatten nämlich eine ganz andere Vorstellung von Europa und seiner möglichen Rolle in der in zwei Blöcke gespaltenen Welt als die Deutschen in der Bundesrepublik. Der General und Staatspräsident verband mit einer deutsch-französischen Verständigung die Hoffnung, Europa zu einer gewissen Selbstständigkeit zwischen den beiden Weltmächten zu verhelfen, was bedeutete, auch gegenüber den USA und innerhalb der NATO beweglich zu sein und die eigenen Interessen nicht unter dem Druck einer Bündnistreue

zu vernachlässigen. Er dachte an eine künftige Ordnung in Europa, die ohne Russland gar nicht zu erreichen war, an ein Europa von Gibraltar bis zum Ural als Teil der alten, kontinentalen Welt in Übereinstimmung mit seiner langen Geschichte.

Eine atlantische Gemeinschaft stand dazu im Widerspruch. Deshalb lehnte der Historiker de Gaulle die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft vehement ab, das verwandt mit Europa sei, aber nie zu Europa gehört habe. Die Geschichte Europas begriff er als Geschichte von Völkern, Sprachen und Nationalstaaten, die nie nach Einheit und Vereinheitlichung gestrebt hatten, sondern nach Einigkeit im Konzert der Mächte, in dem jeder seine eigenartige, doch für die Harmonie unersetzliche Stimme führen und bewahren musste.

Mit solchen Vorstellungen konnten und wollten die Westdeutschen nichts anfangen. Da ihre Nation nicht mehr bestand und sie ihrer Geschichte überdrüssig waren, verwarfen viele unter ihnen die Nation und strebten in eine neue Welt und eine neue Zeit, die nichts mehr mit der Alten Welt und ihren glücklosen, ja katastrophalen Entwicklungen und Zusammenbrüchen zu tun hatte. Der atlantischen Gemeinschaft gehöre die Zukunft, und deshalb könne ein vereinigtes Europa nur als Teil des Westens, so wie ihn die USA und England als Wertegemeinschaft verstehen und verfestigen, zu einer neuen Bestimmung finden. Dieser künftige Bund der Völker müsse zur Überwindung der Nationen führen, die in Europa aufzugehen hätten, der neuen Gemeinschaft als Teil des Westens, der möglichst die ganze Welt in der einen Menschheit durchdringen werde. Selbstverständlich durfte unter solchen Voraussetzungen England nicht von Europa getrennt bleiben, das ohne dessen Mitsprache seine Zukunft aufs Spiel setze. Die herkömmliche Anglophilie gerade unter Norddeutschen wurde mit politischem Denken verwechselt, jetzt auch auf die USA als geistiger und praktischer Führer erweitert. Nicht Europa, sondern der Westen galt als das übergeordnete Ziel.

So wurde es in der deutschen Präambel festgehalten, die den Vertrag um seine Substanz brachte. Er war dadurch sogleich ein schallendes Nichts geworden, wie Metternich die Heilige Allianz nannte, die nach 1815 als moralische Werte- und Weltgemeinschaft von Russland angeregt worden war. In der Bundesrepublik stritten Gaullisten und Atlantiker in allen vier Parteien miteinander, auch nach Konfessionen unterschieden. Die Katholiken vor allem in der CSU gaben sich als franzosenfreundliche Gaullisten aus, was die norddeutschen Protestanten erst recht zu eingeschworenen Atlantikern machte, in den Gaullisten katholische, bayerische Dunkelkammern und Verschwörer witternd.

Dem Nachfolger Adenauers, dem Protestanten und Anhänger einer weltweiten Handelsfreiheit Ludwig Erhard, einem an globalen Zusammenhängen interessierten Franken, erschien eine deutsch-französische Zusammenarbeit recht provinziell, ein Relikt aus der Welt von gestern mit ihren überholten, dem Kleinen und Kleinen verhafteten Ideen. Beflissen wurde die Freundschaft der beiden Völker im Namen der Völkerverständigung beschworen, und regelmäßig trafen sich Minister, mal in Bonn, mal in Paris, um wenigstens den Schein zu wahren und mit freundlichen Erklärungen den Eindruck offenkundiger Gegensätze etwas abzuschwächen.

Deutschlands Drang nach Westen

Es ließ sich aber gar nicht verbergen, dass den Deutschen Frankreich, seine Kunst, Literatur und Geschichte immer fremder wurde. Frühere Generationen, die jetzt alt wurden oder starben, hatten sich noch mit Leidenschaft für Frankreich eingesetzt, das ihnen zum Bildungserlebnis geworden war. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einem wahren deutsch-französischen Enthusiasmus, weniger unter Politikern als unter Künstlern, Gelehrten, Studenten, Arbeitern und deren Organisationen, übrigens auch in Frankreich. Es gab – unabhängig von rechten oder linken Überzeugungen – mannigfache Überlegungen, wie am besten Deutsche und Franzosen, die

doch aufeinander angewiesen wären, in ihren Unterschieden gerade große Versprechen für eine gemeinsame Zukunft erkennen könnten. Unvergessen war Victor Hugos Aufruf von 1845: „Frankreich und Deutschland sind im Wesentlichen ganz Europa. Deutschland ist das Herz, Frankreich ist der Kopf. Deutschland und Frankreich sind im Wesentlichen die Zivilisation.“ Diese hochgemuten Parolen verloren ihre Anziehungskraft nicht durch die politischen Schwierigkeiten oder gar durch den Krieg und die deutsche Besatzung zwischen 1941 und 1944.

Die Idee hat sich nie mehr erholt

Die französischen Kollaborateure und deren deutsche Freunde bastelten an allerlei Plänen eines von Deutschen und Franzosen geprägten neuen Europa. Nach dem Krieg war das allen peinlich, und mit unerquicklichen Enthüllungen oder Vorwürfen wurde ein hohes Gut, die deutsch-französische Freundschaft, ins Zwielicht gerückt. Davon hat sich diese noble Idee nie mehr erholt, die um 1963 nur noch als eine verlegene Redensart gebraucht wurde, an deren Ernst mittlerweile nur die Alten glaubten, wie Adenauer und de Gaulle. Jüngere, die als Besatzungssoldaten oder Kollaborateure einander schätzen gelernt hatten, mussten schweigen oder hielten sich zurück, weil ihre gemeinsame Vergangenheit als Skandal empfunden werden sollte.

Die Politiker auf beiden Seiten, kaum vertraut mit den Sprachen und den Mentalitäten, flüchteten in Routine und technisch-praktische „Projekte“, die keine besondere Anteilnahme oder Aufmerksamkeit weckten. Eine historisch fundierte Europaidee hatte sich in der Bundesrepublik schneller verflüchtigt als in Frankreich. Daran liegt es auch, dass die deutsch-französische Freundschaft auf die übrigen Europäer nicht sonderlich werbend wirkte. Es gab sie ja gar nicht, und was als solche in Brüssel als europäischer Motor beschworen wurde, lehrte die anderen eher das Fürchten vor einer Union, die nur eines will, die Integration und Zentralisierung immer weiter voranzutreiben, nach Einheit, nicht nach Einigkeit strebend.

Europa als geistige Macht hat sich aufgelöst. Es ist verschwunden im „Westen“ und seiner „Wertegemeinschaft“. Das wird gar nicht bedauert, weil beides an Würde und Wert Europa überragt. Im Grunde war der Élysée-Vertrag ein letzter Versuch, Europa einen Sinn und Substanz zu verleihen. Ein vergeblicher Versuch.



Unterzeichnen am 22. Januar 1963 in Paris den Élysée-Vertrag: Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle (v.l.)

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P106816/Unknown author/CC-BY-SA 3.0

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im Februar vergangenen Jahres nahm der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) die Frage eines Hörers auf, die wohl vielen Menschen unter den Nägeln brennt: Warum wird der nicht zutreffende Begriff „erneuerbare Energien“ für alternative Energiequellen wie Windkraft und Solarenergie angewendet? In der Tat ist der Begriff falsch. Die physikalischen Prozesse in der Erdatmosphäre sind sehr komplex, sie unterliegen jedoch alle den Gesetzen der Thermodynamik. Dies erweist schon die Anwendung des Energieerhaltungsgesetzes (1. Hauptsatz der Thermodynamik).

Energie kann nicht erzeugt oder vernichtet werden, sondern lediglich von einer Form in eine andere umgewandelt werden. Die Bezeichnung „erneuerbare Energien“ suggeriert demgegenüber Unbedenklichkeit hinsichtlich des Entzugs von Wind- und Sonnenenergie aus der Atmosphäre in beliebigem Umfang für unsere menschlichen Bedürfnisse. Mit der Frage des Hörers wandte sich ein Journalist des Senders an den Astronomen Sergei Klioner von der TU Dresden. Dieser bestätigte, dass der Begriff erneuerbare Energien fälschlicherweise unterstellt, entzogene Energie könne neu hergestellt werden. Das könne sie aber nicht.

Energie kann bekanntlich nur (mit Reibungsverlust) umgewandelt werden. Fast alle Energie auf der Erde sei letztlich umgewandelte Strahlungsenergie der Sonne, so Klioner. Da sich die Sonnenstrahlung nicht verändere, wenn wir Energie für unsere Zwecke abzupfen, könne er aber mit dem Begriff „erneuerbare Energien“ leben, erklärte er ausweichend.

Finanzmärkte machen artig mit

Aber wie ändern sich die Windverhältnisse und damit das Wetter, wenn der Mensch in dem Ausmaß, wie es geschieht, in die Dynamik der Atmosphäre eingreift und dabei die Windströmung schwächt? Dazu mochte sich der Professor offenbar nicht äußern. Denn es hängt mittlerweile viel, sehr viel von der fest zementierten Vorstellung ab, dass die für den Wind- und Solarstrom hierzulande und weltweit abgeschöpften atmosphärischen Kräfte „irgendwie erneuerbar“ seien. Nicht zuletzt betrifft das die Stabilität der Finanzmärkte. Fondsfirmen und Kapitalinvestoren haben Billionen Euro in Green und Climate Bonds (Grüne Anleihen) investiert, da sie durch positive Unternehmensbewertungen etwa durch die Brancheninitiative Net Zero Asset Managers (NZAM), die das Netto-Null-(CO₂)-Emissionsziel schon im Namen trägt, dazu bewegen wurden. Desgleichen beeinflusst die Climate Bonds Initiative (CBI) Anleger durch Zertifizierungen und berät Regierungen, damit diese per Gesetzgebung Steuermittel für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen einsetzen. Partner der CBI sind Banken, Anleger, Umweltverbände, Finanzdienstleister und Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Dann hat der MDR-Journalist noch eine Idee. Er fragt den Sprachwissenschaftler Markus Hartmann von der Universität Erfurt. Der verweist auf die Historie des Begriffs „erneuerbare Energien“ und damit auf die richtige Spur. Der Begriff „renewable Energy“ sei bereits vor über hundert Jahren im englischsprachigen Raum in Gebrauch gewesen, erklärt Hartmann. Ein Blick in die Geschichte erhellt die veränderte Bedeutung des Begriffs im Laufe der Zeit.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde das amerikanische Windrad zur Wasserförderung mit automatischer Geschwindigkeitsregelung angewendet, später auch zur Stromerzeugung mit Inselnetzsystem. Mit „renewable Energy“ war eine neue Technik gemeint, die jahrzehntelang wie die früheren Windmühlen ohne nennenswerten Entzug von Strömungsenergie aus der Atmosphäre funktionierte. In den 1930er Jahren be-



Seit seiner Inbetriebnahme bleibt der Regen aus: Der Turkana-Windpark in Kenia

Foto: pa

KLIMAPOLITIK

Wie ein falsches Schlagwort die Gesellschaft in die Irre führt

Der Umstieg auf „erneuerbare Energien“ soll den Planeten vor einer Katastrophe retten, heißt es allenthalben. Doch solche Energien existieren gar nicht, wenden Wissenschaftler ein

mühte man sich indes vergeblich, kinetische Energie zur Erzeugung elektrischer Energie in großem Maßstab wirtschaftlich nutzbar zu machen.

Seit 1974 arbeitete die US-Regierung gemeinsam mit Industrieunternehmen an der Weiterentwicklung der Stromerzeugung mittels abgeschöpfter kinetischer Energie, um eine industrielle Anwendung zu ermöglichen. Ebenfalls wurde daran in Dänemark und Deutschland emsig weiter geforscht. Laut Hartmann setzte sich im Deutschen die Bezeichnung „erneuerbare Energien“ im heutigen Sinne erst Anfang der 1970er Jahre durch, obwohl es, so der Sprachwissenschaftler, „physikalisch nicht geht“. Eben um diese Zeit rückte die großtechnische Nutzung der Windkraft in Reichweite. Es entsprach dem Geschäftsinteresse der aufstrebenden Windindustrie, mit der Behauptung der immerwährenden Erneuerung von entzogener Windenergie in beliebigem Umfang die angebliche Unschädlichkeit des anvisierten großräumigen Windkraftausbaus als Tatsache zu verkaufen.

Die Mär vom Perpetuum mobile

Damit war das Interesse der Politik geweckt, da unter Wissenschaftlern die Sorge vor einem Treibhauseffekt durch CO₂- und andere Treibhausgasemissionen stieg. Die Rede war vom „sauberen, grünen“ Windstrom, der aus den regionalen Windsystemen generiert werden könne, wo immer günstige Windstärken hohe Gewinne für Investoren versprechen. Das kam den Politikern überaus gelegen. Den verdächtigen Begriff „Perpetuum mobile“ vermieden die Sinnstifter des Begriffs „erneuerbare Energien“ wohlweislich. Das gilt bis heute. Niemand wagt es, für sich zu reklamieren, die uralte Idee, Energie schadlos aus dem Nichts zu erzeugen, verwirklicht zu haben.

Zu Unrecht wird auch die Photovoltaik als „erneuerbare Energie“ bezeichnet. Wo Sonnenlicht entzogen wird, fehlt es an anderer Stelle, mit weitreichenden Folgen. Besonders große PV-Anlagen wirken aufgrund der Abstrahlung von 85 Prozent des

absorbierten Sonnenlichts als riesige Heizkörper in der Atmosphäre, während der Boden darunter austrocknet und abstirbt.

Forschung belegt negative Wirkung

Wenn Expertenrat gefragt ist, wenden sich die Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zumeist an Instituts-wissenschaftler. Am 11. April 2019 beantwortete der Meteorologe Mojib Latif vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung in der Rundfunksendung „Redezeit“ auf NDR-Info zum Thema „Dürre“ die Frage einer Anruferin, ob die anhaltende Dürre in Deutschland durch immer mehr Windparks verstärkt oder gar hervorgerufen worden sein könnte: „Die meteorologischen Auswirkungen von Windparks sind nicht zu unterschätzen. Aber sie sind nur lokal wirksam und daher hinzunehmen.“ Diese bemerkenswerte Äußerung ging in der Sendung unter. Hierzulande gilt sowieso: Ursache für den überproportionalen Temperaturanstieg in Deutschland, für statische Hochdruckgebiete und rückläufige Niederschläge ist stets und ausschließlich „der Klimawandel“. Daher erfährt die breite Öffentlichkeit nichts von den alarmierenden Ergebnissen Dutzender hochkarätiger internationaler Studien.

Einige Studien untersuchten das Phänomen „Stilling“, die weltweite, hauptsächlich in den mittleren nördlichen Breiten zu beobachtende Abnahme der Windgeschwindigkeiten. „Zugleich mit der Abnahme der Oberflächen-Windgeschwindigkeiten hat das Windkraftpotential während der letzten Jahrzehnte in den meisten Regionen der nördlichen Hemisphäre abgenommen“, liest man in einem Artikel über die vom Institute of Atmospheric Physics der Universität Peking veröffentlichte Studie „Observed and global climate model based changes in wind power potential over the Northern Hemisphere during 1979–2016“ (Januar 2019, „ScienceDirect“). Dementsprechend impliziert eine überregionale Abnahme der Windgeschwindigkeiten auch überregionale meteorologische Auswir-

kungen der Windkraft-Nutzung auf die Wetterverhältnisse.

Eine am 10. November vergangenen Jahres veröffentlichte Studie des europäischen Forschungsprogramms European Horizon 2020 mit dem Titel „Long term satellite data show wind farms can affect local air currents“ (Langzeitdaten von Satelliten zeigen, dass Windparks lokale Luftströmungen beeinflussen können) liefert erstmals genauere Daten zum Ausmaß der Windschwächung über Offshore-Windparks in der Nordsee. Gemessen wurde sowohl zehn Meter über als auch innerhalb und zwischen den Windparks. Grundlage der Studie war die Auswertung von Satellitendaten der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) aus den vergangenen Jahrzehnten.

Massive Dürren sind die Folge

Durch die Studie kam heraus, dass über den turbulenten Nachläufen der Windparks (engl. „wakes“) in zehn Metern Höhe eine zwei- bis zehnprozentige Abnahme der Windgeschwindigkeit besteht. Im Mittel haben die Nachläufe eine Länge von 20 bis 40 Kilometern, maximal 100 Kilometern. Nahe der Rotor-Höhe zwischen 80 und 100 Metern über dem Meer werden Windverluste von mehr als zehn Prozent vermutet. Der Erdwissenschaftler Lee Miller vom Pacific Northwest National Laboratory (USA) hat in seiner Abhandlung „The warmth of wind power“ darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen in eine Luftsäule von einem bis drei Kilometern Höhe eingebunden sind, in der etwa die Hälfte der turbulenten atmosphärischen Dissipation (Umwandlung von kinetischer in thermische Energie) stattfindet („Physics today“, 5/2020). Die EU und die Bundesregierung müssen endlich darauf reagieren und ein Windkraft-Moratorium beschließen. Fakt ist, dass andauernde Dürren und sogenannte Winddürren mit einem starken regionalen Ausbau der Windkraft korrelieren.

„Erneuerbarkeit“ ist ein Propaganda-Schlagwort, das keine physikalische Wahrheit beinhaltet“, bestätigt der Energiebe-

ratier Jürgen Eibl aus Graz, der auf 30 Jahre Berufserfahrung zurückblickt. „Wind ist physikalisch nichts anderes als die natürliche Ausgleichsströmung bei Potentialunterschieden innerhalb einer Gasschicht. Die Entnahme von Windenergie zur Stromerzeugung verändert die natürlichen Ausgleichsströmungen, dies mit elementaren Rückwirkungen auf weitere Klimaprozesse wie Verdunstung, Niederschlag, Temperatur, Bodenfeuchtigkeit.“

Es soll noch schlimmer kommen

Davon ausgegangen erscheint es in höchstem Maße unverantwortlich, in einem ohnehin niederschlagsarmen Gebiet einen Windpark zu bauen, noch dazu von gigantischer Größe. Im Norden von Kenia wurden seit 2018/19 im sogenannten Turkana-Windkorridor am südöstlichen Ufer des Turkana-Sees insgesamt 365 Windräder des dänischen Herstellers Vestas mit einer Gesamtleistung von 310 Megawatt in Betrieb genommen. Die guten Gewinnaussichten durch den „Turkana Korridorwind“ mit durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten von 11,4 Metern pro Sekunde hatten Konsortien europäischer und kanadischer Investoren angezogen. Zu dem bisher größten privaten Investment in Afrika gab die EU ein Darlehen von 180 Millionen Euro. Der Windpark gilt als der größte in Afrika und soll 15 Prozent des Strombedarfs von Kenia decken.

In den Trockensavannen im Norden und Nordosten des Landes gestatten die geringen Niederschläge, weniger als 500 Millimeter pro Quadratmeter jährlich, seit jeher keinen Feldbau. Seit Inbetriebnahme des Turkana-Windparks hat es in großen Regionen im Norden Kenias nicht mehr geregnet. Die Herdentiere der nomadisch lebenden Hirtenbevölkerung sind qualvoll verendet. Die Dürre hat den Menschen ihre Lebensgrundlage genommen. Es wird befürchtet, dass die Regenzeit 2023 im fünften Jahr in Folge ausbleiben wird. Die Katastrophe könnte sich sogar noch ausweiten: Bis 2030 will Kenia die Leistung der Windenergie auf 2000 Megawatt erhöhen.



KÖNIGSBERGER SYNAGOGUE

Die Geschichte ist wieder sichtbar

Das Jüdische Museum hat seine Arbeit aufgenommen – Initiatorin war Ruth Leiserowitz

VON BODO BOST

In Königsberg tut sich einiges, trotz Krieg. In den vergangenen beiden Jahren wurde das Gebäude des jüdischen Waisenhauses neben der Synagoge, das 1904 von dem Architekten Friedrich Heitmann entworfen wurde, in seinem historischen Erscheinungsbild wiederhergestellt. Während der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 wurde das Gebäude beschädigt, als die Königsberger Synagoge niederbrannte. Ab 2011 hatte sich eine Initiative um den Bau einer neuen Synagoge an der Stelle der von den Nationalsozialisten zerstörten alten Synagoge bemüht, der Bau wurde am 8. November 2018, dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, eingeweiht. Der neue Bau an der Lindenstraße [Oktjabrskaja] ähnelt im Grundriss seinem historischen Vorgänger, ist aber etwas kleiner als das Gebetshaus der alten Königsberger Synagogengemeinde.

Die jüdische Vorkriegsgemeinde in Königsberg war eine der größten Deutschlands, sie war für ihre religiöse Vielfalt bekannt, es gab fünf Synagogen. Die meisten Königsberger Juden gehörten dem liberalen Judentum an und versammelten sich in der großen auch damals neu genannten Synagoge (Die Neie Schul), in der es eine Orgel gab. Die Anhänger des orthodoxen Zweigs besuchten die Adas Jisroel oder die so genannte „polnische“ Synagoge. Es gab auch ein chassidisches Gebetshaus der Chabad-Bewegung in der Stadt, „die russische Synagoge“.

Fünf Synagogen im alten Königsberg

Seit 2018 steht im Zentrum Königsbergs wieder die „Neue liberale Synagoge“, im Stil des Historismus mit mächtiger Rundkuppel, die an den Aachener Dom erinnert. Sie steht groß und unüberschaubar gegenüber dem Dom von Königsberg, der auf der Dominsel liegt. Beide Ensembles, Dom und Synagoge, prägen mit ihren mächtigen Kuppeln wieder das Stadtzentrum.



Geschichte in der Synagoge: Ein Museum informiert über die Juden in Königsberg

Foto: Zairon

Der Vorgängerbau ist 1896 eingeweiht worden. Seit der Zerstörung stand das Synagogen-Grundstück leer, wurde höchstens temporär von einem Zirkus genutzt.

Die Juden in Königsberg sind heute eine Gemeinschaft von fast 3000 Personen. Sie kommen aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion. Die jüdischen Zuwanderer gründeten 1989 in dem 40 Jahre religionslosen Königsberger Gebiet ihre Gemeinde. 2011 riefen sie eine Stiftung zum Wiederaufbau der Synagoge am historischen Ort ins Leben. Eines ihrer Mitglieder, eine Architektin, erstellte ein Projekt. Die Stiftung versteht sich als Rechtsnachfolgerin der Jüdischen Gemeinde von Königsberg und beanspruchte per Gerichtsbeschluss das historische Territorium. Vor

allem der Unternehmer Wladimir Kazman, der das Denkmal des Massakers in Palmnicken erbauen ließ, gehörte zu den Hauptsponsoren. Die neue Synagoge darf die Gemeinde auch „Königsberger Synagoge“ nennen. Insofern bringen sie ein Stück der Geschichte der Stadt zurück. Jüngere jüdische Aktivisten in Königsberg arbeiten die zu Sowjetzeiten tabuisierte deutsch-jüdische Geschichte Königsbergs auf. Die Sowjets hatten 1945 die in der Stadt verbliebenen Juden nicht als Opfer anerkannt und sie wie die anderen Deutschen behandelt.

Der Geschichtsverein „Juden in Ostpreußen“, den Ruth und Michael Leiserowitz 2004 in Berlin gegründet hatten, hat die jüdische Gemeinde der Stadt beim Wiederaufbau der „Neuen Synagoge“ un-

terstützt. Der Sitz des Vereins ist Warschau, wo beide arbeiten, Ruth am Deutschen Historischen Institut und Michael am Museum der Geschichte der polnischen Juden.

Im vergangenen Jahr eröffnete der Verein mit Mitteln des Auswärtigen Amtes innerhalb der Synagoge ein „Jüdisches Museum“ (<https://jmkaliningrad.org/>). Ruth Leiserowitz ist auch die Kuratorin der dortigen Dauerausstellung. Der Verein „Juden in Ostpreußen“ hat eine mehrsprachige Broschüre zusammengestellt, die für Touristen gedacht ist: ein Rundgang durch die ehemalige jüdische Vorstadt von Königsberg. Im Museum wird die untergegangene deutsch-jüdische Geschichte Königsbergs wieder sichtbar.

MELDUNGEN

Interessante Notizen

Allenstein – Besondere Schätze gab es Anfang Dezember 2022 in der Bibliothek des Höheren Priesterseminars der ermländischen Metropole „Hosianum“ in Allenstein zu sehen – Bücher mit Einträgen von Nicolaus Copernicus, die vor einigen Jahren entdeckt wurden. Untersucht hat die über 500 Notizen in den Jahren 2014 bis 2016 eine wissenschaftliche Kommission mit dem Direktor der Bibliothek, Pfarrer Tomasz Garwoliński. „Die Geschichte der Bücher, ihr Einband, das Wappen von Bischof Watzzenrode – alles deutet darauf hin, dass die Schrift authentisch ist“, so Garwoliński, „heute sagen wir den Kindern, nichts in Büchern zu notieren, damals waren die breiten Ränder gerade dafür gedacht.“ Die Notizen, unter anderem in einigen Bänden zu kanonischem Recht, lassen vermuten, wofür Copernicus sich interessiert hat. U.H.

Replik einer Scheune

Angerburg – Im Museum für Volkskultur in Angerburg können Besucher die Replik der größten Scheune in der Region aus dem 19. Jahrhundert bestaunen. Der Bau ist die getreue Nachbildung einer von fünf solcher Scheunen, die der Stadtarchitekt Hans Meyer entworfen hat. Eine davon ist bis heute erhalten. „Die Scheune zeigt reiche schmückende architektonische Details, darüber hinaus hat sie vier Tore und zwei Türen, was mehr als üblich ist, und schon allein die Größe ist beeindruckend“, fasst Magdalena Górniak, die Direktorin des Museum, die Gründe für den Nachbau der Scheune zusammen. Im neuen Objekt hat die Dauerausstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen ihren Platz gefunden, die das Museum über die Jahre angesammelt hat. U.H.

ALLENSTEIN

Das Copernicus-Jahr hat begonnen

An Studentenwohnheim in Kortau soll ein lustiges Gemälde die Studenten an den großen Astronomen erinnern

In diesem Jahr jährt sich die Geburt des berühmten Astronomen Nicolaus Copernicus zum 550. Mal. Aus diesem Anlass wurde an der Wand des Studentenwohnheims Nr. 2 der Universität Ermland-Masuren in Kortau ein Wandgemälde zu Ehren von Copernicus angebracht. Das Bild des berühmten Astronomen soll positive Assoziationen mit der Universität von Allenstein wecken. Der Slogan über den Figuren, die den Astronomen verkörpern, lautet: „Wenn Copernicus heute in Kortau studieren würde ... Er soll die Vorstellungskraft des potentiellen Betrachters anregen“, sagte Malgorzata Śpiwak, Künstlerin des Projekts. „Würde Copernicus unser Uniradio hören? Würde er unsere Universitätsnachrichten lesen? Dies sind nur einige der Fragen, die uns vielleicht in den Sinn kommen, aber ich bin sicher, dass jedem von uns bei der Bildbetrachtung noch viele weitere einfallen.“

Copernicus wird nicht so dargestellt, wie es normalerweise von Denkmälern kennen. Der berühmte Astronom, Mediziner, Jurist und Theologe wird auf heitere Weise dargestellt. „Da wir die heutige Darstellung von Copernicus nur auf drei Ölgemälden aus dem 16. Jahrhundert gründen können, ist unsere Version für das 21. Jahrhundert ihr komplettes Gegenteil“, gab die Gestalterin des Wandgemäldes zu. „Wir wollten die Vision von Copernicus in Kortau so studentenfreundlich wie möglich darstellen, denn gerade Studenten prägen den Charakter von Kortau. Der Ideengeber des Wandbildes ist Boguslaw Stec, der Kanzler der Universität, der ankündigte, dass im nächsten Jahr weitere Werke im Studentenviertel Kortau entstehen werden. Die Universität von Ermland und Masuren ist einer der Organisatoren des Copernicanischen Weltkongresses, der 2023

in Thorn, Krakau und Allenstein stattfinden wird. Die anderen Veranstalter dieses Ereignisses sind die Nikolaus-Koperni-



Fassade des Studentenwohnheims

kus-Universität in Thorn, die Jagiellonen-Universität in Krakau und die Polnische Akademie der Wissenschaften. Eröffnet wird der Kongress am 19. Februar in Thorn, am 550. Geburtstag des Astronomen.

Am 16. November 2022 nahm der Senat der Republik Polen einstimmig eine Resolution an, die das Jahr 2023 zum Jahr des Nicolaus Copernicus erklärt. Es sei daran erinnert, dass Copernicus auch Mitglied des Ermländischen Domkapitels und ein bedeutender ökonomischer Denker war. Im südlichen Ostpreußen führte er einen Teil seiner wissenschaftlichen Arbeiten und astronomischen Beobachtungen durch. Er war der prominenteste Bewohner der Burg von Allenstein.

Copernicus widmete seine Zeit in Allenstein den Verwaltungsaufgaben, der Inventarisierung des Archivs des Kapitels und der ersten Bearbeitung der monetä-

ren Abhandlung, die in der Formulierung des Gesetzes mündete, dass „minderwertiges Geld höherwertiges aus dem Verkehr zieht“. In den Mauern der Burg von Allenstein schrieb er auch den Text des ersten Buches von „De revolutionibus...“ nieder – seines Lebenswerks. Eine astronomische Tafel – das einzige erhaltene Messgerät, das von dem großen Astronomen persönlich angefertigt wurde – blieb bis heute an der Wand des Kreuzgangs der Burg erhalten.

Anlässlich der Planung zum 550. Jahrestag der Geburt von Copernicus unterzeichneten die Vertreter von Kirche, Kommunalverwaltung und Wissenschaft im April 2021 eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit bei der Organisation von Feierlichkeiten im südlichen Ostpreußen mit dem Ziel, des berühmten Astronomen zu gedenken und den Jahrestag würdig zu begehen. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Deimer, Ellinor, geb. Schoen, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kleine, Elfriede, geb. Kramberger, aus Lyck, am 20. Januar
Müller, Gertrud, geb. Blask, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Zindler, Margot, geb. Grommek, aus Mohrunen, am 25. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mäder, Gerda, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Stoll, Willy, aus Wittlingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Wittmann, Erna, geb. Schmidt, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Gränitz, Liselotte, geb. Aschmonat, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Schendel, Herbert, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Walendy, Udo, aus Lyck, am 21. Januar
Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Engels, Margarete, geb. Weiß, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Goeritz, Kurt, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Kohn, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar
Lorenzen, Elsa, geb. Beroleit, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Schomann, Waltraut, geb. Wermke, aus Lyck, am 24. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bolze, Helene-Martha, geb. Bernatzki, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Käding, Eva, geb. Gohl, aus Wehlau, am 23. Januar
Niendorf, Adelheid, geb. Türmer, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar
Wagener, Elfriede, geb. Okuniek, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Acksel, Irmgard, geb. Kowalzik, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar

Baatz, Anneliese, geb. Schenk, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Czycholl, Ruth, geb. Fischer, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar

Graf, Irene, geb. Klimach, aus Patterswalde, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Hillgruber, Hans-Georg, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Januar

Kleinschmitt, Manfred, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Januar

Neumann, Franz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Poerschke, Paul-Gerhard, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar

Rathje, Hildegard, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Sagitzi, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bergan, Erich, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar

Block, Ursula, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Brandt, Frieda, geb. Pörschke, aus Mohrunen, am 25. Januar

Cords, Anneliese, geb. Stannies, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Ehlers, Dieter, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Hinz, Gertraude, geb. Milbrodt, aus Bauditten, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

Hoffmann, Gerda, geb. Dahnz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Januar

Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar
Losekamm, Gerda, geb. Kallweit, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

Mund, Helene, geb. Tonnus, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Rohde, Doris, geb. Höpfner, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Wagner, Erika, geb. Lorenz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Warda, Bruno, aus Lyck, am 21. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Anger, Christel, geb. Litzbarski, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

Dotzenrodt, Gerlind, aus Königsberg, am 24. Januar

Fullert, Erika, geb. Kirschnick, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar

Haedelt, Eva, geb. Waaga, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

Jacob, Gert, aus Wehlau, am 24. Januar

Jastremski, Dietrich, aus Morgenrund, Kreis Lyck, am 26. Januar

Leiteritz, Ruth, geb. Wölk, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 20. Januar

Pilath, Heinz, aus Ortelsburg, am 20. Januar

Rossmann, Paul-Gerhard, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 24. Januar

Viohl, Gerlinde, geb. Krause, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czwellia, Heinz, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar

Herrmann, Hildegard, geb. Bartholomayzyk, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Januar

Kompa, Ernst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

Kropp, Günter, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Lubowski, Irmgard, geb. Kobielski, aus Sarken, Kreis Lyck, am 21. Januar

Niebage, Hildegard, geb. Allenbacher, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Januar

Wenzel, Erna, geb. Biallas, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aubele, Gerda, geb. Kalnowski, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Januar

Böhl, Horst, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 23. Januar

Drossmann, Gerhard, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Hill, Gerhard, aus Preußisch Eylau, am 21. Januar

Hoffmann, Erika, geb. Dolinga, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Koehler, Roswitha, geb. Kutzko, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 23. Januar

Komohs, Helga, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 23. Januar

Korittke, Christel, geb. Kobialka, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Kruber, Irmgard, geb. Donder, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Januar

Kuhnert, Dr. Adelheid, geb. Jakubowski, aus Wehlau, am 25. Januar

Lindt, Gisela, geb. Brandt, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 24. Januar

Lunau, Günter, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Januar

Masur, Gisela, geb. Hermann, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 23. Januar

Neumann, Walter, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 21. Januar

Nilson, Klaus, aus Königsberg, am 25. Januar

Nitschky, Gertraud, geb. Lask, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Nowosadko, Gert, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 25. Januar

Przyswitt, Dieter Horst, aus Lyck, am 20. Januar

Rosenwald, Elfriede, geb. Morgenstern, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 26. Januar

Sackel, Ursula, geb. Szametat, aus Lyck, am 21. Januar

Scheidemantel, Rotraut, geb. Goerke, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Siemoneit, Walter, aus Leng-friede, Kreis Ebenrode, am 20. Januar

Skindziel, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 26. Januar

Tillmann, Friedrich, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Walendy, Alexander, aus Treuburg, am 22. Januar

Wöhlbier, Hildegard, geb. Lingies, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Januar

Zeikau, Erich, aus Mohrunen, am 22. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Henneken, Erika, geb. Salecker, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

Janowski, Wolfgang, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar

Keuth, Margrit, geb. Bechmann, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

Pallat, Diethard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar

OL.
Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 25. Januar, 18.30 Uhr: Der Schöpfer der „Erinnerung an Ostpreußen“ (Siehe Foto), Vortrag von Jörn Barfod zum Gedenken an den Bildhauer Hermann Brachert (1890-1972), Eintritt: 4,- Euro, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Der Bildhauer Hermann Brachert, geboren 1890 in Stuttgart, gehört zu den bedeutendsten und vielseitigsten Künstlern Ostpreußens zwischen 1920 und 1945. Als Zisleur und Bildhauer in seiner Heimatstadt ausgebildet, erhielt er 1919 einen Ruf als Lehrer an die Kunst- und Gewerkschule nach Königsberg. Stein-, Holz- und Metallplastik sowie Goldschmiedekunst waren seine Fächer.

1930 wurde er künstlerischer Berater an der Staatlichen Bernstein-Manufaktur. Öffentliche Aufträge bildhauerischer Arbeiten erhielt er für bedeutende Bauten Königsbergs, wie an der Universität, an der Ostmesse, am Hauptbahnhof.

1933 erhielt Brachert Arbeitsverbot, manche seiner Arbeiten wurden aus der Öffentlichkeit entfernt oder gar zerstört. Erst ab 1936 bekam er wieder Auf-

träge. 1945 wurde ein großer Teil seiner Arbeiten in Ostpreußen durch den Krieg zerstört. Ab 1946 leitete er den Wiederaufbau der Stuttgarter Kunstakademie als Professor für Bildhauerei und Rektor. Hier konnte er sein Schaffen fortsetzen. Öffentliche Aufträge und Ehrungen wurden ihm nun reichlich zuteil. Er starb vor 50 Jahren, 1972, in Schlaiddorf bei Stuttgart.

Mit seiner klassizistischen Stil-sprache moderner Prägung setzte Brachert in Königsberg die um 1920 geprägte Ortstradition mit neuen Impulsen fort. Bis heute wirkt sein Werk in Baden-Württemberg wie im Königsberger Gebiet, wo ihm sogar ein eigenes Museum gewidmet ist.

Dr. Jörn Barfod, der langjährige Kustos und stellvertretender Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, erinnert mit einem Lichtbildervortrag an den bedeutendsten Bildhauer in Ostpreußen der Zwischenkriegszeit.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38 21335 Lüneburg

**Hinweis**

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 5/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 5/2023 (Erstverkaufstag 3. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 24. Januar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen

18. und 19. März: **Arbeitstagsung der Kreisvertreter** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

15. und 16. April: **Arbeitstagsung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Rostock

9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-pölnischer Kommunalpolitiker Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: **Arbeitstagsung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ost-**

preußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Grützwurst

Ansbach – Sonnabend, 21. Januar, 17 Uhr, Gasthaus Sommerfrische, Oberhäuserstraße 38: traditionelles Grützwurst-Essen der Landsmannschaft Ost- Westpreußen, Pommern und Brandenburger. Wir wollen wieder einige Erzählungen und Lieder zur Winterszeit aus unserem historischen Nordosten Deutschlands hören und singen.

Heide Bauer

Volkstanzgruppe

Hof – Leiterin Jutta Starosta berichtete in der ersten Veranstaltung des neuen Jahres über die Aktivitäten der ostpreußischen Volkstanzgruppe Hof im Jahr 2022. Zwar waren die Aktivitäten eingeschränkt und das Training fand nur unregelmäßig statt, trotzdem gelang es immer, für die Auftritte genügend Tänzer zu aktivieren. Höhepunkt im Jahr 2022 war der Auftritt der Tanzgruppe während des Sudetendeutschen Tages in Hof. Beim großen Volkstumsabend in der Freiheitshalle konnten sich die Tänzerinnen und Tänzer in der Ermländer Tracht zusammen mit vielen Sudetendeutschen Gruppen präsentieren. Anlässlich des Reihauer Stadtfestes und beim Tag der Heimat in Hof war die Gruppe präsent. Ein Teil der Tänzer trat dann im Oktober mit der Schlesischen Jugend Bayern beim Jubiläum der Schlesischen Landsmannschaft in Uttenreuth auf. Zum Abschluss des Jahres wurde die Adventsfeier der LOW-Ortsgruppe Hof gestaltet.

Auch andere Aktivitäten konnten wiederaufgenommen bzw. neu etabliert werden. So traf man sich am Ende des Schuljahres zum Eis

und zu Beginn des Trainings im Herbst zur Pizza. Der Fortbildungsdiensten der Erste-Hilfe-Kurs im Februar und zwei Seminare der Schlesischen Jugend in Regensburg und in Nürnberg. Starosta zog am Ende ihres Berichtes das Fazit, dass es trotz der stabilen Mitgliederzahl notwendig sei, neue Mitglieder zu gewinnen. So könnte die oft angespannte Personallage bei Training und Auftritten entspannt werden. Für das Jahr 2023 hoffen alle, dass wieder mehr miteinander, ein geregeltes Training und Geselligkeit möglich sind. J.S.

Bernsteinwerk

Nürnberg – Dienstag, 31. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Das Bernsteinwerk in Palmnicken, Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie Pommern.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Jahresauftakt

Anklam – Nach dreijähriger Corona-Zwangspause trafen sich wieder 43 ehrenamtlich tätige Landsleute aus Anklam, Greifswald, Neubrandenburg, Güstrow, Wismar und Berlin zum traditionellen Drei-Königs-Treffen. Mit einem



Neujahrstreffen des Bundes der Vertriebenen mit seinen Ehrenamtlichen

Gläsern Sekt, dem gemeinsamen Mittagessen, Kaffee und Kuchen dankte der Vorstand diesen unermüdeten Helfern, ohne deren Einsatzbereitschaft die großen Heimattreffen in Anklam nicht möglich wären.

Beim Rückblick auf das Verbandsjahr 2022 standen die jüngsten Aktionen im Vordergrund, so das mit 1000 Landsleuten gut besuchte Landestreffen in Schwerin und die Weihnachtspäckchenaktion im Dezember ins Memelland. Zur Adventsfeier in Anklam hatten die 300 Gäste wieder mehr als 500 Präsente gespendet, die zum 2. Advent mit der Fähre über Kiel nach Memel gebracht wurden. Ein Bildervortrag mit Hilfe eines Beamers zeigte die Übergabe an die Landsleute in Plickien, Memel, Heydekrug, Pogegen und anderen Orten im Memelland.

In der Neujahrs-Andacht ging es um das geistliche Testament des kürzlich verstorbenen Papstes Benedikt XVI. Außerdem wurde noch ein großer Stapel Weihnachtspost – darunter litauische, polnische und russische – und von den Besuchern selbst heitere und ernste Gedichte und Geschichten vorgelesen.

Im Neuen Jahr 2023 wagt sich der Verband wieder an größere Veranstaltungen. Am 18. März ist als nächstes das Große Pommern-treffen im Volkshaus Anklam geplant. Größte Herausforderung nach Corona ist die galoppierende Inflation. Es gab also viel abzusprechen, und bei einem letzten Weihnachtsliedersingen zu Gitarre

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

und Harmonika ging diese fröhliche Auftaktveranstaltung des Neuen Jahres viel zu schnell zu Ende.

Manfred Schukat



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-**

Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Gänsebraten

Braunschweig – Mittwoch, 25. Januar, 12 Uhr, Restaurant „Zur Ro-

thenburg“, Lichtenberger Straße 53, 38120 Braunschweig: Gänsebraten-Essen. Gäste, mit vorheriger Anmeldung, sind herzlich willkommen.

Fritz Folger

Halbjahresprogramm

Oldenburg – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122 Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 50090: Treffen.

8. Februar: Schriftstellerinnen aus Ostpreußen; Kurzporträts von Johanna Ambrosius, Ruth Geede, Charlotte Keyser, Fanny Lewald, Erminia von Olfers-Batocki, Johanna Wolf. In Kurzporträts und Leseproben vorgestellt von Gisela Borchers und Regine Mentz,

8. März: Reise nach Breslau in Bildern, ein Vortrag von Siegmund Fröhlich (eine Reise im Jahr 2022),

12. April: Käthe Kollwitz, Lebensbild vorgetragen von Regine Mentz,

10. Mai, Hotel Restaurant Wöbken, Hundsmühlerstraße 255, 26131 Oldenburg: Kaffeetrinken.

14. Juni: Bismarcktürme in Ost- und Westpreußen, einst und noch heute. Anlässlich einer Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Ein Vortrag mit Bildern von Gisela Borchers,

12. Juli, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180, 26133 Oldenburg, Telefon (0441) 42615: Kaffeetrinken.

Im August: Sommerpause. Für die zweite Jahreshälfte notieren Sie bitte bereits diese Termine. Die Einladungen mit dem Programm erhalten Sie im August. 13. September, 11. Oktober, 8. November und 13. Dezember.

Kommen Sie bitte regelmäßig und zahlreich zu unseren Veranstaltungen und bleiben Sie uns treu. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.

PAZ wirkt!

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

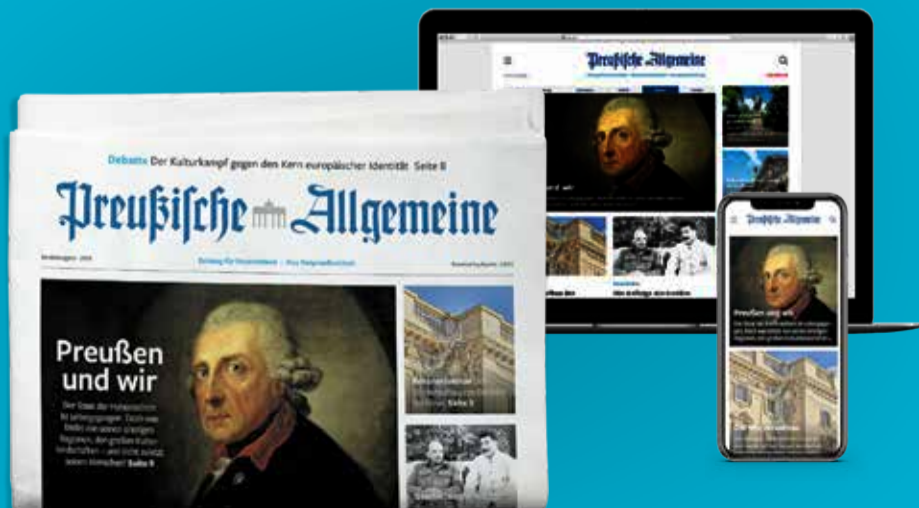
Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

AUS DEN LANDESGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 15



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher
Schriftführerin: Elke Ruhnke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Karneval

Düren - Mittwoch, 1. Februar, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Lasst uns froh und lustig sein; Karneval. Die Heimatabende der Gruppe Düren e.V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

Gerda Wornowski

Terminvorschau

Gütersloh - Freitag, 10. Februar, 17.30 Uhr, Brauhaus / Wintergarten, Unter den Ulmen 9: Eisbeinessen. Es gibt Eisbein mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln zum Preis von 18,- Euro. Alternativ kann auch à la carte bestellt werden. Anmeldung bis spätestens 6. Februar bei Josef Block, Telefon (05241) 34841 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Sonntag, 5. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Jahreshauptversammlung. Anträge rich-

ten Sie bitte bis zum 1. März an den Vorsitzenden, Eckard Jagalla, Franz-Grochtmann-Straße 40, 33334 Gütersloh, Telefon (05241) 403872.

Donnerstag, 6. April, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Osterfeier am Gründonnerstag. Anmeldung bis 31. März bei den Mitgliederbetreuern oder Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919.

Sonntag, 30. April, 21 Uhr, Haus Ohlmeyer, Brummelweg 125, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Einlass ab 20 Uhr, Eintritt: 12,- / 9,- Euro, Karten nur an der Abendkasse, keine Tischreservierungen. Livemusik mit dem Oxfordduo aus Leverkusen. Infos bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Weihnachtsfeier

Gütersloh - Der Singkreis begann mit „Hörst Du den Glockenklang“. Nach dem Kerzenanzünden durch Renate Thamm und der Begrüßung durch die 2. Vorsitzende, Marlene von Oppenkowski sangen wir gemeinsam „100.000 Friedenslichter“. Das Duo Ella Deppe und Manfred Schneider aus Enger begleitete uns während der Weihnachtsfeier musikalisch. Die Liederbücher hatte das Paar mitgebracht. Der Weihnachtsmann kam diesmal mit einem Bollerwagen voller Geschenke. So konnten die Kinder ihn auch sofort am Eingang in Empfang nehmen. Welch eine Aufregung in den leuchtenden Kinderaugen. Sie trugen Gedichte vor, sangen Lieder, und als einem Kind dann doch der Mut verließ, sprang spontan der Opa ein. Es war wieder sehr schön.

Ostpreußenrunde

Wuppertal - Sonnabend, 21. Januar, 14 Uhr, Kolkmannhaus, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Ostpreußenrunde. Kommen Sie zu einer geselligen Runde, bei Kaffee und Kuchen. Gäste sind stets willkommen.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Stadtgeschichte

Bad Oldesloe und Tremsbüttel - Im Januar waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel bei Lieschen und Ulrich Klemens in Bad Oldesloe zu Gast. Thema des Nachmittags war: „Auch Bad Oldesloe hat eine spannende Stadtgeschichte“. Das Oldesloer Gebiet ist uralter Siedlungsraum. Mit Funden aus der Mittelsteinzeit, die Oldesloer Stufe, ging auch der Name in die Wissenschaft ein.

In der Mittelsteinzeit waren die Menschen noch nicht sesshaft, sie waren Jäger und Sammler, auch Fischer. Ein Grund, hier sesshaft zu werden, mögen die Trave und Beste gewesen sein und das Salz, das hier als Sole zu Tage trat. Trave und Beste erwiesen sich als Handelswege, ein Handelsplatz bildete sich an der heutigen Hude.

1151 wird der Ort Oldesloe erstmals urkundlich erwähnt. Davor hatte der Wendepapst Vicelin

www.paz.de

Eine Stimme, die vertraut war, schweigt. Ein Mensch, der immer da war, ist nicht mehr. Was bleibt, sind dankbare Erinnerungen, die niemand nehmen kann.



Johanna Bartel

* 10. 08. 1939 in Stegmannsdorf Ostpreußen † 25. 12. 2022 in Leverkusen

Im Namen der Familie Benno und Anne Bartel

Trauerhaus Bartel c/o Bestattungen Hild, Altstadtstraße 9, 51377 Leverkusen

Die Beerdigung findet im engsten Familienkreis statt.

ANZEIGEN

Zur Erinnerung an

Volkmar Schmidt, Lehrer * 07.05.1938 Gr. Maransen, Krs. Osterode Ostpr. † 03.09.1986 Rostock

Dieter Eichler, Lehrer * 14.06.1934 Insterburg † 10.01.2018 Hamburg

Erna Schmidt, geb. Eichler * 01.02.1906 Gr. Karmitten, Krs. Mohrunge Ostpr. † 24.12.1955 Dobbberin/Mecklenburg

Erich Schmidt, Lehrer * 15.02.1894 Illowo, Krs. Soldau † 30.10.1968 Dobbberin/Mecklenburg

Gerhard Eichler, Lehrer * 17.03.1907 Gr. Karmitten, Krs. Mohrunge Ostpr. † 24.12.1984 Hamburg

Hildegard Eichler, geb. Frölian * 11.06.1909 Wehlau/Ostpr. † 19.01.1995 Hamburg

Ute Marie Eichler verw. Schmidt, verw. Eichler, geb. Kaening utemeichler@gmail.com

der Kirche auf dem heutigen Kirchberg gegründet und dem heiligen Petrus geweiht, der Aufnahme in das Stadtwappen fand. 1238 gilt als Jahr der Stadtgründung durch Graf Adolf IV. von Schaumburg mit Verleihung des Lübschen Rechts.

1813 gründet Apotheker Lorenzen das Sol-, Moor- und Schwefelbad. Ein Kurhaus, Badehäuser und ein Logierhaus für die Kurgäste entstehen. Die Oldesloer Badezeit beginnt. 1824 wird die Oldesloer Sparcasse gegründet, der neue Friedhof angelegt, 1839 erscheint die erste Ausgabe des Oldesloer Landboten, 1865 nimmt die Eisenbahnlinie Lübeck-Oldesloe-Hamburg ihren Betrieb auf. 1866 wird der Salinenbetrieb endgültig eingestellt. Der Salzgehalt

der Sole war zu gering. 1867 hat der Krieg Deutschland/Dänemark der Stadt eine besondere Wende gebracht. Oldesloe wird preußisch und Bestandteil des Kreises Stormarn. Die Stadt erhielt ein königlich-preußisches Amtsgericht. 1902 Gründung der katholischen Kirchengemeinde, Bau des St. Joseph-Stiftes, 1909 wird das Gymnasium fertiggestellt, 1913 wird die Königin-Luise-Schule eingeweiht. Mit Bescheid von 1910 darf Oldesloe die Bezeichnung Bad führen.

Leider können hier nicht alle Ereignisse aufgeführt werden. Ein besonderes Schicksal ist der Bombenangriff am 24. April 1945. Über 700 Menschen werden getötet, mehr als 300 Gebäude beschädigt. Am 2. Mai 1945 rücken britische

Panzer in Bad Oldesloe ein. Die Stadt wird kampfflos übergeben.

So waren die Teilnehmer einmal zu Gast in ihrer eigenen Stadt und dankten dem Ehepaar Klemens für den Nachmittag.

Gisela Brauer

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e. V.

Flensburg - Mittwoch, 8. Februar, 12 Uhr, TSB-Heim: Grünkohlessen, anschließend Mitgliederversammlung als Jahreshauptversammlung. Die Einladung mit den entsprechenden Anlagen wurde termingerecht verteilt.

Flensburg - Die erste Veranstaltung des neuen Jahres am 11. Januar war sehr gut besucht, und der Vorsitzende Hans Legies konnte

Rätsel

Grid for the 'Rätsel' section with various clues in German.

Schüttelrätsel

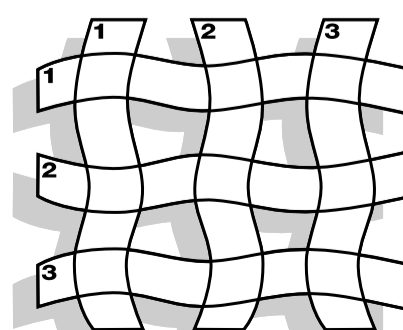
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for the 'Schüttelrätsel' section with letters in the cells.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Wohnung, Heim.

Grid for the 'Mittelworträtsel' section with words in the cells.



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 35. Präsident der USA
2 schmale Stelle
3 Irrfahrt

So ist's richtig: A collection of small puzzles and word games.

Aus den Landesgruppen

neben den altvertrauten Teilnehmern auch neue Mitglieder begrüßen. Er nahm kurz zur Teilnehmerbegrenzung bei der Besichtigung der Firma Heimtierbedarf TRIXIE während der vorgesehenen Ausflugsfahrt durch Angeln im Juni Stellung und berichtete von einer positiven Resonanz, die er von externen Teilnehmern der Gedenkfeier „70 Jahre Stein des Ostens“ im November erhalten hatte. Dazu gehörte auch die Einladung der Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen an die Vereinigten Landsmannschaften zu einer Informationsfahrt nach Berlin im Rahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Nach der gewohnt zügigen Kaffeetafel und reichlich Zeit zum Plachandern übergab Legies das Wort an Hartwig Wilckens, der über das heutige Namibia vortrug. Ein Teil seiner Vorfahren waren Ende des 19. Jahrhunderts in die ehemalige deutsche Kolonie Deutsch-Südwestafrika ausgewandert, die daraus entstandene heutige Großfamilie bewirtschaftet inzwischen 15 Farmen -

teils in landwirtschaftlicher, teils in jagdlicher Nutzung.

Der Referent ging kurz auf die Geschichte des Landes unter deutscher Herrschaft ein und erläuterte dann die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen; hier besonders die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Ovambo, die aus Südafrika eingewanderten Baster (entstanden aus Beziehungen zwischen der Volksgruppe der Nama und aus Europa eingewanderten Holländern/Buren) sowie die Herero als Viehzüchter wie die noch überwiegend in ursprünglicher Form von Tauschhandel und der Jagd lebenden Himba und Buschleute. Er sprach über Mentalität und Korruption – ein in Afrika weitverbreitetes, aber nicht auf Afrika beschränktes Problem – und untermalte seinen Vortrag mit zahlreichen anschaulichen Bildern, die während seiner vielen Aufenthalte entstanden sind.

Dieser sehr informative Nachmittag schloss mit Singen des Pommern- und Ostpreußenliedes.

Michael Weber

Bremen

Zum Thema „**Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet**“ zeigen der Arbeitskreis der Bremer Archive und Radio Bremen bis Sonnabend, 28. Januar, im Hansa Carré, Bremen Hasstedt, 30 Tafeln. Auch die Bremer Ostpreußen haben drei Tafeln erstellt, die sich vor dem Edeka-Markt befinden, ihre Inhalte stammen aus dem Archiv der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e. V., Bremen.

Das Hansa Carré ist montags bis sonnabends von 8 bis 21 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei.



FOTO: BREMER ARCHIVE



Kulturzentrum Ostpreußen – Historisches Kalenderblatt

Heinrich Theodor von Schön – 250. Geburtstag, geboren am 20. Januar 1773 in Schreitlaugen, Kreis Tilsit; gestorben am 23. Juli 1856 auf Gut Arnau bei Königsberg i. Pr., war ein preußischer Staatsmann.

Der Sohn des Amtrats und Domänenpächters Johann Theodor und seiner Frau Johanna Dorothea wurde 1773 in Schreitlaugen, Kreis Tilsit, geboren. Die ersten 16 Jahre verbrachte Heinrich Theodor Schön in seinem Geburtsort, während er von Hauslehrern unterrichtet wurde.

Danach studierte er ab 1788 Rechts- und Staatswissenschaften in Königsberg und befasste sich auch mit der Philosophie Immanuel Kants, der mit seinem Vater befreundet war und in der Zeit an der Albertina wirkte und lehrte.

Das Jahr ab 1792 führte Schön ins Domänenamt Tapiaw, wo er ein praktisches Jahr absolvierte, um anschließend als Referendar an der Königsberger Kriegs- und Domänenkammer in den preußischen Staatsdienst einzutreten. Gleichzeitig wurde er als Freimaurermittglied in Königsberg aufgenommen. 1795 folgte die Ernennung zum Kammerassessor am Hof in Berlin.

Schön legte 1796 das Große Examen ab und wurde für drei Jahre auf eine große Reise geschickt, die ihn von Schlesien über Sachsen bis nach England und Schottland führte und ihn sehr prägte: „Durch England wurde ich erst ein Staatsmann“.

Die Jahre 1799 und 1800 führten Schön zu den Kriegs- und Domänenkammern nach Białystok und Marienwerder. In den Jahren 1802-1806 bekleidete er die Position des Geheimen Oberfinanzrates und des Vortragenden Rates im Altpreußischen Departement und war Mitglied der Fi-

nanzdeputation in der Gesetzeskommission in Berlin.

1806 folgte Schön König Friedrich Wilhelm III. nach Königsberg, denn während des Vierten Koalitionskriegs wurde der Königshof evakuiert. Dort erhielt er als Mitglied der Immediatkommission unter Freiherr von Stein, 1807, entscheidenden Einfluss auf die innere Verwaltung und war an mehreren Reformvorhaben zur Regenerierung des preußischen Staates nach dem verheerenden Angriff durch Frankreich erheblich beteiligt, so zum Beispiel am Oktoberedikt von 1807, das die Abschaffung der Leibeigenschaft beinhaltete, im Bereich der Staatsverwaltung, im Justizwesen sowie bei der ständischen Mitwirkung.



Heinrich Theodor von Schön

1808 konzipierte Schön aber auch das „politische Testament“ Freiherrns von Stein. Als der Freiherr zurücktrat, war Theodor kurzzeitig Leiter des staatswirtschaftlichen Departments, um erneut nach Königsberg zurückzukehren und 1809 das Regierungspräsidium Litthauen zu Gumbinnen bis 1816 zu führen. Während der Befreiungskriege hatte Schön 1813 wesentlichen Anteil an der Aufstellung einer Landwehr in Ostpreußen.

1816 ernannte König Friedrich Wilhelm III. Schön zum Oberpräsidenten von Westpreußen und

1824 auch von Ostpreußen – ab 1829 Provinz Preußen. Er gehörte der liberalen Fraktion von Oberpräsidenten an, die scharfe Kritik an den zentralistischen und restaurativen Tendenzen der Berliner Regierung übte. Unter der Ägide des Oberpräsidenten Schön erlebte die Provinz Preußen in vielen Bereichen einen beachtlichen Aufschwung.

Als 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, verfasste Schön mit dem Titel „Woher und wohin?“ eine liberal-kritische Verfassungsdenskchrift, in der er die Einberufung von sogenannten Generalständen forderte, um die Repräsentatividee und das wiederholte Verfassungsversprechen Friedrich Wilhelm III. zu realisieren. Diese gelangte jedoch gegen seinen Willen an die Öffentlichkeit und erregte auch außerhalb Preußens die Gemüter, zumal auch Johann Jacoby 1841 die Schrift „Vier Fragen beantwortet von einem Ostpreußen“ herausbrachte, wofür der König dem Oberpräsidenten Schön ebenfalls die politische Verantwortung zusprach, woraufhin Schön 1842 entlassen wurde. Dieser zog sich daraufhin auf sein Gut Arnau bei Königsberg zurück, von wo er nur noch kleinere Aufgaben wahrnahm und bis zu seinem Tode im Jahre 1856 lebte. Heinrich Theodor von Schön war zweimal verheiratet und hatte insgesamt sechs Söhne und fünf Töchter.

● Das **Kulturzentrum Ostpreußen** gibt seit zehn Jahren jeden Monat ein historisches Kalenderblatt heraus, das unter: <https://www.kulturzentrum-ostpreussen.de/kalenderblatt.php> abrufbar ist. Neben Größen wie Immanuel Kant gibt es auch Einträge zu Walther Heymann oder Charlotte Keyser. Während der Monate Oktober bis März ist es dienstags bis sonntags von 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr geöffnet, Telefon (09141) 86440, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen.

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. „Zukunft für Ostpreußen“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der **Preußischen Allgemeinen Zeitung und des Ostpreußenblattes**,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat 2009 eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln. Ihr Name ist: **Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“**.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000,00 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt. Ab einem Betrag von 20.000,00 Euro können Zustifter festlegen, dass die Erträge aus der Zustiftung für bestimmte Projekte verwandt werden, sofern sie mit dem Stiftungszweck im Einklang stehen. Die Förderer und ihr Stiftungszweck werden im Stiftungsbuch namentlich erwähnt. Namentliche Unterstiftungen (Treuhandstiftungen) sind ab einer Summe von 150.000,00 Euro möglich. Über ihre Errichtung entscheidet der Stiftungsrat.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. Als gemeinnützig anerkannte Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ komplett von der Erbschaftsteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, Tel. 040-41 40 08-23 oder husen@ostpreussen.de

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat

Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen

Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Fürst Fugger Privatbank
IBAN DE 66 7203 0014 1001 8349 83
BIC FUBKDE71

Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank
IBAN DE 86 4802 0151 0010 4204 84
BIC HAUKDEFF

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine abzugsfähige Zuwendungsbestätigung aus.

GRADMESSUNG IN OSTPREUSSEN

Beachtliche Erfolge in der Forschung

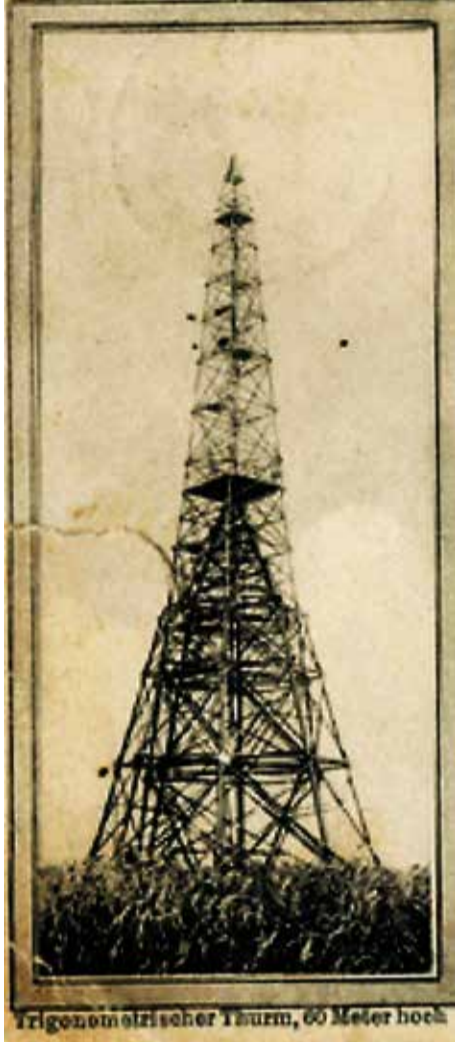
Friedrich-Wilhelm Bessels selbst konstruierte Messinstrumente wurden Standardgeräte in der Vermessung der Erdoberfläche

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das die Erde eine Kugel sei, lehrte der griechische Philosoph und Mathematiker Pythagoras von Samos bereits um 540 v. Chr. Etwa 300 Jahre später errechnete das Universalgenie Eratosthenes von Kyrene den Umfang unseres Planeten, wobei er nur um gute vier Prozent daneben lag. Für die Anfertigung genauer Landkarten wie auch die Grundstücksvermessung zum Zwecke der Erstellung von amtlichen Katastern waren allerdings deutlich präzisere Angaben nötig. So musste beispielsweise die exakte Form der Erde bestimmt werden. Unabhängig voneinander hatten der niederländische Mathematiker und Physiker Christiaan Huygens 1673 und dessen britischer Fachkollege Isaac Newton 1687 die Vermutung geäußert, dass die Erde an den Polen abgeplattet und am Äquator aufgewölbt sei. Wie wir heute wissen, beträgt die Abweichung vom mittleren Erdradius von 6371 Kilometern in der Tat minus 14 Kilometer an den Polen und plus sieben Kilometer am Äquator. Das scheint nicht viel zu sein, führt aber bei Landkarten, die auf einer idealen Kugelform unseres Planeten basieren, doch zu deutlichen Abweichungen.

Anfänge der Geodäsie

Deshalb wurde die astronomisch-geodätische Methode der Gradmessung entwickelt, deren Zweck darin besteht, die Verformung der Erde so genau wie möglich festzustellen. Deren Anwendung profitierte ganz maßgeblich von dem 1615 durch den niederländischen Astronomen Willebrord van Roijen Snell entwickelten Verfahren der Triangulation. Dieses dient der optischen Abstandserfassung durch Winkelmessungen in Dreiecken. Da sich längere Strecken nur sehr kompliziert exakt bestimmen lassen, werden kurze, hochpräzise ausgemessene Linien zwischen zwei Festpunkten als Basis für die Bildung von



Beispiel eines trigonometrischen Turms in Ostpreußen: Hochlingenberg (l.) und einer der bedeutendsten Forscher in der Geodäsie, Friedrich-Wilhelm Bessel (r.)
Fotos: Bildarchiv Ostpreußen; imago/H., Tschanz-Hofmann

großen Dreiecken verwendet, die wie ein Netz über der Landschaft liegen.

Mit solchen Triangulationen gelang es bis 1769, die Annahmen von Huygens und Newton zu bestätigen, allerdings waren die Erkenntnisse über den konkreten Umfang der Abplattung der Erde immer noch zu ungenau. Das änderte sich erst, als der deutsche Mathematiker Carl Friedrich Gauß neue Berechnungsverfahren zur Eliminierung von Fehlern entwickelte und im Zuge seiner eigenen Vermessung des Königreiches Hannover er-



probte. Die Formeln von Gauss kamen auch bei den geodätischen Arbeiten in Preußen zum Einsatz, die 1817 begannen. Ein wichtiger Vorreiter war der Hauptmann im preußischen Generalstab, Johann Jacob Baeyer, der ab 1821 trigonometrische Vermessungen vornahm. Parallel dazu unterzog der Direktor der Sternwarte Königsberg Friedrich Wilhelm Bessel die Genauigkeit der bisherigen Landesaufnahme in Preußen einer kritischen Prüfung und stellte fest, dass diese unzureichend war.

Im Jahre 1830 bat die russische Regierung darum, die Lücke zu schließen, die zwischen der Triangulation der westlichen Teile Preußens und dem Netz von Messpunkten in den baltischen Provinzen Russlands klappte. Daraufhin erhielt Bessel den Auftrag, eine groß angelegte exakte Gradmessung in Ostpreußen durchzuführen. Dabei erhielt er Unterstützung durch das preußische Militär, welches ihm Baeyer zur Seite stellte.

Die Ausführung des Unternehmens, in dessen Verlauf eine durchgehende Mess-

kette zwischen Spanien und dem Nordpolarmeer entstand, dauerte von 1831 bis 1836. Dabei lag der südliche Endpunkt der Ostpreußischen Gradmessung in Trunz bei Elbing und der nördliche am Leuchtturm in Memel. Dazwischen befanden sich 17 weitere Stationen, an denen Bessel und Baeyer nicht nur geodätische, sondern auch astronomische Ortsbestimmungen vornahm, um eine größtmögliche Genauigkeit zu erzielen. Und die war äußerst beachtlich, obwohl die Basislinie zwischen den Orten Mednicken und Trenk, auf der das gesamte trigonometrische Netz in Ostpreußen beruhte, nur eine Länge von 1822 Metern aufwies. Die während des Projekts verwendeten und von Bessel selbst konstruierten Messinstrumente wurden zu Standardgeräten in der Geodäsie und blieben in der Preußischen Landesaufnahme noch bis zum Ersten Weltkrieg in Gebrauch.

Von Spanien bis zum Nordpolarmeer

Ausgehend von den Ergebnissen der Vermessung, die Bessel und Baeyer 1838 unter dem Titel „Gradmessung in Ostpreußen und ihre Verbindung mit Preußischen und Russischen Dreiecksketten“ veröffentlichten, sowie den Resultaten von neun weiteren derartigen Unternehmungen in anderen Teilen der Welt, konnte Bessel bis 1841 auch die Dimensionen der Erdfigur, also den Abstand der Pole vom Äquator und somit die Abplattung unseres Planeten, mit einer bisher nie dagewesenen Präzision bestimmen. Das dadurch definierte Bessel-Ellipsoid passt sich der realen Form der Erde in derart idealer Weise an, dass es in vielen Staaten bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus als Bezugssystem für die Landesvermessung und die Erstellung topographischer Karten diente. Erst die moderne Satellitengeodäsie erbrachte noch genauere Werte als jene, welche Bessel mehr als 100 Jahre zuvor ermittelt hatte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ohne Wehmut, aber auch ohne Faible für modernen Städtebau

Peter Canisius Birkner hat ganz pragmatisch das kirchliche Schlesien in der Bundesrepublik Deutschland gerettet

Das einst ganz Schlesien und Teile Brandenburgs umfassende Erzbistum Breslau erlebte infolge der Grenzziehung an Oder und Neiße seine stückweise Zerlegung. Mit dem Bistum Görlitz lebt in Nachfolge eine Diözese in dieser Tradition in der Bundesrepublik fort. Prälat Peter Canisius Birkner ist ihr federführender Retter gewesen.

Am 26. Dezember hat das Bistum Görlitz im Rahmen eines Festgottesdienstes das diamantene Priesterjubiläum des Prälaten gefeiert. Dem aus Neiße [Nysa] stammenden emeritierten Generalvikar von 1981 bis 1995 ist es zu verdanken, dass aus dem deutschen Reststück, das als „Apostolische Administratur“ nach dem Krieg weitergeführt wurde, das eigenständige Bistum Görlitz gebildet wurde und es sich nicht nach Berlin oder Meissen orientieren musste. „Einen Fortbestand der Apostolischen Administratur wollte keiner. Als Alternative stand der Anschluss ganz oder zur Hälfte an ein Nachbarbistum im Raum“, erinnerte sich der Jubilar in einem Beitrag der katholischen Wochenzeitung „Tag des Herrn“.

Nach der friedlichen Revolution gelang es Birkner als Generalvikar und damit Verwaltungschef der Administratur mit dem

in Liegnitz [Legnica] geborenen Bischof Bernhard Huhn (1921–2007), die Erhebung zum Bistum durchzusetzen. Im Rückblick gibt er zu bedenken: „Alles andere hätte bedeutet, dass das Bistum Dresden-Meißen von Gera bis nach Eisenhüttenstadt gereicht hätte, das Bistum Berlin von der Insel Rügen bis nach Görlitz. Mit negativen Auswirkungen auf die Breslauer Pastoraltradition und die Nähe zu den Gläubigen.“ Dass zugleich die deutsch-polnische und ebenso schlesisch-schlesische Brückentradition funktionierte, kam zur Jahrtausendwende auch darin zum Ausdruck, dass Birkner Ehrendomkapitular im Nachbarbistum Liegnitz mit ebenso Breslauer Tradition wurde.

Geboren wurde Birkner 1935 im schlesischen Neiße. Sein Vater unterhielt dort ein Lebensmittelgeschäft. Nach der Vertreibung kam die Mutter mit ihren fünf Kindern, von denen Peter Canisius das älteste war, nach Limbach-Oberfrohna bei Zwickau. 1956 machte Peter Canisius sein Abitur jedoch bereits im westfälischen Rühren bei Soest und begann sein Theologiestudium in Königstein im Taunus. Da die aus dem Osten stammenden Priesteramtskandidaten jedoch einen Bischof (Ordinarius) haben mussten, wandte sich



Im Gespräch: Prälat Peter Canisius Birkner (r.) und Joachim Giela, Visitor für Breslau und Branitz
Foto: Wagner

Birkner an Bischof Ferdinand Piontek (1878–1963) in Görlitz. Der aus dem ober-schlesischen Leobschütz [Głubczyce] stammende Piontek stand seit 1947 den zur SBZ gehörenden Teilen des Erzbistums Breslau vor. Auf diese Weise kam der Neißer Birkner an die Lausitzer Neiße und wurde am 22. Dezember 1962 zum Priester geweiht.

„Seine Kenntnisse der Geschichte sind für mich als Bischof bis heute eine wichtige Quelle für Entscheidungen und Weichenstellungen, die in der Gegenwart zu fällen sind. Ich bin dankbar, dass er als ‚Emeritus‘ in Görlitz lebt, für mich immer erreichbar ist“, sagte Bischof Wolfgang Ipolt im Festgottesdienst zu Birkners 60. Priesterjubiläum.

Durch sein Geschichtsbewusstsein, seine historischen Kenntnisse und seine guten Kontakte zu den polnischen Geistlichen jenseits der Neiße gelang es Birkner, Kirchenchroniken und handschriftliche Kirchenbücher zu erhalten. Nach wie vor digitalisiert er solche Urkunden bei sich daheim in seiner Altenheimwohnung. Gerne spricht er über seine schlesische Heimat, jedoch nicht wehmütig. Im Gespräch klärt er beiläufig über die unterschiedlichen Landschaften und Mentalitäten in Schlesien auf und erzählt passend dazu Witze, als Schlesier natürlich solche von „Antek und Franzek“.

Seine Heimatstadt Neiße besuchte er vor wenigen Monaten zum letzten Mal, wie er sagt. „Ich bin doch keine 80 mehr!“, lacht er, wird aber dann doch ernst. Es gefiele ihm nicht, was mit der Neißer Innenstadt passiere. Er könne dem modernen Touch um den Domplatz herum nichts abgewinnen. Doch es ist, wie es ist, er müsse es ja nicht mehr weiterverfolgen, sagt er.

Für seine Familie überträgt er derzeit die private Korrespondenz seines Vaters aus der Gefangenschaft in Druckschrift. Dies soll zwar nicht öffentlich werden, aber es beschäftigt den Geist des Prälaten.

Chris W. Wagner

FOLKLORE

Ihna Erlangen feiert Jubiläum

Von 1957 bis 2022 – Die Botschafter pommerischer Kultur zeigen fulminante Auftritte

VON SILVIA JÄGER

Die Ihna Erlangen ist aus der Pommernjugend hervorgegangen, die 1957 – also vor 65 Jahren – von der Familie Haenel zur Pflege pommerischer Kultur ins Leben gerufen wurde. Dieses Jubiläum feierte die Ihna Erlangen mit ihrer Veranstaltung „Bühne frei“ am 15. Oktober vergangenen Jahres.

Statt internationaler Gäste befreundeter Folkloregruppen waren dieses Mal Zuschauer aus ganz Deutschland anwesend, denn die Ihna Erlangen richtet die diesjährige CIOFF®-Jahresversammlung der Sektion Deutschland aus, zu der knapp 40 Mitglieder aus Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, dem Sorbenland, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen angereist waren.

Ein Jahr nach der Gründung, im Oktober 1958, hatte die Pommernjugend dann ihren ersten Auftritt mit einem Erntefest. In Anlehnung daran zeigten die Ihna-Nachwuchsgruppen Kindern und Jugendlichen Erntebrauch und Tänze unter der Erntekrone. Das Folklore-Ensemble spannte den Bogen mit einer eröffnenden Polonaise, über eine Tanzfolge im Dörpkrug und dem Besentanz bis hin zum traditionellen Schlusstanz, dem pommerischen Krakowiak.

Auch das Akrobatikensemble der Ihna feiert dieses Jahr Jubiläum. Was vor 15 Jahren mit einer kleinen Gruppe von sechs Mädchen begann, hat sich inzwischen zu einem großen Ensemble entwickelt, und auch alle Nachwuchsgruppen machen sowohl Tanz als auch Akrobatik. So präsentierten die jüngsten Aktiven der Ihna eine geturnte Unterwassershow, und das Akrobatikensemble bot eine Show aus statischen Gruppenfiguren und harmonischen Übergängen. Der Theatersaal war bis zum letzten Platz besetzt, sodass die Ihna Erlangen bereits jetzt eine Veranstaltung für den Herbst dieses Jahres plant, auch ohne Jubiläum.



Um den Nachwuchs braucht sich Ihna Erlangen keine Sorgen machen: In Anlehnung an den ersten Auftritt im Jahr 1958 tanzten die Nachwuchsgruppen mit Begeisterung die Erntebrauch und Tänze unter der Erntekrone
Fotos (2): Volker Henn



In historischen Trachten werden traditionelle Tänze gezeigt: Eine der schönsten Möglichkeiten zu zeigen, was Pommern zu bieten hat

Corona hatte auch die Aktivitäten der Ihna Erlangen komplett eingeschränkt. Alles kam zum Erliegen. Trotzdem konnte 2020 und 2021 noch ein Treffen mit der Tanzgruppe Ina aus Gollnow [Goleniów] in Hinterpommern realisiert werden. Zu dieser Gruppe hat Ihna Erlangen eine besondere Beziehung. 1993 traf Eike Haenel mit seinem Tanz- und Folklorensemble Ihna aus Erlangen in Bayern, das seit 1957 die Kultur Westpommerns pflegt, mit der Tanzgruppe in Gollnow zusammen. Es wurde beschlossen, der neuen Gruppe in der Heimat Pommern den Namen „Ina“ zu geben und die Regeln für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen festzulegen.

Seitdem finden immer wieder gemeinsame Projekte statt. 2021 konnte das Kulturprojekt „Kaschubische Tänze“ verwirklicht werden. Es war eine gemeinsame Spurensuche, die vom Deutsch-Polnisches Jugendwerk – Stadtjugendring Erlangen und Deutsche Jugend in Europa, Bayern gefördert wurde.

Doch endlich war es im Jahr 2022 wieder soweit und Ihna Erlangen konnte an einer internationalen Veranstaltung teilnehmen. Im August fand das traditionelle Bonheidansfestival in Bonheiden in Belgien statt. Dort wird jeden Sommer die Vielfalt des traditionellen Tanzes und ebenso der Musik mit Gruppen aus der ganzen Welt gefeiert. Ihna Erlangen war dabei.

● CIOFF® (www.cioff.org) steht als internationale Organisation für den Erhalt von Kultur und Traditionen weltweit und agiert als Nichtregierungsorganisation in offizieller Partnerschaft mit der UNESCO, zum Beispiel berät sie den Zwischenstaatlichen Ausschusses der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, zu dem bereits handwerkliches Bierbrauen und Blandruck, zählen aber auch viele regionaltypische Traditionen. Infos zu Ihna Erlangen: www.ihna.de

150. GEBURTSTAG

Heimatsforscher Karl Wilhelm Rosenow

Museumsgründer in Rügenwalde in Hinterpommern – und große Verdienste um Pommern nach 1945

Karl Wilhelm Rosenow stammte aus Hinterpommern, fungierte hier über Jahrzehnte als Lehrer sowie Konrektor und betätigte sich neben der Erfüllung seiner schulischen Pflichten als Heimatsforscher. Er erschloss zu diesem Zweck die Geschichte von Pommern, Mecklenburg sowie Brandenburg, veröffentlichte dazu 20 Bücher und sorgte außerdem für rund 300 heimatsgeschichtliche Aufsätze. Doch im Mittelpunkt stand die Regionalgeschichte von Hinterpommern.

Die größte Anerkennung fand der Hobby-Heimatsforscher mit seiner Stadtchronik über Rügenwalde. Rosenow gründete zusätzlich das Rügenwalder Kreisheimatmuseum im Schloss, überlebte nach Kriegsende polnische Übergriffe sowie die Ausweisung aus Rügenwalde und ließ sich danach in Hessen nieder, wo er sich weiter mit der Aufarbeitung der pommerischen Geschichte beschäftigte. Damit erreichte er über seinen Tod hinaus eine breite Wertschätzung und Nachwirkung unter seinen Landsleuten.

Rosenow wurde am 17. Januar 1873 in Neustettin geboren. Der Ort liegt in Hinterpommern, das 1648 an Brandenburg-Preußen fiel, war dann lange Teil des Gla-

senappschen Kreises, wurde dann selbst Kreisstadt und gehört heute zur polnischen Woiwodschaft Westpommern.

Der Vater Rosenows wirkte in der Stadt als Kaufmann. Er starb früh. Anschließend wuchs der Junge beim Großvater auf dessen Gut Louisenhof bei Bärwalde auf. Nach erster Schulbildung kam der Kaufmannssohn auf das Schullehrerseminar in Dramburg, wo er zum Grundschullehrer ausgebildet wurde und sich schon früh für Geschichte interessierte.

Nach der zweiten Lehrprüfung und der Verbeamtung erhielt er sein erstes Schulamt an der Volksschule in Pöhlen. Rosenow sammelte schulpraktische Erfahrungen, bewährte sich in den Augen der Schulbehörde und wurde 1895 an die Stadtschule in Rügenwalde berufen. Das liegt rund 30 Kilometer nordöstlich von Köslin nahe der Ostsee und entwickelte sich aus einem frühen Burgbezirk nach erster schriftlicher Erwähnung 1271 zur Stadt mit Lübischem Stadtrecht, Stadtmauer und Schloss, das die Pommerherzöge auch als Residenz nutzten.

Rügenwalde kam später zu Preußen, erlebte mit Segeltuchfabrik, Werft und Leinwandmanufaktur einen Aufschwung

und ist heute unter dem Namen Darlowo Teil der polnischen Woiwodschaft Westpommern.

Rosenow bewährte sich in Rügenwalde als Lehrer, stieg zum Konrektor auf und entwickelte sich autodidaktisch zum Geschichtsforscher. Er erforschte über lange Fußwanderungen zunächst Hinter-



Rügenwalde – aus der Lubinschen Karte

pommern und dann auch Mecklenburg und Teile von Brandenburg. Im Ergebnis dieser Forschungsaktivitäten veröffentlichte er Bücher, Broschüren und Aufsätze in Fachzeitschriften.

Besonders Rügenwalde und Umgebung hatten es ihm angetan. So brachte er viel Neues über das Kloster Marienkron, das Schloss, die Fürstengruft und die

Georgskapelle an die Öffentlichkeit. Dabei bemühte er sich um eine volksverbundene und unterhaltsame Sprache, was bei manchen akademischen Forschern auf Kritik stieß.

Doch für Rügenwalde war sein Wirken ein Segen. Die Stadt beauftragte den heimatsforschenden Konrektor mit der Anfertigung einer Stadtchronik, die zur 600-Jahr-Feier von Rügenwalde am 21. Mai 1912 veröffentlicht wurde und ihn endgültig als Heimatsforscher etablierte.

Dazu gesellten sich als Nebentätigkeiten die Gründung einer Volksbibliothek für die Stadt und der Aufbau eines Kreisheimatmuseums, das dann im Schloss untergebracht wurde und hier unter seiner Leitung eine Nutzfläche von 1500 Quadratmetern umfasste. Rosenow wurde zum Kreisheimatpfleger erhoben, von der Universität Greifswald zum Ehrenmitglied der Akademie für Landesforschung berufen und genoss nun eine breite öffentliche Anerkennung für seine vielfältigen Aktivitäten.

Rosenow behütete bis zum letzten Kriegstag das Kreisheimatmuseum im Schloss, wurde dann verschleppt und nach seiner Rückkehr nach Rügenwalde

und kurzer Anstellung als Hilfskraft im ausgeplünderten Museum unter üblen Verdächtigungen in Haft genommen.

Nach körperlichen Misshandlungen und Dunkelhaft kam am 6. Juli 1947 die politische Ausweisung. Per Vertriebenen-transport kam Rosenow mit seiner Frau über Aufenthalte in Forst, Lieberose und Friedland in die britische Besatzungszone, wo er dann in Ostheim bei Butzbach aufgenommen wurde und hier sofort Kontakte zu anderen vertriebenen Rügenwaldern aufnahm und in der Pommerischen Landsmannschaft aktiv wurde.

Rosenow gab in der Folge die „Pommern-Briefe“ und das Heimatblatt „Ut Schloug“ heraus und war so etwas wie der Motor der „Gesellschaft für Pommerische Geschichte“. Im Alter wechselte er ins Altenheim Laubach am Vogelsberg, wo er am 21. März 1958 an den Folgen eines Schlaganfalls starb. Er wurde 85 Jahre alt und fand seine letzte Ruhe auf dem Friedhof von Ostheim.

Zuletzt beschäftigten sich bei der Erschließung der jüngsten Geschichte Hinterpommerns einige Autoren auch mit dem Wirken dieses pommerischen Heimatsforschers. *Martin Stolzenau*

„Russland nutzt sich ab, Deutschland schafft sich ab“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Eine treffende Analyse, dazu noch mit Witz garniert. Das gefällt mir“

Carola Hertel, Frankfurt am Main
zum Wochenrückblick: Männer, die
leiden (Nr. 1)



Ausgabe Nr. 2

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der
Verfasser wieder, die sich nicht mit der
Redaktion decken muss. Von den
an uns gerichteten Briefen können wir
nicht alle, und viele nur in Auszügen,
veröffentlichen. Alle abgedruckten
Leserbriefe werden auch ins Internet
gestellt.

POLITIKER IN GEBERLAUNE ZU: THE SAME PROCEDURE AS 2015 (NR.1)

Die überbordende Geberlaune unserer
am Ruder befindlichen Politiker verhin-
dert, dass ein Ungleichgewicht im Zusam-
menhang mit diesen guten Taten wahrge-
nommen wird: Die Deutschen gewähren
mit der doppelten Staatsbürgerschaft
hunderttausenden Zugereisten den vollen
Schutz, auch in dem Falle, dass diese fi-
nanziell oder gesundheitlich hilfsbedürftig
(oder straffällig) werden. Sie können
dann nicht in ihr Herkunftsland zurück-
geschickt werden und dürften sich, vor
die Wahl gestellt, mehrheitlich eher in
Deutschland zu Hause fühlen.

Ein Deutscher hingegen, der in einem
der oben angesprochenen Länder lebt,
wird, wenn er Hilfe bräuchte, nach Hause
geschickt. Wäre es unangebracht, für jede
Doppelstaatsbürgerschaft im Gegenzug
eine solche für einen Deutschen zu ver-
langen? Sicher nicht. Allerdings wäre zum
Beispiel der türkische Präsident Erdoğan
sicher beleidigt, wenn man ihm solche
Vorschläge unterbreitete.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

VORSÄTZLICHE FEHLEISTUNG ZU: DER DEUTSCHE REFORM- STAU ERREICHT BEDROHLICHE AUSMASSE (NR. 52)

Seit längerer Zeit berichtet die PAZ regel-
mäßig über die Fehlleistungen der Regie-
rungen im Bund und in den Ländern. Die-
se jedoch als „Reformstau“ zu bezeich-
nen, wird der Brisanz nicht gerecht. Ein
Stau wird durch ein Hindernis verursacht,
das es gilt, wegzuräumen. Im vorliegen-
den Falle handelt es sich aber nicht um
ein Hindernis, sondern hier geht es um
zielgerichtetes, mutwilliges, vorsätzliches,
das heißt mit Wissen und Wollen
ausgeführtes Handeln.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen:
Unkontrollierte Masseneinwanderung
kulturfremder und ungebildeter Perso-
nen, bürgerkriegsähnliche Zustände, An-

griff auf die Familien, desolante Bildung,
Inflation oder die gescheiterte Energie-
wende. Rechtsvorschriften werden von
den Regierenden fortwährend gebrochen.
Wie nennt man Leute, die ständig Rechts-
normen nicht einhalten?

Spätestens seit Karl Marx gibt es poli-
tische Strömungen, vorhandene Gesell-
schaftssysteme durch den Sozialismus
ersetzen zu wollen. Dies ist nichts Neues.
Neu ist jedoch, dass diese Bestrebungen
nicht nur von Links/Grün, sondern auch
von einer ehemals bürgerlich-liberalen
Partei, die zudem in Regierungsverant-
wortung steht, und von zwei ehemals bür-
gerlich-konservativen Parteien aus der
Opposition heraus mitgetragen werden.
In dieser Situation ist der Wähler gefragt.
Er allein hat es in der Hand, diesen Leuten
die Macht aus den Händen zu nehmen.

Allerdings ist festzustellen, dass viele
Wähler diesen ehemals bürgerlichen Par-
teien, wie in den vergangenen Jahrzehnten
auch, ihre Stimme geben. Offensichtlich
können oder wollen sie nicht bemer-
ken, dass diese Parteien nur noch dem
Namen nach dieselben sind, die politi-
schen Inhalte sich jedoch grundlegend ge-
wandelt haben. Solange sich am Wähler-
verhalten nichts Wesentliches ändert,
wird der „Reformstau“ von Tag zu Tag
unerträglich werden.

Hubert Geiger, Immendingen

50 KILOMETER MIT DEM RAD ZU: ARM ODER BÖSE (NR. 52)

Spitzenglättung: Sehr gute Lösung! An-
statt 3,5 Stunden an der Ladestation war-
ten, kann ich die 50 Kilometer locker mit
dem Fahrrad fahren. Das spart fossile
Energie, wärmt den Körper morgens auf,
bringt den Geist auf Betriebstemperatur,
fördert die Verdauung und hält schlank.
Das Gleiche abends zurück. Nicht lange
Glutze, sondern wegen der ohnehin kal-
ten Bude schnellstens in Bett. Für den
Großeinkauf zum Wochenende mit Las-
tenfahrrad oder Eselskarren. Ich sehe, wir
sind auf dem absolut richtigen Weg.

Jaan Brandenburg, Kärla/Estland

VORTEIL USA ZU: EIN FRIEDEN IN DER UKRAINE IST MÖGLICH (NR. 51)

Ich bin sehr für einen Verhandlungsfrie-
den, sehe aber die Bereitschaft der USA
hierzu noch nicht: Der Feind Russland
nutzt sich ab, der Konkurrent Deutsch-
land schafft sich selbst ab. Und je länger
die schlechten Beziehungen zwischen der
Bundesrepublik und Russland dauern,
umso besser fürs US-Geschäft, und wenn
es nur der Verkauf des vormals verteufel-
ten Frackinggases ist. *Sven Rothe, Gera*

SCHWER KRANK ZU: „WEIHNACHTSURLAUB“ IN U-HAFT (NR. 51)

In Brüssel hat es umfangreiche Razzien
gegen eine mutmaßlich kriminelle Orga-
nisation gegeben, in der die Vize-Präsi-
dentin des Europaparlaments, mehrere
Brüsseler Funktionäre und ein Golfstaat
(vermutlich ausgerechnet Katar) ver-
strickt sein sollen.

Bei 16 Durchsuchungen wurden dem-
nach Datenträger, Mobiltelefone sowie
Bargeld in Höhe von rund 600.000 Euro
beschlagnahmt. Ermittelt wird wegen
„bandenmäßiger Korruption und Geldwä-
sche“. Fünf Menschen wurden festge-
nommen. Die Rede ist hier nicht von der
Camorra, sondern von Mitgliedern des
Europaparlaments.

Doch eine solche Unterstellung würde
jenen EU-Parlamentariern nicht gerecht,
die ihren eigentlichen Auftrag, den Willen
der Bürger mit Demut und respektvoll
politisch umzusetzen, ernst nehmen.

Über Korruption sollte man eigentlich
keine Witze machen. Aber die folgende
Anekdote passt zum aktuellen Gesche-
hen: Vor einigen Jahren lud der damalige
britische Premier David Cameron zu ei-
nem Anti-Korruptionsgipfel 40 Staaten
und mehrere NGOs ein. Vor Beginn der
Veranstaltung stand man in einem stuck-
geschmückten Saal des Buckingham-Pa-
lasts zusammen. Cameron berichtete
stolz aus der jüngsten Sitzung seines Ka-

binetts. Der Gipfel werde eine interes-
sante Sache. Hohe Politiker aus „unglaublich
korrupten Ländern“ hätten sich angekün-
digt, darunter Vertreter aus „Nigeria und
Afghanistan, den korruptesten Staaten
der Welt“.

„Die Herren reisen doch hoffentlich
auf eigene Kosten an?“, fragte einer der
Teilnehmer schmunzelnd. Es folgte Ge-
lächter und allgemeine Heiterkeit.

Dieses Ereignis ist bereits ein paar
Jahre her, aber geändert hat sich bis heute
nicht viel. Diese Veranstaltung würde
auch in Deutschland, dem „politischen
Tempel der Hochmoral“, vermutlich
nicht viel anders verlaufen.

Derartige politische Gipfel sind nichts
weiter als Augenschweiberei der Mächtigen
und der politischen Eliten. Man will dem
Volk zeigen, „schaut her, wir tun etwas
gegen die Korruption“. Der jüngste Kor-
ruptions-Wahrnehmungs-Index von
Transparency International zeigt, dass
auch für Deutschland beim Kampf gegen
Korruption im öffentlichen Sektor noch
Luft nach oben besteht.

Die weitverbreitete Korruption und
Vetternwirtschaft ist eine der größten
Geißeln der Menschheit. Ein gesell-
schaftspolitisches Krebsgeschwür, das
seit Jahren zunehmend wuchert. Wer von
Einzelfällen redet, verharmlöst das Pro-
blem, das längst systematische Züge auf-
weist. Während weltweit mehr als 800
Millionen Menschen hungern und täglich
mehr als 24.000 den Hungertod sterben,
stopfen sich gierige Nimmersatts auf il-
legale Weise die Taschen voll. Kein an-
derer Umstand ist für die globale Armut so
entscheidend wie korrupte Strukturen.

Die Korruption frisst nahezu zwei Bil-
lionen Euro im Jahr. Sie entzieht den
Staaten Steuergeld, trägt zu sozialer Un-
gleichheit bei und schreckt Investoren ab.
Korruption macht Staaten schwer krank.
Zugleich ist das Bestechen und Sich-be-
stechen-Lassen eine der ältesten Übun-
gen der Welt. Das eigentlich Erschütternde
ist, dass man nach jeder Aufdeckung
eines Korruptionsskandals immer weni-
ger weiß, wer zu den Guten und wer zu
den Bösen zählt. *Alfred Kastner, Weiden*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum
Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte
als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

A 2-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

CHRISTLICHER MÄRTYRER

Der heilige Schmerzensmann

Schutzheiliger gegen Seuchen – Am 20. Januar ist der Gedenktag des in Kirchen und Kunstwerken dargestellten heiligen Sebastian

VON MARKUS BAUER

Bekannte Personen aus der Vergangenheit und Gegenwart tragen seinen Namen: der Komponist Johann Sebastian Bach und der Naturheilkundler Sebastian Kneipp. Oder der Schauspieler Sebastian Bezzel, der Sänger der Prinzen, Sebastian Krumbiegel, der mehrfache Formel-1-Weltmeister Sebastian Vettel und der Fußball-Weltmeister von 2014, Bastian Schweinsteiger. Doch was hat es mit dem (heiligen) Sebastian auf sich, dessen Gedenktag am 20. Januar im Kalender steht und von der katholischen und evangelischen Kirche begangen wird?

In katholisch geprägten Regionen war bis vor wenigen Jahrzehnten der Gedenktag des heiligen Sebastian zwar kein offizieller Feiertag, aber ein besonderer Gottesdienst an diesem Tag in der Pfarrkirche oder einem ihm geweihten Gotteshaus war (oder ist) üblich. Auch spezielle Sebastiansmärkte gab und gibt es vielerorts. Frühere oder bis heute noch existente Sebastiansbruderschaften erinnern ebenso an den Heiligen, der Schutzheiliger für unterschiedliche Themen ist.

Bezüglich seiner Herkunft dürfen wir die italienische Form seines Namens – Sebastiano – anführen. Denn im heutigen Italien lebte er im dritten Jahrhundert. Nicht bekannt ist sein Geburtsjahr, als sein Geburtsort wird sowohl Mailand als auch Narbonne (Frankreich) genannt. Jedenfalls soll er seine Jugend in Mailand verbracht haben und ob seiner guten Umgangsformen zum Offizier der kaiserlichen Leibwache berufen worden sein.

Zur Zeit Papst Gaius' (Amtszeit vom 17. Dezember 283 bis 22. April 296) und der Christenverfolgungen unter Kaiser Diokletian war Sebastian, der sich zum christlichen Glauben bekannte, Hauptmann der Prätorianergarde am kaiserlichen Hof. Zwar verheimlichte er beim Dienst am kaiserlichen Hof seine Gesinnung, stand aber seinen Glaubensgenossen in den Gefängnissen bei – half also insgeheim notleidenden Christen. Es gelang ihm zudem, viele Römer – auch Ade-



Durchbohrt: Grabstätte des hl. Sebastian in der römischen Pilgerkirche San Sebastiano fuori le mura an der Via Appia Antica in Rom

lige – zu bekehren. Er soll sogar Wunder gewirkt haben und sorgte für die Bestattung von im Zuge der Christenverfolgung durch Kaiser Diokletian Getöteten. Als dieser von Sebastians Glauben erfuhr, verurteilte der Regent ihn zum Tode.

Damit begann sein Martyrium: Sebastian wurde an einen Baum gefesselt, und numidische Bogenschützen (eine berittene Spezialeinheit) erhielten den Befehl, ihn zu töten. Zahlreiche Pfeile durchbohrten seinen Körper. Die Bogenschützen hielten ihn für tot und ließen ihn liegen. Doch Sebastian lebte noch und wurde von der Witwe des Märtyrers Castulus, der heiligen Irene – deren Gedenktag ist übrigens der 22. Januar –, gesundgepflegt.

Nach seiner Genesung stellte sich Sebastian wieder in Diokletians Dienst, bekannte sich erneut zum Christentum und kritisierte den Kaiser wegen dessen grausamen Christenverfolgungen. Nun ließ

Diokletian den überzeugten Christen Sebastian im Hippodrom auf dem Palatin in Rom zu Tode peitschen. Die Leiche warf man in die vorbeifließende „Cloaca maxima“, den städtischen Abwasserkanal, der vom Palatin in den Tiber führt.

Sebastian soll daraufhin der Christin Lucina im Traum erschienen sein und ihr den Ort seines Leichnams mitgeteilt haben. Sie barg die Leiche und bestattete Sebastian bei den Katakomben an der Via Appia. Das exakte Todesjahr ist nicht bekannt, man geht von etwa 288 aus.

Hirnschale in bayerischer Kirche

Knapp 70 Jahre später, im Jahr 354, wurde Sebastians Martyrium erstmals bezeugt und kurz darauf am Friedhof an der Via Appia eine Apostelkirche errichtet, da einige Zeit hier auch die Apostel Petrus und Paulus verehrt wurden. Im 9. Jahrhundert erhielt die Pilgerkirche den Namen San

Sebastiano fuori le mura (Heiliger Sebastian außerhalb der Mauern).

Die Verehrung Sebastians hatte bereits verstärkt im 6. Jahrhundert eingesetzt, zunächst in Italien, Spanien und Nordafrika in Form von Mosaiken. Sein Patronat als Schutzheiliger bei Pest beziehungsweise Seuchen hat seinen Ursprung, als eine Pestepidemie in Pavia im Jahr 680 erlosch, nachdem man seine Reliquien hierher gebracht hatte und durch die Straßen und Gassen trug.

Apropos Reliquien: Ab 836 gelangten sie an mehrere Orte – ins Kloster Saint-Médard in Soissons (traditionelle Hauptstadt der französischen Könige), heute sind sie in der dortigen Kathedrale. Darüber hinaus in ein von Papst Gregor IV. errichtetes Oratorium nahe dem Petersdom, in die Kirche der Santi Quattro Coronati (Heilige vier Gekrönte) auf Veranlassung Papst Leos IV. sowie bis ins

17. Jahrhundert an weitere Orte in Frankreich, Deutschland und Italien.

Der Sebastian zugewiesene Schutz gegen Seuchen liegt darin begründet, dass nach damaliger Volksmeinung die Krankheit von Dämonen durch geheimnisvolle Pfeile hervorgerufen wird. Die Anrufung Sebastians wird also wirksam gegen eben diese „anfliegende Krankheit“.

Das Schutzpatronat bezüglich der Pest und weiterer Seuchen ist das älteste, das Sebastian zugewiesen wird – in jüngster Zeit gilt das auch für Aids und Corona. Aber auch für Dinge, die damit zusammenhängen, ist er quasi zuständig – zum Beispiel für Brunnen, aus denen verseuchtes Wasser geschöpft wurde. Im Kontext der Pestepidemien entstanden vielerorts spezielle Sebastians-Bruderschaften, die teilweise bis heute existieren.

Nach seiner ersten Marter scheint Sebastians Körper von den vielen Pfeilen zerfleddert gewesen zu sein. Diese Vorstellung machte ihn zum Patron der Bürstenbinder. Sein fast tödliches erstes und sein dann tödliches zweites Martyrium begründeten wohl das Patronat für Sterbende, Kriegsinvalide beziehungsweise Leichenträger. Darüber hinaus gilt er als Schutzheiliger folgender Berufstätiger: Büchsenmacher, Eisenhändler, Eisen- und Zinngießer, Gärtner, Gerber, Jäger, Soldaten, Steinmetze, Töpfer sowie Waldarbeiter. Auch Polizisten in Deutschland und Italien sowie Schützenbruderschaften verehren ihn.

Stadtpatron ist der Heilige Sebastian unter anderem in Rom und Rio de Janeiro – in Letzterem findet am Gedenktag eine Prozession statt. Die baskische Stadt Donostia heißt bei den Spaniern San Sebastian. Ferner wird die Hirnschale des Heiligen im oberbayerischen Ebersberg in der früheren Abteikirche in einem kostbaren Reliquiar aus dem Spätmittelalter aufbewahrt. Vielfach legen die Gläubigen in den Sebastiansorten am Gedenktag ein Gelübde ab, an der Verehrung des Heiligen festzuhalten. Kirchliche Feiern mit Prozessionen und anschließenden weltlichen Feiern sind auch heute noch mit dem Heiligen Sebastian verbunden.

KIRCHENSCHÄTZE

Fromme Zweckentfremdung

Verflechtungen der Kulturen – Eine Hildesheimer Schau zeigt, wie islamische Kunst sich in kirchlichen Objekten niederschlug

Das Dommuseum von Hildesheim präsentiert noch bis zum 12. Februar rund 90 Prachtwerke aus dem Mittelmeerraum. Sie sind Bestandteile mitteleuropäischer Kirchenschätze an und sind 800 bis 1000 Jahre alt. Aber was hat es mit dem merkwürdigen Titel „Islam in Europa. 1000–1250“ auf sich?

Die Ausstellungsstücke stammen nach Aussage des Kurators Felix Prinz zumindest teilweise aus „islamisch geprägten Regionen“ wie dem Reich der Abbasiden und dem der Fatimiden sowie den seinerzeit islamischen Gebieten der Iberischen Halbinsel. Das erst byzantinische, dann arabische, danach normannische und schließlich staufische Sizilien ist als Schmelztiegel der Kulturen vertreten.

Auch das christliche Kaiserreich Byzanz steht im Blickpunkt. Denn „die Machthaber im Mittelmeerraum verband über die Grenzen von Sprachen und Religionen und geographische Entfernungen hinweg eine gemeinsame Kultur der verwendeten Objekte“, wie Prinz erklärt. Sie gingen als einfache Handelsware, kostba-

re diplomatische Geschenke und Raubgut in die Kirchenschätze ein.

Den Anstoß zur Ausstellung gab die 1000 Jahre zurückliegende Wahl Godehards zum Bischof von Hildesheim. Prä-

sentierte werden im östlichen Mittelmeerraum angefertigte Seidenstoffe aus dem goldenen Schrein des 1131 heiliggesprochenen Godehard. Auch das „Keilförmige Reliquiar“ aus dem 10. Jahrhundert (mit

späteren Ergänzungen) gehört zum Hildesheimer Domschatz. Das wohl in der Stadt hergestellte Reliquiar hat zwei islamische Zutaten: eine wahrscheinlich abbasidische Schachfigur aus Bergkristall sowie einen roten Schmuckstein mit arabischer Inschrift.

Es folgen weitere fromme Zweckentfremdungen von Objekten aus islamisch geprägten Regionen. Etwa die eigens für die Schau abmontierten beiden Schmuckplatten jenes Lesepults, das König Heinrich II. vor 1014 dem Aachener Dom stiftete. Sie weisen eine Bergkristalltasche aus dem Reich des Kalifen von Bagdad und einen Teller aus dem Reich von Byzanz auf, die umgedreht auf den Platten befestigt sind.

Viele Luxusobjekte aus dem Mittelmeerraum widmeten die mitteleuropäischen Geistlichen zu Reliquiaren um. Ein schönes Beispiel ist der „Rosettenkasten“ aus dem Stiftsmuseum von Xanten. Den vor etwa 1000 Jahren in Byzanz hergestellten Kasten schmückten aus Tierknochen geschnitzte Relieftafeln mit mytho-

logischen und biblischen Gestalten wie Herkules und Josua. Solche Kästen dienten in Byzanz als repräsentative Luxusobjekte in den Haushalten der Wohlhabenden. In dem nach Xanten gelangten Kästen aber ruhten die Reliquien des Ortsheiligen Viktor.

Figürliche Gießgefäße aus Bronze beschließen die Schau. Sie stammen aus islamisch geprägten Regionen und aus Hildesheimer Produktion. Diese „Aquamanile“ genannten Gefäße dienten bei liturgischen Zeremonien der Handwaschung. Sie haben das Aussehen von Tieren wie Hirsch und Löwe oder von Fabelwesen. Aquamanile produzierten die Mitteleuropäer allerdings erst seit dem 12. Jahrhundert, während sie in islamischen Gebieten bereits seit Jahrhunderten gebräuchlich waren.

Veit-Mario Thiede



Kirchenschätze mit islamischem Einschlag: Blick in die Ausstellung

Kruszewski/bph

● Bis 12. Februar im Dommuseum Hildesheim, Domhof 18–21, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 6 Euro. Internet: www.dommuseum-hildesheim.de

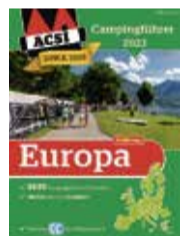
● FÜR SIE GELESEN

Freizeit auf Zeltplätzen

Ob man als Urlaubsziel die ländliche Ruhe auf einem einsamen Campingplatz sucht oder lieber einen voll ausgestatteten Luxusplatz, das sogenannte Glamping, vorzieht – für jeden Geschmack sind im neuen „ACSI Campingführer Europa 2023“, der neben dem Stellplatzführer (siehe rechts) erschienen ist, die entsprechenden Ziele zu finden.

In zwei Bänden werden 7690 Campingplätze in 29 Ländern mit Adressen, GPS-Koordinaten und Angaben zu Rabattmöglichkeiten mit der CampingCard in der Nebensaison gegeben. Fotos neben jedem Eintrag geben einen ersten Eindruck vom Platz. Neuerdings enthält das Buch einen Code, mit dem man eine Rabatt-App nutzen kann. Für eine schnelle Übersicht über die Lage der Campingplätze ist eine faltbare Übersichtskarte beigelegt.

ACSI bürgt für Qualität, wovon auch die große Beliebtheit der Reiseleiter bei den Nutzern zeugt. Jedes Jahr sind Prüfer im Auftrag von ACSI unterwegs, um die Gegebenheiten vor Ort zu dokumentieren. Sie bürgen für die Richtigkeit ihrer Angaben mit ihrem Namen. Laut ACSI-Direktor Ramon van Reine liegt seit einiger Zeit Ganzjahrescampen im Trend, worauf sich viele Betreiber von Campingplätzen eingestellt und ihre Angebot entsprechend erweitert haben. MRK



„ACSI Campingführer Europa 2023“, Hallwag Verlag, Ostfildern 2023, broschiert, 2 Bände, 1392 Seiten, 26,95 Euro

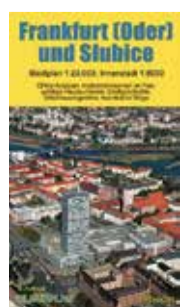
Stadtpläne in neuer Auflage

Zwei Stadtpläne aus dem Berliner Blochplan Verlag liegen in neuer Auflage vor. Im Stadtplan von Breslau wurde der Plan von 1932 neu gezeichnet, zwei Pläne des inneren Stadtgebiets – von 1932 und heute – sind auf einer Seite nebeneinandergestellt. Die Karte enthält eine Überlagerungskarte der Altstadt und ein deutsch-polnisches Straßenverzeichnis.

Der Plan „Frankfurt (Oder) und Słubice“ erscheint etwa alle zwei bis drei Jahre neu. Die aktuelle Auflage um die Darstellung des Stadtgebiets um den Ortsteil Lichtenberg erweitert worden. Der Stadtplan enthält neben Sehenswürdigkeiten auch die Haltestellen des öffentlichen Verkehrsnetzes. Beide Karten zeichnen sich durch klare Zeichnungen aus. MRK



„Breslau/Wrocław heute und 1932“, Innenstadt und angrenzende Teile im Maßstab 1: 12.000, Blochplan, Berlin 2022, Faltkarte, 6,95 Euro



„Frankfurt (Oder) und Słubice“, Stadtplan 1: 20.000, Innenstadt 1: 8000, Blochplan, Berlin 2022, Faltkarte, 3,50 Euro

REISEFÜHRER

Vorbereiten auf die nächste Tour

Camping zählt zu den beliebtesten Urlaubsarten. Viele Gemeinden richten neue Stell- oder Campingplätze ein. Der ACSI-Stellplatzführer 2023 hat 12.000 Angebote unter die Lupe genommen.



FOTO: SHUTTERSTOCK

Campen ist ein ungebrochener Urlaubstrend. Viele Gemeinden stellen sich darauf ein und richten neue Stell- und Campingplätze ein. Zur Orientierung ist taurisch der neue „ACSI CampingCard & Stellplatzführer 2023“ er-

schiene. In zwei Bänden beschreibt er geprüfte Plätze in Europa, darunter auch die Gewinner der allerersten „ACSI Camping Awards“. Die beigelegte Rabattkarte ermöglicht Preisnachlässe in Vor- und Nebensaison. MRK



„ACSI CampingCard & Stellplatzführer 2023“, Hallwag Verlag, Ostfildern 2023, broschiert, 2 Bände, 1932 Seiten, 29,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Vertriebenen auf der Spur

Die polnische Autorin Karolina Kuszyk beschreibt die Nachkriegsgeschichte und die deutsche Vergangenheit ihrer Heimatstadt Liegnitz

VON DIRK KLOSE

Nach der deutschen Niederlage 1945 waren alle Deutschen und überhaupt alle Deutsche jenseits von Oder und Neißer vogelfrei. Soweit sie nicht geflohen waren, wurden sie vertrieben. Fast all ihre Habe mussten sie zurücklassen.

Karolina Kuszyk stammt aus Liegnitz [Legnica]. Durch immer wieder auftauchende Zeugnisse deutscher Vergangenheit neugierig geworden, hat sie sich mit deutschen Zeugnissen befasst. Aus Quellen, Interviews mit Wissenschaftlern und Hunderten Gesprächen mit Nachfahren damaliger Neusiedler entstand dieses thematisch ungemein breite, in manchen Passagen berührend erzählte Buch.

Schlagwort ist „poniemięcki – postdeutsch“. In Häuser und Wohnungen der Deutschen zogen 1945 unter anderem auch polnische „Repatrianten“ (so der offizielle Terminus). War die Häuslichkeit gut erhalten, wurde sie weitergenutzt. Andererseits kam es oft vor, dass plündernde Banden die Wohnungen ausraubten oder verwüsteten. Eine Obrigkeit schritt nicht ein, erst 1946 wurde mit dem staatlichen Liquidationsamt eine gewisse Ordnung erreicht.

Was das Buch so anschaulich macht, sind die vielen Einzelschicksale. Heutige Bewohner erzählen, wie Eltern oder Großeltern deutsche Habe übernahmen (manche Frau ging in deutschen Kleidern zum Tanz) oder den „gottserbärmlichen deutschen Plunder“ einfach wegwarfen. Die Befragten berichten von Hausrat, Inventar,

Kleidern, Bildern und Schmuck, die nach einer mancherorts zur Manie gewordenen „Schatzsuche“ oft vergraben gefunden wurden.

„Jede Familie hat ihren Deutschen“

Ein eigenes Kapitel widmet die Autorin ihrer Geburtsstadt. Liegnitz war gleichzeitig sowjetische Garnison, mithin vom Deutschtum und der Sowjetisierung (in Polen nannte man Liegnitz „Klein Moskau“) gleichermaßen geprägt. Die Autorin schildert ausführlich das Schicksal einer deutschen, 1945 vertriebenen Familie. Die aus ihr stammende Schriftstellerin Barbara Siwik hat sich für eine Versöhnung zwischen Deutschen und Polen eingesetzt.

Heute ist das Deutsche wieder en vogue. „Die Deutschen kommen nicht zurück, aber das Deutsche.“ Museen sammeln Zeugnisse aus der Vergangenheit, Friedhöfe werden instandgesetzt, alte deutsche Postkarten sind auf Flohmärkten ein Renner. Die zahllosen Begegnungen von Polen und deutschen „Heimwehtouristen“ haben vielerorts zu engen Bindungen geführt. An der Oder, sagt eine junge Polin, „gibt es heute Dörfer, in denen fast jede Familie ihren Deutschen hat“.



Karolina Kuszyk: „In den Häusern der Anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen“, Ch. Links Verlag, Berlin 2022, 400 Seiten, 25 Euro

ALTE GESCHICHTE

Wenig Neues über das Alte Rom

Michael Sommer versucht in seinem gewollt unterhaltsam geschriebenen Buch „Dark Rome“ Wissen zu vermitteln, das längst bekannt ist

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mittlerweile huldigen viele Menschen dem Brauch, bei jeder Gelegenheit englischsprachige Begriffe zu verwenden. Dies gilt auch für den Althistoriker Michael Sommer von der Universität Oldenburg. Sein Buch über das „geheime Leben der Römer“ trägt den Titel „Dark Rome“. Wobei das, was Sommer beschreibt, gar nicht so „dunkel“ oder unbekannt ist, wie der Experte für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Imperium Romanum suggeriert.

Jeder, der sich für die Antike interessiert, weiß doch, dass im alten Rom haarsträubende Zustände herrschten und es alles andere als sittenstreng oder moralisch zugeht. Insofern bietet Sommer wenig Überraschendes, wenn er im ersten Abschnitt über „Bettgeschichten“ sowie „Kaiser und Kurtisanen“ schreibt. Da helfen selbst auffällig boulevardeske Überschriften wie „Kopfüber in die Wollust“ oder „Thymele hat einen fetten Arsch“ nichts. Das gilt analog für die Ausführungen an anderer Stelle zu den Themen Verschwörung und Meuchelmord. Auch hier finden sich viele Informationen, die zum historischen Allgemeinwissen gehören. Das unnatürliche Ende der Kaiser Caligula, Claudius, Nero, Domitian, Commodus und Caracalla? Bekannt! Die Catilinarische und Pisonische Verschwörung? Auch ...

Deutlich erhellender, weil es um eine in der übrigen Literatur sehr viel seltener behandelte Materie geht, kommen hingegen

die Abschnitte über Geheimschriften, Spione und Wunderwaffen daher. Dennoch atmet das Buch auch hier eine Überdross verursachende, gestelzte sozialwissenschaftliche Attitüde, die sich in Formulierungen wie „Kontinuität der Denunziationsstechniken“, „Institutionalisierte Herrschaft“, „Defizitäre Staatlichkeit“ oder „Moment der Asymmetrie“ äußert.

Gleichfalls weniger „wild“, „schrill“ und „verstörend“, als der Umschlagtext es verheißt, sind die Kapitel, in denen Sommer über Schwarze Magie, seltsame Verwandlungen, Korruption und Organisierte Kriminalität sowie Mysterien und geheime Riten berichtet.

Eine sozial- und mentalitätsgeschichtliche Herangehensweise stößt eben regelmäßig an ihre Grenzen, wenn sie einerseits wissenschaftlich sowie andererseits unterhaltsam sein und Begeisterung für das Thema wecken soll. Zumal auch die Knappheit der Abbildungen nicht gerade dazu geeignet ist, die Lust am Studium von „Dark Rome“ zu steigern: Der Band enthält gerade einmal 17 davon. Und diese sind aufgrund ihrer drögen Schwarz-Weiß-Ausführung zudem alles andere als Hingucker.



Michael Sommer: „Dark Rome. Das geheime Leben der Römer“, C.H. Beck Verlag, München 2022, gebunden, 288 Seiten, 23 Euro

OSTPREUSSISCHES SCHICKSAL

Die Gefahr der idyllischen Passarge

Viele unterschätzten die Strömung des Flusses – Lebensmüde, wie der Gutsherrensohn Ernst Fromme, nutzten sie zum Selbstmord

VON BETTINA MÜLLER

Die „Passarge“ im Ermland. Historische Aufnahmen des Flusses, der sich seinen Weg auch durch die Kleinstadt Braunsberg bahnt, täuschen über seine Gefährlichkeit hinweg. Da waschen Frauen ihre Wäsche im Schatten des Städtischen Schlachthauses, Kinder toben umher, die Mütter sind abgelenkt und achten nicht auf sie.

Der Fluss gibt dabei durchaus eine ruhige und friedliche Kulisse ab. Die Eintragungen im Kirchenbuch der Braunsberger Pfarrkirche St. Katharina sprechen aber eine ganz andere Sprache. An den 128 von der Autorin für eine vergangene Ausgabe der „Altpreußischen Geschlechterkunde“ erfassten Todesfällen im Zeitraum von 1860 bis 1880 allein aus dem katholischen Kirchenbuch war in einem guten Drittel der Fälle tatsächlich der Fluss Passarge Schuld am Tod der Menschen, sei es nun durch einen Unglücksfall wie dem Ertrinken – das im Übrigen auch schon mal nach einem Zechgelage vorkam – oder durch Selbstmord. Die Menschen unterschätzten die oftmals starke Strömung, was so manch einer mit dem Leben bezahlte, wie zum Beispiel 1893 ein unglücklicher Tischlergeselle namens Hoffmann, der in den Fluss sprang, um einen „vom Strome fortgerissenen Kahn an's Land zu holen“, und dabei umkam.



Der Schein trügt: So idyllisch wie auf dem Foto war das Leben an der Passarge in Braunsberg nicht immer

Foto: Archiv B.M.

Unterschätzte Gefahr

Bereits 1874 war die 65-jährige unverehelichte Catharina von Kremki durch Selbstmord aus dem Leben geschieden. Sie hatte sich – aus unbekanntem Gründen – am 31. August des Jahres um sechs Uhr morgens in einem Waschhaus an der Passarge ertränkt, was ihr Schwager, der Gutsbesitzer Anton Gustav Fromme dem katholischen Pfarrer angezeigt hatte. Der bestattete die Unglückliche natürlich, verweigerte ihr aber wegen ihres Freitods die kirchlichen Sakramente, was er standardisiert als „nicht versehen“ im Totenbuch vermerkte.

Für den 1822 in Groß Engellau geborenen Gutsbesitzer (Anton) Gustav Fromme war dies nicht die einzige Tragödie in seinem Familienleben. 1873 war schon sein Sohn Gustav im Alter von nur 19 Jahren an der zu der Zeit wütenden Cholera gestorben. Da lebte die Familie noch in Steinwalde. Zu einem unbekanntem Zeitpunkt zog Gustav Fromme dann mit seiner Ehefrau und den beiden verlebten Söhnen Ernst (geb. 1858) und Carl (geb. 1856) nach Julienhöhe bei Braunsberg und übernahm das gleichnamige Gut, eines der ehemaligen altstädtischen Besitztümer von Braunsberg mit einer Größe von 24 Hektar. Fünf Jahre nach dem tragischen Tod von Catharina wurde die Familie Fromme auf Julienhöhe dann erneut von einem Todesfall erschüttert. Und die Details lassen durchaus den Verdacht zu, dass in der Familie eine gewisse Neigung zu einer psychischen Erkrankung wie der Depression vorhanden gewesen sein könnte.

Tatsächlich schaut Ernst Fromme auf einem alten Kabinettfoto schwermütig aus. Es zeigt ihn drei Jahre vor seinem Tod, auf seinem Gesicht erkennt man noch nicht einmal den Ansatz eines Lächelns. Er wirkt sehr ernst, seine Schultern sind nicht aufrecht, es scheint so, als müsse er eine große Last tragen. Auf einem weiteren Foto [das vorliegende] ist er etwas älter, wirkt aber auch nicht wesentlich glücklicher. Und

tatsächlich: Am 21. April 1879 ertränkte sich Ernst Fromme in der Passarge, und zwar genau an der Stelle, wo zuvor schon seine Tante den Tod gesucht und gefunden hatte.

Der junge Mann war zu dieser Zeit eineinhalb Jahre im Dienst des Königlichen Jägerbataillons Nr. 1 in Braunsberg. Die Rekrutenzeit hatte er bereitwillig, gerne und somit ohne Probleme absolviert, durch sein Elternhaus war er finanziell gut situiert. Nach seiner Militärzeit, so der Plan, sollte er das väterliche Gut übernehmen, während der Bruder nach dem Abitur am Braunsberger Gymnasium eine

juristische Karriere anstrebte. Alles schien harmonisch zu verlaufen, als sich nach und nach eine Veränderung in seinem Wesen einstellte. Zunächst schleichend, von den Angehörigen kaum bemerkt, die dann aber schließlich den ganzen Menschen veränderte, und so auch Anderen auffiel. Das Leiden wirkte sich in der Folge auch auf seine militärischen Leistungen aus. Des Öfteren schoss er bei den Übungen daneben und musste dann die Kugeln einsammeln, weil ein bestimmtes Quantum des Bleies an die Produktionsstätte

des Militärs zurückgeliefert werden musste. Fromme schien kein Selbstvertrauen mehr zu haben, von der anfänglichen Euphorie für das Soldatenleben war nichts mehr übrig geblieben, stattdessen beherrschte ihn nur noch Freudlosigkeit. Vom 28. Februar 1879 bis zu

seinem Tod waren im Tagebuch der Kompanie etliche Strafrapporte vermerkt, unter anderem das Strafexerzieren wegen falschen Zielens.

„Ich weiß nicht, wie es kommt, je mehr ich mich bemühe, desto mehr Pech habe ich“

Ernst Fromme
Gutsherrensohn

seinem Tod waren im Tagebuch der Kompanie etliche Strafrapporte vermerkt, unter anderem das Strafexerzieren wegen falschen Zielens.

Dann drohte ihm der Hauptmann auch noch mit der Versetzung in eine der unteren Instruktionsklassen, und diese – in seinen Augen – Schmach wäre wohl zu viel gewesen. Vor lauter Sorge spuckte Ernst sogar Blut, der psychische Stress war für den im Bericht der späteren Untersuchungskommission für die Petitionen im Reichstag als „sanft, fein fühlend und leicht verwundbaren“ Charakter beschriebenen Fromme kaum mehr auszuhalten. Die Krankheit hatte seine maximale Belastbarkeit auf ein Minimum dahinschmelzen lassen.

Angst, zu versagen

Flucht in die Religion war eine der hilflosen Folgen, doch nichts konnte ihm mehr helfen, die Angst vor dem Versa-

Entlastung für den Hauptmann

„Ich weiß nicht, wie es kommt, je mehr ich mich bemühe, desto mehr Pech habe ich“, soll er gesagt haben, wie es auch aus dem Protokoll der Petitionskommission hervorgeht. Verzweifelt hatte der Vater noch versucht, seinen Sohn zu rehabilitieren, den strengen Hauptmann für den Tod seines Sohnes verantwortlich zu machen, doch er kämpfte gegen Windmühlen.

Die ausführliche Untersuchung der Kommission, die eben auch das Tagebuch des Selbstmörders dazu heranziehen konnte, entlastete den Hauptmann, und warf viel eher einen Blick auf den „Nicht-Umgang“ mit psychischen Erkrankungen im Ermland des 19. Jahrhunderts, die niemand als solche erkannte beziehungsweise erkennen konnte. Aus dem Protokoll kann man tatsächlich schließen, dass der aus einer Depression heraus stark geschwächte psychische und physische Zustand Frommes letzten Endes ausschlaggebend für die Tat war. Die Petition des Vaters konnte somit keinen Erfolg haben, sodass sie abgeschmettert wurde und der Hauptmann rehabilitiert war.

Erst vier Wochen, nachdem der junge Fromme ins Wasser gegangen war, fand man seinen Leichnam, und auch noch sein Tagebuch, aus dem die Kommission später Rückschlüsse auf seinen Gemütszustand ziehen konnte. Unter seinen Sachen im Militärquartier hatte er zudem auf einem Zettel in seinem Gebetbuch notiert: „Mein bisschen Leben lohnt nicht. Lebt Alle wohl! Und vergebt, was zu vergeben ist. Amen! Braunsberg, den 21. April 1879. Ernst Fromme.“



Litt er an einer Familienkrankheit? Der Selbstmörder Ernst Fromme

Foto: Archiv B.M.

● AUFGESCHNAPPT

Wenn es um den roten Dauerbrenner „soziale Gerechtigkeit“ und die Forderung nach mehr Umverteilung geht, stehen „reiche Erben“ derzeit ganz besonders im Fadenkreuz der Klassenkämpfer. Andere Länder wie Österreich haben die Steuer längst abgeschafft, in Deutschland soll sie tunlichst erhöht werden, tönt es von links der Mitte. Der Bayerische Rundfunk (BR) hat recherchiert, was die jetzt schon hohe Erbschaftsteuer anrichten kann. In München hat jemand ein Mietshaus geerbt, wofür er eine Million Euro Steuern zahlen soll. Das kann er nicht, also wird er die Wohnungen als Eigentumswohnungen einzeln verkaufen. Bei den Mietern geht nun die Angst um, verdrängt zu werden. Laut BR eine Entwicklung, die viele Mieter in ganz Deutschland betrifft. Andernorts kauften Investoren das ganze Haus und wandelten die Wohnungen in Luxusobjekte um – mit entsprechend deutlich höheren Mieten. Man fragt sich, was wohl losbräche, wenn die Erbschaftsteuer noch einmal drastisch erhöht würde, wie Linke es wollen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Paul Ronzheimer zeigt sich in der „Bild“-Zeitung (16. Januar) schwer irritiert über die Amtsführung von Kanzler Scholz:

„Jetzt müssen sich die Deutschen Sorgen machen! Und zwar über die Urteilskraft eines Kanzlers, der erst die falsche Ministerin berief, sie dann viel zu lange weitermachen ließ – und dann auch noch den Rücktritt verstopft.“

Der Militärexperte Martin van Creveld warnt in der „Welt“ (13. Januar) vor einem Auseinanderbrechen Russlands für den Fall, dass Moskau den Ukrainekrieg verliert. Und verweist auf ein dramatisches Dilemma:

„Ein großer Teil des eurasischen Kontinents, der von Wladiwostok bis Warschau reicht, geht in Flammen auf, weil jeder jeden bekämpft: im Namen des Nationalismus, im Namen der Freiheit, im Namen der Religion oder wie auch immer. Unabhängig davon, ob Putin und seine Clique an der Macht bleiben oder durch andere Akteure ersetzt werden, könnte Moskau, bis zum Äußersten getrieben, zum Einsatz von Atomwaffen greifen ... Sollten die Russen den gegenwärtigen Krieg gewinnen, dann ist die Bedrohung für Mittel- und sogar Westeuropa offensichtlich. Sollten sie ihn verlieren, dann ist diese Bedrohung fast ebenso offensichtlich.“

Um Wahlhelfer anzulocken, hat Berlin das „Erfrischungsgeld“ von 60 auf 240 Euro erhöht. Dazu meint Helmut Markwort im „Focus“ (14. Januar):

„So sehr der 240-Euro-Köder gefällt, so sehr muss er die Wahlhelfer im Rest der Republik ärgern. Sie bekommen pro Wahltag 25 Euro, wie es in der Bundeswahlordnung ... empfohlen wird. An diese Richtlinie halten sich auch die Wahlämter in Bayern und Baden-Württemberg, deren Regierungen jedes Jahr im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Milliarden an das notleidende Berlin überweisen. Was sie einsparen, wird in Berlin verschwendet.“

Max Roland sieht in Luisa Neubauer und dem Sprecher der Grünen Jugend, Timon Dzienus, Wegbereiter eines gefährlichen neuen Extremismus. Im „Pleiticker“ (16. Januar) warnt er:

„Wenn Lützerath zum Meilenstein in der Radikalisierung der Klimabewegung wird, dann vor allem, weil Neubauer, Dzienus und Co. daran kräftig mitgewirkt haben. Wenn irgendwann Kaufhäuser brennen, Sprengsätze explodieren oder gar Schlösser, dann auch, weil die Wortführer der grünen Bewegung sich und ihre Ziele über die Demokratie stellen.“

● WORT DER WOCHE

„Das ‚Selbstbestimmungsgesetz‘ bedroht Kindeswohl, Frauenrechte und die Freiheit, die darin besteht, sagen zu dürfen: Zwei plus zwei ist vier, auch wenn die Partei meint, es sei fünf.“

Uwe Steinhoff zum Recht, sein Geschlecht jederzeit „frei“ bestimmen zu dürfen, auf „Achtgut“ vom 15. Januar

DER WOCHENRÜCKBLICK

Höchste Ansprüche

Warum wir wirtschaftlich abrutschen, und welche Haken ein Grüner schlagen kann

VON HANS HECKEL

Erst eine aufmerksame Leserin hat uns auf den Fauxpas aufmerksam gemacht: Im Wochenrückblick vergangener Woche habe ich im Überschwang Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius doch glatt zum „Ministerpräsidenten“ befördert. Vor dem Hintergrund, dass ich immerhin im Bundesland des Sozialdemokraten aufgewachsen und dem Land entsprechend verbunden bin, ein erstaunlicher Ausrutscher. Oder war es eine dunkle Ahnung, die mich unwissentlich trieb, dass aus dem Mann bald mehr werden könnte, als er zu dem Zeitpunkt war?

Nun jedenfalls steigt er ins Bundeskabinett auf und übernimmt dort die heruntergewirtschafteten Streitkräfte aus der Hand von Christine Lambrecht. Viel Glück dabei! Die Bundeswehr steht da wie ein Mahnmal vom Zustand der Republik: Eingeklemmt zwischen ideologischem Ballast, einer absurd ausgewucherten Bürokratie und stümpfernden Politikern scheint irgendwie alles zum Stillstand gekommen zu sein. Schwungvolle Reden von der „Zeitenwende“ erinnern da an die großmäuligen Versprechungen von SED-Chargen, welch sagenhafter Aufschwung der DDR bevorstehe infolge des nächsten Fünfjahresplans – wonach das Siechtum im bleiern, lähmenden Trott einfach weiterging.

Mit Pistorius soll nun alles besser werden, machen sich die erschöpften Kommentatoren Mut. Hoffen wir's. Doch tatsächlich besteht die Aussicht, dass der schon so oft widerlegte Seufzer „Schlimmer geht ja auch nicht mehr“ wenigstens dieses Mal nicht trügt – nach Lambrecht.

Was den Weg der Republik insgesamt angeht, suchen wir indes vergeblich nach Licht. Die Stiftung Familienunternehmen hat uns diese Woche mit ihrem „Länderindex 2022“ auf die Bretter geschickt. Unter den 21 untersuchten Industrieländern ist Deutschland auf den 18. Platz abgerutscht, vier Stellen schlechter als beim vorangegangenen Index von 2020. Und warum stehen wir so lausig da?

Hohe Steuern und Bürokratiekosten, eine verfallende Bildung und gigantische Energiepreise drücken den Wirtschaftsstandort ebenso in die Knie wie der zeitraubende bürokratische Aufwand, mit welchem der Staat die Unternehmen belastet. Auch die EU-Bürokratie mache der deutschen Wirtschaft das Leben schwer, heißt es in der Untersuchung.

Das erklärt aber nicht, warum alle unsere direkten Nachbarn, die bis auf die Schweiz ja auch unter der Fuchtel von Brüssel laborieren, besser dastehen als wir, Polen beispielsweise auf Platz 10, Dänemark sogar auf Rang 5.

Was die sagenhafte deutsche Bürokratie angeht, machen Millionen Deutsche ja gerade eine eindrucksvolle Erfahrung mit ihrer Grundsteuer-Erklärung. Wer das Formular ausgefüllt hat, fragt sich, auf welcher Grundlage der Fiskus die Wohnung oder das Eigenheim eigentlich bislang besteuert hat, wenn er all diese Daten mutmaßlich gar nicht hatte. Haben die bislang etwa weder den Namen des Flurstücks noch den Umfang der Wohnfläche gekannt? Wenn doch, warum fragen die jetzt noch mal danach? Das sind die Mysterien, die sich wohl nur mit der inneren Logik einer freidrehenden Bürokratie beantworten lassen. Wir ahnen, wie wir dort gelandet sind, wo wir mittlerweile dahindümpeln.

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Wie man's nimmt. Eine große Tageszeitung lässt den Chef eines Technologiekonzerns zu Wort kommen, der schnellere Genehmigungsverfahren fordert. Und zwar wo genau? Na klar, „beim Ausbau der erneuerbaren Energien“. Außerdem wünscht er „mehr Anreize für Investitionen“. Investitionen in was? „In grüne Technologien“, was sonst? Wer sich das Profil des Unternehmens anguckt, liest von „Nachhaltigkeit“ und „sauberem Strom aus dem Meer“ und fragt sich: Warum pickt sich die Zeitung aus der Unzahl möglicher Industriebetriebe ausgerechnet so einen heraus?

Das Resultat: Platz 18

Weil uns Deutschen „Wirtschaft“ als bloßer Wohlstandsproduzent ebenso verdächtig geworden ist wie beispielsweise Außenpolitik als Instrument zur Verfolgung nationaler Interessen. Wirtschaft kann vor unseren höchsten Ansprüchen nur noch bestehen, wenn sie dem „Guten“ dient, also „sozial“ und „ökologisch“ daherkommt, so wie die Außenpolitik ja neuerdings „feministisch“ zu sein hat. Geld und Interessen überlassen wir anderen.

Das Resultat manifestiert sich in Platz 18 bei der Wirtschaft und einer Außenpolitik, die zwischen moralischem Größenwahn und realem Versagen hin und her torkelt. Da nimmt es kaum Wunder, dass sie im Auswärtigen Amt das Bild von Bismarck abgehängt und das nach ihm benannte Sitzungszimmer umgetauft haben. Mir triebe der ruhige,

Mysterium Grundsteuer-Erklärung: Auf welcher Grundlage haben die uns eigentlich bislang besteuert, wenn sie diese Daten nicht längst hatten?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

strenge Blick des genialen Kanzlers auch die Schamröte ins Gesicht, wenn ich an der Irrlichterei des heute von einer Frau Baerbock geführten Ministeriums beteiligt wäre.

Neben „Feminismus“ geht es Baerbocks Partei immer wieder mit Hingabe darum, Schuldzuweisungen gegen das eigene Land zu konstruieren, aus denen sich eine Bringeschuld basteln lässt. Dem fühlt sich auch der grüne Bundestagsabgeordnete Max Lucks verpflichtet, der in einem Gastbeitrag für die „Welt“ fordert: „Deutschland muss Verantwortung für seine IS-Kämpfer übernehmen.“

Da schluckt man erstmal: Deutschland hat eigene IS-Kämpfer am Start? Werden die von Berlin bezahlt? Oder aus einem Fonds besonders engagierter Bundesländer? Nein, so meint er das natürlich nicht. Es seien eben auch „deutsche“ IS-Kämpfer an Gräueln beteiligt gewesen, etwa gegen die Jesiden. Und daher trage Deutschland den gepeinigten Jesiden gegenüber eine besondere Verantwortung. An einer Stelle schreibt er „Deutsche Täter“ sogar groß, so fest sind „deutsch“ und „Täter“ in der Gedankenwelt dieses Politikers verschmolzen. Ob er die Großschreibung wohl auch bei „deutsch“ und „Kultur“ oder „Leistung“ oder anderen positiven Aspekten anwendet? Wir wollen nicht albern werden, aber fragen kann man ja mal.

Was die deutschen Versäumnisse angeht, teilt Lucks knallhart aus: „Auch unsere Sicherheitsbehörden haben die Gefahren der hier stattfindenden Radikalisierung unterschätzt, das Phänomen des Islamismus mit seinen grausamen Auswüchsen kleingeredet. Verantwortung übernehmen heißt, lückenlos Taten, Täterinnen und Täter hierzulande zu verfolgen und sich dem Islamismus entschieden entgegenzustellen.“

Da schluckt man nochmal. Waren es nicht gerade die Grünen, die allerorten „Islamfeindlichkeit“ erschnüffeln, wo es jemand wagt, die Auswüchse in jener Religionsgemeinschaft zu erwähnen? Wer ist es eigentlich, der ständig nach Abschiebestopps selbst bei den übelsten Halunken ruft, wenn denen in ihrer Heimat vielleicht ein höheres Strafmaß drohen könnte als hierzulande? Und wer will allenthalben unsere Grenzen für alles und jedermann maximal öffnen, womit er Deutschland offenen Auges auch zum ruhigen Rückzugsort für IS-Schergen macht? Verblüffend, welche Haken solche Leute schlagen können, wenn sie nur die Chance wittern, „deutsche Schuld“ herbeizuspinnen.